

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 11. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie all den Menschen, die diese Sitzung im Internet und an den Medien generell mitverfolgen.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Frau **Dr. Patricia Peill** von der Fraktion der CDU.

(Allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Herzliche Glückwünsche und alles Gute im Namen der Kolleginnen und Kollegen dieses Landtagsplenums!

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die heutige Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 11 „Bestätigung einer Vertreterliste (Nachwahl) für das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und Brandenburg“ Drucksache 17/1154, Vorschlagsliste, zu ergänzen.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zudem zwischenzeitlich darauf verständigt, die heutige Tagesordnung um Tagesordnungspunkt 12 „Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landtags in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks Köln“ Drucksache 17/1155, Wahlvorschlag der Fraktion der AfD, zu ergänzen.

Ich sehe, dass es dagegen keinen Widerspruch gibt. Dann verfahren wir so.

Wir treten nunmehr in die heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

erste Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2017 – 2021

Drucksache 17/801

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1111

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/802

erste Lesung

Zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2018 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2018 sowie der Finanzplanung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor Ihnen liegt der erste Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung, der Entwurf für das Jahr 2018. Die Botschaft direkt vorweg: Zum ersten Mal seit 44 Jahren kann dieser Landtag heute über einen Haushalt beraten, der keine neuen Schulden mehr vorsieht,

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

und zwar geplant, verlässlich und ehrlich.

So wird diese Landesregierung den politischen Aufbruch für Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch flankieren. Wir werden das dauerhaft machen, meine Damen und Herren. Denn wir wollen die erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sein, die bei allen regulären Haushalten der gesamten Legislaturperiode keine neuen Schulden mehr macht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist unser Anspruch. Ihm gerecht zu werden, wird nicht einfach. Aber die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten will ein altes nordrhein-westfälisches Versprechen einlösen – eines, das in Vergessenheit geraten ist; eines, das aber heute wieder selbstverständlich werden sollte.

Denn jedes heute in unserem Land geborene Kind sollte selbstverständlich wieder folgendes Versprechen erfüllt bekommen: Egal, woher du kommst; wenn du viel lernst, wenn du arbeitest, dann wird es dir in Nordrhein-Westfalen gut gehen.

Das ist eine Kernbotschaft der sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren – jenes immer noch unschlagbaren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das der gebürtige Essener Alfred Müller-Armack einst miterdacht hat; jenes rheinischen Kapitalismus, den Konrad Adenauer für die Bonner Republik und Karl Arnold für unser Land Nordrhein-Westfalen maßgeblich politisch umgesetzt haben.

In einer sozialen Marktwirtschaft werden vermeintliche Gegensätze miteinander versöhnt und zum Wohle des Zusammenhaltes genutzt: Mensch und Markt, sozialer Ausgleich und wirtschaftliches Wachstum, ökologische Nachhaltigkeit und industrieller Fortschritt. Ganz wichtig ist dabei aber stets, dass all dies ordnungspolitisch von einer berechenbaren, verlässlichen und seriösen Finanzpolitik flankiert wird.

Gerade Nordrhein-Westfalen lieferte in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik die Blaupause für die funktionierende soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Bei uns wurde mit harter Arbeit der Grundstock dafür gelegt, dass es mit der gesamten Republik wieder aufwärtsging.

Fleißige Menschen in Nordrhein-Westfalen, viele davon übrigens aus Schlesien, Pommern, Italien und der Türkei, bauten unser Land auf. Bei uns lebten schon immer die Menschen, die zupacken konnten. Umgekehrt konnten sie sich aber auch auf eines verlassen, nämlich darauf, dass sie selbst und ihre Kinder eines Tages die Früchte der eigenen Arbeit ernten würden, dass sie im Land Nordrhein-Westfalen aufsteigen würden.

Denn an Rhein, Ruhr und Lippe ging es viele Jahre aufwärts: Neue Universitäten entstanden, Schulen erhielten mehr Lehrer, die Polizei wurde personell ordentlich ausgestattet, die Menschen erhielten neue Perspektiven für gut bezahlte Arbeit und für wirtschaftlichen Aufstieg. All das war möglich, weil die Finanzpolitik die Entwicklung mit Augenmaß begleitete. Sie achtete über Jahre darauf, dass einerseits genügend Mittel für nachhaltige Modernisierung und Investitionen bereitstanden, aber andererseits Einnahmen und Ausgaben über die Jahre ausgewogen blieben.

Meine Damen und Herren, dieses Verständnis von Finanzpolitik ist wichtig, damit eine soziale Marktwirtschaft auf Dauer funktionieren kann – gestern wie heute. Denn Ausgabendisziplin verursacht Fokussierung. Sie ist ein Anreiz dafür, staatliche Investitionen stets mit Bedacht vorzunehmen, das zu tun, was verantwortungsethisch geboten ist, und nicht das, was gesinnungsethisch gewollt ist, sowie sinnvoll zu gestalten statt fantasielos zu verwalten.

Fokussierung auf das Wesentliche hilft nicht nur bei den Finanzen, sondern zum Beispiel auch beim Städtebau. Der frühe Soziologe Max Weber wusste schon vor über 100 Jahren, dass die Lebensqualität in einer Stadt nicht von ihrer Größe, sondern von ihrer Mischung abhängt.

Ein guter Stadtplaner wird sich deshalb frühzeitig darauf konzentrieren, dass Räume der Begegnung für Jung und Alt, für Ärmere und Reichere, für Alteingesessene und Zuwanderer entstehen. Er wird darauf achten, dass eine Stadt reizvoll, lebendig und lebenswert wird. Er wird die Plätze, Häuser, Straßen und Grünflächen so anlegen, dass die Proportionen gewahrt bleiben und Flächen sinnvoll genutzt werden. Kurzum: Er wird darauf achten, dass durch kluge Planung sanfte Anreize für mehr Lebensqualität geschaffen werden, ohne dabei endliche Ressourcen zu verschwenden und strukturelle Probleme zu verursachen.

Das gilt ganz genauso auch für die staatliche Finanzpolitik. Ein Finanzminister, der von vornherein mit immer neuen Schulden überkommene Strukturen finanziert, handelt wie ein Stadtplaner, der fantasielos eine monotone Plattenbausiedlung an die nächste reiht. Meine Damen und Herren, das ist mir nicht genug für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der letzte nordrhein-westfälische Finanzminister, der ohne geplante Schulden auskam, war der Sozialdemokrat Hans Wertz. In der Haushaltsdebatte 1973 mahnte er noch dazu, bitte mit finanzpolitischem Augenmaß voranzugehen.

Dieser Ruf verhallte in Nordrhein-Westfalen jedoch schnell. Denn die rot-grüne Vorgängerregierung erhob Verschuldung wortreich und unter Zuhilfenahme eigens bezahlter Gutachten zu ihrem finanzpolitischen Kernprogramm.

Dabei war eigentlich stets klar: Wer so munter neue Schulden plant, löst kein Problem – erst recht nicht vorbeugend. Im Gegenteil: Er verschärft damit sogar die Probleme im Land Nordrhein-Westfalen.

Das Ergebnis sind 144 Milliarden € Schulden, mehr als 21 Milliarden € davon übrigens aus den letzten sieben Jahren. Allein für die Zinsen mussten die heimischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fast denselben Betrag noch einmal ausgeben, nämlich

139 Milliarden €, also fast 140 Milliarden € nur für Zinszahlungen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was hat das mit diesem Haushalt zu tun?)

Das ist eine unvorstellbar hohe Geldsumme. Bei einer maßvollen Finanzpolitik hätte das Geld in die Bildung, in die innere Sicherheit, in den Straßenbau oder in zukunftsfeste Arbeitsplätze investiert werden können.

Meine Damen und Herren, vielleicht hätten dann mehr Menschen das Versprechen vom Aufstieg in Nordrhein-Westfalen erlebt. In Wirklichkeit wurde dieses Versprechen immer häufiger gebrochen. Das ist leider bis heute so.

Deshalb sage ich aus voller Überzeugung heraus heute: Wir machen mit dieser gescheiterten Politik Schluss. Wir wollen eine nachhaltige Finanzarchitektur für unser Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen konsolidieren, modernisieren und investieren. Unser politischer Anspruch liegt darin, Ausgaben und Einnahmen in Balance zu halten, und trotzdem gleichzeitig dafür zu sorgen, dass unser Land mit klugen Investitionen nachhaltig modernisiert wird.

Der diesjährige Nobelpreis für den Verhaltensökonom Richard Thaler erinnert uns daran, dass dabei immer der echte Mensch Ausgangspunkt aller Überlegungen sein sollte, nicht ein fiktives Wesen, Studien oder eine abstrakte Ideologie.

Was nützt es zum Beispiel einer alleinerziehenden arbeitslosen Mutter, wenn ihr ein Arbeitsplatz angeboten wird, gleichzeitig aber kein Betreuungsplatz für ihr Kind zur Verfügung steht? So gelingt jedenfalls kein Aufstieg.

Staatliche Investitionen müssen deswegen die Lebenswirklichkeit im Blick behalten und überkommene Strukturen nachhaltig modernisieren. Ein Stein muss auf dem anderen aufbauen.

Klar ist: Ohne neue Investitionen geht das nicht. Eine funktionierende soziale Marktwirtschaft braucht auch finanzielle Impulse. Anders sind Aufstieg und Wachstum überhaupt nicht möglich.

Sparen an sich ist kein Selbstzweck. Deswegen werden wir maßvoll Geld in die Hand nehmen. Das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen wird es nicht umsonst geben. Das war übrigens in der Gründungsphase unseres Landes auch nicht der Fall.

Angesichts der enormen Herausforderungen in unserer Welt ist das heute erst recht nicht anders. Ich nenne nur die Digitalisierung mit ihren riesigen Chancen für unsere heimische Wirtschaft, für Industrie, für Start-ups und für eine noch viel bessere Verwaltung, die Energiewende mit all den strukturpolitischen Folgen für Nordrhein-Westfalen oder die Globalisierung

mit ihren Möglichkeiten für Handel und Logistik, aber eben auch mit ihren humanitären Herausforderungen.

Alle diese Entwicklungen erfordern eine ganzheitliche Sichtweise. So wie im nachhaltigen Städtebau nicht einzelne Gebäude oder Straßen, sondern ihre Mischung im Vordergrund stehen, sollte auch die Haushalts- und Finanzpolitik derart gestaltet werden, dass staatliche Gelder in der Summe auf das übergeordnete Ziel konzentriert bleiben.

Unser übergeordnetes Ziel ist das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen. Wir wollen mit einer maßvollen und klugen Planung die richtigen Anreize und die richtigen Impulse setzen – wie ein guter Stadtplaner.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich als Finanzminister das notwendige Geld zur Verfügung stellen, damit dieses Land modernisiert und weiter nach vorne gebracht werden kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem dauerhaften Verzicht auf neue Schulden beschränken wir unsere finanzpolitischen Spielräume auf den dringend gebotenen Konsolidierungskurs. Das tun wir zwei Jahre vor der Schuldenbremse.

Diese freiwillige Selbstbeschränkung zwingt allerdings auch dazu, genau zu überlegen, wo Einsparungen möglich sind und wo nicht. Sparsames Wirtschaften wird zur DNA dieser Landesregierung gehören.

Deshalb will ich bei der Einbringung auch gerne etwas zu den Einsparungen sagen.

(Martin Börschel [SPD]: 139 Stellen! 139 Stellen!)

Ich sage übrigens auch einmal etwas zu den Einsparungen der Vorgängerregierung. Sie hat als Erstes einmal fast 2 Millionen € in die Hand genommen und dann ein Effizienzteam gegründet.

Für die jungen Unternehmensberater, die da die Chance bekommen haben, nach ihrem Studienabschluss zu Stundensätzen zwischen 150 € und 270 € den fachlich zuständigen Beamten und Beamtinnen Ratschläge zu geben, war das sicherlich ausgesprochen gut.

Es ist auch schön, dass das gründlich gemacht worden ist: drei Jahre; da hat dann ja auch jeder etwas davon gehabt.

(Heiterkeit von Matthias Kerkhoff [CDU] und Bodo Löttgen [CDU])

Analysen, Workshops, Gutachten – das gesamte Programm der Beraterwelt fand in Nordrhein-Westfalen statt. Das Ganze war so gründlich, dass dabei nicht nur neun Monate Verspätung herauskamen, sondern auch ein Abschlussbericht – übrigens mit

Benchmark-Analyse; ohne eine solche Analyse wäre es auch nicht vollständig gewesen.

(Heiterkeit von der CDU)

Die Bilanz fiel allerdings mehr als ernüchternd aus. Die Consultants haben in diesen drei Jahren ein Einsparvolumen in Höhe von rund 200 Millionen € ermittelt.

Für eines bin ich dankbar: Sie haben uns eine Erkenntnis gebracht. Ohne diese Arbeit von drei Jahren wäre das nicht möglich gewesen. Diese Erkenntnis will ich Ihnen nicht vorenthalten. Zitat aus dem Abschlussbericht:

„Wer erwartet hat ..., dass das Effizienzteam unabhängig von der politischen Richtlinienkompetenz eigenmächtig politische Prioritäten verschiebt und so Milliarden an Einsparmöglichkeiten vorschlägt, erkennt, dass die Setzung von Zielen und Schwerpunkten Sache der Politik ist und bleibt.“

Ja, meine Damen und Herren, für diese dreijährige Arbeit bin ich enorm dankbar. Ohne sie hätten wir das in diesem Lande nicht gewusst.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit anderen Worten: 2 Millionen € für nichts und wieder nichts! Es wurde nicht ernsthaft geprüft, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Der politische Wille zum Sparen fehlte schlichtweg.

Dieser Wille ist bei uns vorhanden. Deswegen haben wir einen ganz anderen Ansatz. Mit unseren Beamtinnen und Beamten haben wir in den ersten vier Monaten ein Einsparvolumen von bereits 131 Millionen € gehoben. Wir haben sie dem Haushalt zur Verfügung gestellt. Dafür bin ich allen Beamtinnen und Beamten, die da kreativ und klug mitgeholfen haben, ausgesprochen dankbar, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das zeigt mir eines: Die schwarze Null fällt einem nicht in den Schoß. Man muss die schwarze Null wollen. Und wir wollen sie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb planen wir ab 2019 bereits mit einem Überschuss in Höhe von 30 Millionen €. Ab 2020 sieht die mittelfristige Finanzplanung Überschüsse von etwas über 1 Milliarde € vor.

Wir lassen zudem Vorsicht bei den Steuereinnahmen walten. Mit 58 Milliarden € liegen wir knapp 300 Millionen € unter den Zahlen, die mein Amtsvorgänger uns für die Koalitionsverhandlungen zur Verfügung gestellt hat.

Wir wollen keinen Haushalt, der auf Kante genäht ist. Deswegen haben wir auch die Einsparungen bereits im Haushaltsplan verortet.

Meine Damen und Herren, ohne diese Einsparungen wäre der geplante ausgeglichene Haushalt nicht möglich gewesen. Denn wir verzichten auf Buchungstricks, wie sie im angeblich plötzlich schuldenfreien Haushalt 2016 vor der Landtagswahl – um jeder Legendenbildung vorzugreifen – in einer Größenordnung von damals fast 600 Millionen € vorzufinden waren.

Die Wahrheit ist im Übrigen: Rot-Grün plante auch für 2018 fast 400 Millionen € neue Schulden in der mittelfristigen Finanzplanung.

Meine Damen und Herren, deswegen ist dieser Sparbeitrag, den wir jetzt geliefert haben, richtig. Wir haben Selbstbewirtschaftungsmittel als ungenutzte Gelder gekürzt. Wir haben Reste von Deckungsmitteln gekürzt. Außerdem sehen wir uns die Landesförderprogramme an.

Auch dazu kann ich Ihnen ein Commitment dieser Landesregierung abgeben. Wir sind bei der Landtagswahl mit dem Angebot an die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen angetreten, eine andere Politik für dieses Land zu machen und andere Schwerpunkte zu setzen, um dieses Land wieder nach vorne zu bringen und zum Aufsteigerland zu entwickeln. Seien Sie ganz gewiss: Diese politische Schwerpunktsetzung werden Sie auch in unserem Umgang mit den Förderprogrammen sehr deutlich sehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Das werden wir sehen!)

Teure Lieblingsprojekte für einzelne politische Akteure sind weder legitim noch bezahlbar. Für uns gilt eine einfache Grundregel: Für Ideologie gibt es zukünftig kein Geld mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jeder investierte Euro hat seinen festen Platz – und der ist begrenzt. Ich sage das noch einmal deutlich. Der Raum für neue Wünsche ist nicht endlos, auch in Zeiten steigender Steuereinnahmen und guter Konjunkturprognosen nicht. Hier wollen wir das gleiche Augenmaß walten lassen wie ein mittelständisches Unternehmen, das in guten Zeiten Vorsorge für schlechtere Zeiten betreiben muss.

Im Rahmen des Haushaltsvollzugs haben wir bereits in diesem Jahr seit Regierungsübernahme sparsam gewirtschaftet. Wir drehen jeden Euro zweimal um, bevor wir ihn ausgeben. Deshalb können wir auch jetzt schon eine Summe in Höhe von rund 120 Millionen € dem Pensionsfonds für 2017 zur Verfügung stellen. Im weiteren Haushaltsvollzug werden wir versuchen, weiter frei werdende Mittel auch in dieser Weise zu verwenden.

Wir werden übrigens nicht nur investieren und konsolidieren, sondern auch modernisieren.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist unser erster Gestaltungshaushalt. Er folgt einer klaren politischen Priorisierung. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wünschen sich ein moderneres Land – und keine medienwirksame Symbolpolitik mehr. Teure Blitzmarathons, Videotagebücher und andere kurzfristige Werbegags bringen den Menschen in Nordrhein-Westfalen überhaupt nichts.

Modernisierung bedeutet für uns: Wir müssen die dicken Bretter bohren, also Strukturen verändern, und zwar so, dass auch die nachfolgenden Generationen davon profitieren.

Das gilt übrigens zuallererst für den Staat selber. Deswegen brauchen wir auch da eine Fokussierung. Wir wollen staatliche Ausgaben künftig nicht mehr an der Höhe der dafür verwendeten Steuergelder messen, sondern allein an deren Wirkung und an dem erzielten Nutzen.

Dafür wollen wir die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören Digitalisierung und neue Steuerungsinstrumente in der Verwaltung.

Im Übrigen lohnt sich ein Blick nach Europa. Wieso schaffen es zum Beispiel die estnischen Behörden, komplett auf Papier zu verzichten und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern digital zu führen?

Wir wollen das auch für Nordrhein-Westfalen erreichen. Unser Ziel ist die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das hilft übrigens nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Beschäftigten in der Verwaltung selber und ist damit eine echte Win-win-Situation.

Dezentrale Einheiten sind auch in der Stadtplanung von hoher Bedeutung. Eine Stadt ist nur so modern wie ihre einzelnen Viertel. Auf den Landeshaushalt übertragen bedeutet das: Ein guter Haushalt stärkt auch die Kommunen.

Genau das geschieht durch diesen Etat für 2018. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erhalten im nächsten Jahr rund 1 Milliarde € zusätzlich vom Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind ungefähr 10 % mehr Mittel als in diesem Jahr, nämlich insgesamt 11,7 Milliarden €.

Unsere Kommunen werden finanziell an vielen anderen Stellen entlastet: bei der Unterbringung von abgelehnten Asylbewerbern in Einrichtungen des Landes, bei den Kitas, bei den Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge, beim Kommunalinvestitionsförderungsgesetz.

Meine Damen und Herren, alle Zuweisungen an die Kommunen im Haushalt zusammen betragen sage

und schreibe 26,5 Milliarden €. Damit liegt der kommunale Anteil an den Gesamtausgaben des Landes bei über einem Drittel; genau sind es 35,6 %.

Das ist ein gutes Zeichen für die Kommunen und für den Zusammenhalt im Land Nordrhein-Westfalen. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine andere Stelle, an der Sie sehen, was passiert, wenn fantasielos verwaltet wird, ist die Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen endlich wieder ein gutes, ein funktionierendes Verkehrsnetz.

Deshalb ändern wir die Art und Weise, wie in Nordrhein-Westfalen Straßen gebaut werden. Um wichtige Straßenbauprojekte kümmert sich künftig eine eigene Stabsstelle für Baustellenmanagement.

Alein 38,35 Millionen € fließen zusätzlich in den Erhalt und den Ausbau von Landesstraßen. Bis zum Jahr 2021 sollen die Mittel dafür auf fast 260 Millionen € anwachsen.

Nachhaltige Modernisierung bedeutet übrigens auch, dass wir es den Pendlern erleichtern, auf das Fahrrad umzusteigen. Deswegen werden wir die Radwegförderung allein im nächsten Jahr um 50 % erhöhen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Einen echten Modernisierungsschub wollen wir ins Ruhrgebiet bringen. Der jahrzehntealte Strukturwandel im Ruhrgebiet darf keine politische Entschuldigung mehr für das Versäumnis sein, Strukturen nachhaltig zu modernisieren. Dort wollen wir ansetzen, um gemeinsam mit der Europäischen Union und dem Bund eine Strategie zu entwerfen, damit das Ruhrgebiet endgültig den Anschluss an den Rest des Landes schafft. Den Startschuss wird eine große Ruhr-Konferenz im nächsten Jahr geben. Die zupackenden Menschen zwischen Hagen, Herne und Hamm haben jedenfalls Besseres verdient als das, was sie in den letzten sieben Jahren erlebt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Keine der großen Herausforderungen – von der Digitalisierung über die Energiewende bis hin zur Globalisierung – endet an der Porta Westfalica oder am Aachener Dom. Deshalb ist es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen eine wahrnehmbare Rolle spielt, wenn in Brüssel oder in Berlin Weichenstellungen für unser Land vorgenommen werden.

Nordrhein-westfälische Unternehmen sind beispielsweise unmittelbar betroffen, wenn in Brüssel über die Digitalisierungsstrategie der EU verhandelt wird. Massive nordrhein-westfälische Interessen sind auch berührt, wenn in Brüssel über die neue Förderperiode europäischer Strukturfonds ab 2021 gesprochen wird.

Kurzum: Es bringt nichts, dass eine Landesregierung in Düsseldorf ständig mit dem Finger nach Berlin zeigt, wenn es um finanzielle Verantwortung geht,

(Zuruf: Weiß Herr Laschet das?)

dort und in Brüssel aber auf Tauchstation geht, wenn strukturelle Veränderungen verhandelt werden. Unser Anspruch ist, das starke Land Nordrhein-Westfalen mit einer starken Stimme in Berlin und in Brüssel sichtbar zu machen, meine Damen und Herren. Unsere Interessen müssen dort kraftvoll vertreten werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor uns liegt eine Menge Arbeit, damit die Schwerpunkte im Landeshaushalt wieder so fokussiert werden, dass das Versprechen vom Aufstieg in Nordrhein-Westfalen wieder einlösbar ist. Um im Bild der Stadtplanung zu bleiben: Im Haushalt, den wir bei der Regierungsübernahme vorgefunden haben, waren zentrale Bauten nahezu baufällig, und die wichtigsten Plätze waren verwahrlost. Wir beginnen mit dem Haushalt 2018 damit, endlich wieder zu restaurieren und umzubauen.

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür ist der Bereich der inneren Sicherheit. In den letzten Jahren haben mehr und mehr Menschen Angst um ihre Sicherheit und ihre körperliche Unversehrtheit bei uns in Nordrhein Westfalen. Wir sagen hier ganz klipp und klar: Ein Kind, das heute bei uns geboren wird, soll sicher leben, denn ein sicheres Leben gehört zum Aufstiegsversprechen, das wir für Nordrhein-Westfalen wieder einlösen möchten.

Die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land halten dabei für uns ständig ihren Kopf hin. Wir wollen deswegen ihre Ausrüstung verbessern, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten verbessern und die Ausstattung durch Verwaltungsassistenten so neu organisieren, dass sie noch mehr Zeit auf der Straße verbringen können. Unsere innere Sicherheit ist zentrales Anliegen dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir alleine für 2018 für die innere Sicherheit 58,2 Millionen € mehr vorgesehen als noch im Vorjahr. Wir werden statt bislang 2.000 künftig Jahr für Jahr 2.300 neue Polizistinnen und Polizisten in den Polizeidienst unseres Landes einstellen. Hinzu kommen noch einmal 500 Verwaltungsassistenten. Wir schaffen mit zusätzlichen 650 Planstellen die Voraussetzung dafür, dass geprüfte Kommissar-anwärterinnen und anwärter auch übernommen werden können. Das sind alles gute Beiträge für die innere Sicherheit in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden uns auch um die Bekämpfung organisierter Kriminalität, krimineller Clans und die Finanzierung des internationalen Terrorismus kümmern. Wir

haben zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen zwischen Finanzministerium, Innenministerium und Justizministerium vereinbart, dass wir bei der Zusammenarbeit nicht mehr als Erstes über unsere Kompetenzen und Grenzen sprechen, sondern über unsere Gemeinsamkeiten, und dass wir das miteinander austauschen, was wir austauschen können, um diesem Terrorismus endlich entgegenzutreten mit einer eigenen Taskforce, für die wir über 50 neue Stellen schaffen. Ich will nicht, dass am zweitgrößten Finanzplatz Nordrhein-Westfalen die Finanzierung von internationalem Terrorismus, internationaler Steuerhinterziehung und organisierter Kriminalität stattfindet. Es müssen Experten eingestellt werden, die das wirksam bekämpfen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein sicheres Leben gibt es nur in einem Rechtsstaat. Funktionierende Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justiz sind unverzichtbar, um jedem Einzelfall im Wortsinn gerecht zu werden und Willkür auszuschließen. In Nordrhein-Westfalen wurde die Justiz über Jahre hinweg finanziell so stark vernachlässigt, dass die Grenzen des Rechtsstaates allein durch personelle Überforderung fast erreicht gewesen wären. Schon heute dauert ein zivilrechtliches Verfahren oft länger als ein halbes Jahr – neue Herausforderungen wie die immer größeren Klagewellen in den vielen Asylverfahren einmal ganz beiseitegelassen.

Justitia hält in Nordrhein-Westfalen allzu oft keine Waage und kein Richtschwert mehr in den Händen, sondern stattdessen ein prall gefülltes Überstundenkonto, und über ihr kreist der Pleitegeier. Wir wollen Justitia Waage und Richtschwert zurückgeben und schaffen deshalb 1.135 neue Stellen in der Justiz; fast 200 davon sind für neue Richter und Staatsanwälte.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es nicht mehr und nicht weniger als Folgendes: Mit dem Haushalt 2018 leiten wir eine drastische Kehrtwende für mehr Gerechtigkeit in unserem Land ein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um aufsteigen zu können, bedarf es einer frühen helfenden Hand. Das sind natürlich vor allem liebevolle Eltern. Die gibt es allerdings leider nicht per Gesetz, auch wenn das wirklich zu wünschen wäre. Was es aber mit diesem Haushalt geben wird, ist eine deutliche Verbesserung für die Situation unserer Kleinsten, für die Kitabetreuung, für Schulen, für Familien und für die Integration.

Ein Kind, das heute in Nordrhein Westfalen geboren wird, soll die besten Startbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben erhalten – egal übrigens, ob es in Detmold, in Duisburg oder in Düren lebt, egal ob die Eltern gemeinsam oder alleine erziehen oder ob die

familiären Wurzeln in andere Teile unserer Welt reichen. Deshalb führen wir die Förderung der kommunalen Integrationszentren fort und stellen für sie beispielsweise über 15 Millionen € bereit. Die Vorgängerregierung hatte übrigens die Einstellung dieses Programms vorgesehen.

In einem Satz, meine Damen und Herren: Aufstieg durch Bildung darf bei uns in Nordrhein Westfalen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Kitarettungsprogramm war dringend notwendig. Es wird weiter am dicken Brett zu bohren sein. Deswegen werden wir die strukturelle Unterfinanzierung der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen schrittweise beseitigen. In einem ersten Schritt erhöhen wir dafür die Mittel für frühkindliche Bildung mit diesem Haushaltsgesetz um 177 Millionen € gegenüber dem Vorjahr. Das entspricht über 19.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen und 150 Familienzentren in Nordrhein-Westfalen. In einem weiteren Schritt werden wir das System grundlegend modernisieren, indem wir das bestehende Finanzierungssystem vereinfachen.

Das Herzstück dieses Aufstiegs durch Bildung, meine Damen und Herren, sind aber natürlich nach wie vor die Schulen. Sie wurden in den letzten Jahren gleich doppelt gebeutelt. Einerseits gab es zu wenig Lehrer und zu wenig Geld für Gebäude und die technische Ausstattung, andererseits sollten die Schulen auch noch zum Experimentierfeld bei der mangelhaft vorbereiteten und unterfinanzierten Inklusion werden.

Wie soll das nordrhein-westfälische Versprechen vom Aufstieg eigentlich gelingen, wenn in der Schule dauernd der Unterricht ausfällt, wenn die notwendigen Fachpädagogen fehlen oder die Klassen so groß sind, dass eine individuelle Förderung eigentlich gar nicht mehr möglich ist? Die Antwort ist einfach: gar nicht.

Deswegen ändern wir diesen Zustand. Klar ist, dass die Änderung des Zustands eine breite Kraftanstrengung erfordern wird, an der Bund, Länder und Kommunen zukünftig gemeinsam mitwirken müssen. Mit dem Haushaltsgesetz 2018 gehen wir in Nordrhein-Westfalen in Vorleistung und schaffen allein für das nächste Jahr 2.048 neue Lehrerstellen. Die Vorgängerregierung wollte hier im Übrigen einen anderen Weg einschlagen. Rund 3.300 Stellen von Lehrerinnen und Lehrern waren als sogenannte kw-Stellen vorgesehen und sollten bald gestrichen werden. Gestrichen haben wir auch etwas, wir haben diese Beschränkung nämlich aufgehoben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gegenüber der Vorgängerregierung schaffen wir so über 5.300 Lehrerstellen für unser Land, davon übrigens 926 allein im Bereich der Inklusion, die wir im

Interesse aller davon Betroffenen sorgfältig planen und umsetzen wollen. Gerade der Bereich der Inklusion eignet sich nicht als Experimentierfeld.

Im Übrigen werden wir auch unser Versprechen einlösen, endlich eine schulscharfe und flächendeckende Erhebung des Unterrichtsausfalls in Nordrhein-Westfalen anzugehen. Dafür sind allein im Haushalt des nächsten Jahres 183 neue Stellen vorgesehen. Es entstehen 8.000 zusätzliche Plätze im offenen Ganztage in nordrhein-westfälischen Grundschulen. Wir werden auch die Lehrerinnen und Lehrer nicht vergessen. Die Konrektoren an den Grund- und Hauptschulen werden künftig auch besoldungsmäßig in ihrer wichtigen Arbeit stärker anerkannt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der andere zentrale Bestandteil unseres Aufstiegsversprechens lautet: Wenn du in Nordrhein-Westfalen hart arbeitest, dann hast du alle Chancen, dass es dir gutgeht. – Das heißt im Grundsatz, eine soziale Marktwirtschaft funktioniert nur dann, wenn es viele gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft gibt. Diese gibt es nur mit einer gut funktionierenden Wirtschaft.

Wäre Nordrhein-Westfalen ein souveränes Land, dann läge es im weltweiten wirtschaftlichen Vergleich auf Rang 19, noch vor der Schweiz, vor Schweden, Polen oder Belgien. Die Menschen an Rhein und Ruhr erwirtschaften immerhin 4,5 % der Wirtschaftsleistung aller 28 EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Bei all den Problemen, die unser Land hat, deutet die schiere Größe der Wirtschaft auf ihr großes Potenzial hin. Meine Damen und Herren, wir wollen dieses Potenzial nutzen, und zwar mit zwei konkreten Ansätzen.

Der eine Ansatz ist unter dem Thema „Bürokratieabbau“ zu subsumieren. Wir brauchen endlich wieder den Freiraum für eine dynamische Wirtschaft. Deswegen hat Andreas Pinkwart bereits sehr früh das erste Entfesselungspaket auf den Weg gebracht. Weitere Entfesselungspakete werden folgen. Sie werden sehen, in diesen fünf Jahren decken wir die Potenziale auf, die dieses Land schon lange hatte, indem wir den Menschen sagen: Ihr könnt im Zweifel einfach machen. Wir schauen euch dabei zu und helfen euch. Ihr könnt es besser als wir. – Das ist unser zentrales Versprechen für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der andere Ansatz besteht darin, gezielt zu investieren. So, wie ein guter Stadtplaner darauf achtet, mit einer intelligenten Raum- und Verkehrsplanung die richtigen Anreize für eine gute soziale Mischung zu schaffen, wollen wir mit klugen Investitionen die richtigen Anreize setzen. Jeder ab jetzt investierte Euro soll die größtmögliche Hebelwirkung für die Wirtschaft in unserem Land entfalten.

Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Digitalisierung. Es steht außer Zweifel, dass das eine große Aufgabe ist. Ein so dicht besiedeltes Land wie Nordrhein-Westfalen mit einer einmaligen Mischung aus ländlichen Räumen und großen Städten, mit einer Dichte an Forschungseinrichtungen und Universitäten, hat potenziell die besten Rahmenbedingungen für das Zeitalter der Digitalisierung.

Mut und frische Ideen haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Um sie heute in ein funktionierendes Unternehmen umzuwandeln, muss sich der Staat auf die richtigen Rahmenbedingungen konzentrieren. Dazu gehört eine erstklassige digitale Infrastruktur. Deswegen sind nicht die Kupferleitungen mit 50 Mbit/s unser Ziel. Unser Ziel ist eine flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur für unser Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Allein für die Breitbandförderung sind im Haushaltsentwurf 2018 Landesmittel in Höhe von 220 Millionen € vorgesehen. Das sind 56 Millionen € mehr als im Vorjahr. Bis 2025 wollen wir insgesamt 7 Milliarden € in diesem Bereich an Investitionen mit EU-Geldern, mit Bundesgeldern und mit Landesgeldern heben, damit unser Land nachhaltig modernisiert wird.

Ich könnte jetzt noch sehr viele weitere Schwerpunkte benennen, die wir mit diesem Haushaltsgesetz stärken werden, zum Beispiel die Denkmalpflege und die Heimat, die Stärkung nichtakademischer Gesundheitsberufe oder den Hochwasserschutz.

Ein Thema liegt mir aber besonders am Herzen. Das ist die Kultur. Eine Stadt ohne Kultur ist nicht lebenswert. Kein guter Stadtplaner wird je darauf verzichten, Orte zu schaffen, an denen die unterschiedlichsten Menschen zusammenkommen können, an denen gemeinsame Identität wurzelt und gleichzeitig immer wieder neu hinterfragt werden kann und an denen man auch einmal die Seele baumeln lässt. Gerade in unserer schnellen Zeit, in unserer immer vielschichtigeren Gesellschaft und der vielerorts drohenden Anonymisierung wird das von Tag zu Tag wichtiger.

Wenn in einem Bauwerk Risse drohen, dann braucht man Kitt, der die Teile zusammenhält. Kultur fördert Gemeinschaft statt Entfremdung. Kultur ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Deswegen stärken wir diesen Kitt und werden den Kulturetats über diese Legislaturperiode insgesamt um 50 % erhöhen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir beginnen im Haushalt 2018 mit rund 20 Millionen € und steigern diesen Betrag bis 2022 auf 100 Millionen €; denn finanzielle Planungssicherheit ist

gerade für die kulturellen Begegnungsstätten entscheidend. Ob Literaturfestival, Orchester oder Musikschule – dort geht es nicht um Gewinnmaximierung, sondern um eine nachhaltige Bereicherung für uns alle.

Ein Kind, das in Nordrhein-Westfalen aufwächst, soll wissen, welch tolle Theater, Museen und Kunst es hier gibt und wie spannend und vielfältig die Geschichte unseres Landes ist. Es soll aber auch wissen, welche besondere Verantwortung wir durch unsere Geschichte haben. Kultur und politische Bildung müssen deshalb wieder eine prägende Rolle spielen, die gerade ein Land der Aufsteiger so dringend braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Aufstieg und gesellschaftlicher Zusammenhalt gehören zur Kernmarke Nordrhein-Westfalen, auch wenn sie in den letzten Jahren immer schwerer zu verwirklichen waren. Diese Ziele vereint das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Alle wichtigen Akteure, die Bürgerinnen und Bürger, der Staat und die Wirtschaft müssen bestimmte Rollen ausfüllen, damit die verschiedenen Kräfte so zusammenwirken können, dass so etwas wie der einst von Wilhelm Röpke beschriebene ökonomische Humanismus entstehen kann, damit sich individuelles Streben und sozialer Ausgleich zum Wohle aller zusammenfügen.

Dabei spielt die staatliche Finanzpolitik eine prägende und zentrale Rolle. Sie muss mit besonderem Augenmaß die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen begleiten. Meine Damen und Herren, Augenmaß bedeutet das Gegenteil von Ideologie. Augenmaß bedeutet Voraussicht. Kein Theoriestrukt sollte das notwendige Augenmaß benebeln, sei es die antizyklische Konjunkturpolitik oder eine wie auch immer begründete angeblich vorsorgende Sozialpolitik.

Die hemmungslose Verschuldung der öffentlichen Hand, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte erlebt haben, lähmt uns alle. Ein Planer, der mit dem nachhaltigen Umbau einer Stadt beauftragt ist, sollte sich überlegen, wie er eine ausgewogene Mischung erreichen kann und die Lebensqualität nachhaltig steigert, wie er Bausünden möglichst geordnet zurückbaut und stattdessen neue, schöne, lebenswerte Orte des Miteinanders schafft.

Deshalb folgt unsere Haushalts- und Finanzpolitik dem Dreiklang: konsolidieren, modernisieren und investieren. Wir machen mit diesem Haushaltsgesetz Schluss mit immer neuen Schulden und legen uns auch für die weiteren regulären Haushaltsgesetze für diese Legislaturperiode fest.

Meine Damen und Herren, vergessen wir bitte nie mehr: Eine verlässliche, seriöse Finanzpolitik ist ein Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Das gilt gerade in unserer heutigen vernetzten, schnelllebigen

und technologiegetriebenen Welt und in unserer immer vielschichtigeren Gesellschaft.

Ein Kind, das heute in Nordrhein-Westfalen geboren wird, hat mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 30 % familiäre Wurzeln außerhalb von Deutschland. Mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 20 % wird es von nur einem Elternteil erzogen. Seine Eltern arbeiten mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in einem Unternehmen, das nicht mehr nur in Konkurrenz zu anderen deutschen Firmen steht, sondern das immer stärker mit Unternehmen in der ganzen Welt konkurriert.

Unsere Nordrhein-Westfalen-Koalition hat sich vorgenommen, dass dieses Kind in seinem Leben wieder das erfährt, was unser Land in seiner Gründerzeit auszeichnete: das Versprechen, durch gute Bildung und harte Arbeit aufsteigen zu können, egal woher das Kind kommt. Deswegen wollen wir die staatlichen Ressourcen so einsetzen, dass ein Kind aus Nordrhein-Westfalen sicher leben kann, die beste Betreuung findet, auf die besten Schulen gehen kann und später die besten Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Der Haushaltsplanentwurf 2018 setzt hier die richtigen Schwerpunkte. Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen. Ich sage abschließend: Das Ziel dieser Nordrhein-Westfalen-Koalition, das Ziel dieser Landesregierung ist im Kern in einem Satz zusammenzufassen, meine Damen und Herren: Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen wieder erstklassig wird.

(Lang anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Martin Börschel [SPD]: Dafür haben Sie eine Dreiviertelstunde gebraucht! Das gibt es doch nicht!)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Finanzminister Lienenkämper. – Ich eröffne die Aussprache und erteile hiermit für die SPD Herrn Abgeordneten Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Regierungsverantwortung zu übernehmen bedeutet immer auch, ein Erbe anzutreten. Wir wissen das.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja! – Unruhe von der CDU)

Erbe kann eine Belastung sein, auch eine Befreiung, aber zu erben ist in keinem Fall eine Leistung und erst recht keine Tugend, wie uns der Finanzminister das 43 Minuten lang weismachen wollte, meine Damen und Herren. Das ist es nicht.

(Beifall von der SPD)

Die neue Mitte-rechts-Koalition von CDU und FDP

(Zuruf: Oh! – Unruhe bei der CDU)

hat von ihrer rot-grünen Vorgängerregierung

(Bernd Krückel [CDU]: Ganz hilflos! – Weitere Zurufe von der CDU)

ein robustes Wirtschaftswachstum und solide Finanzen, Steuereinnahmen auf Rekordniveau und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren geerbt. Hinzu kommt das historisch niedrige Zinsniveau, auch nicht Ihr Verdienst, Herr Minister. Das sind die Gründe, warum Sie, Herr Lienenkämper, der zweite Finanzminister seit 1973 sind, der aller Voraussicht nach ein Haushaltsjahr ohne neue Kredite abschließen wird. Der erste war Norbert Walter-Borjans.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie Ihrem Vorgänger nacheifern, das ist gut, das ist richtig. Dass Sie sich mit seinen Erfolgen schmücken können, ist unser Pech, Ihr Glück, aber mit Sicherheit nicht Ihre Leistung, Herr Lienenkämper, mit Sicherheit nicht Ihre Leistung.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Weil Sie immer wieder dazwischenrufen, will ich eine grundsätzliche Bemerkung dazu machen. Jetzt kommen Sie mir wieder mit Ihrer Wahlkampfgeschichte: Unsere Wirtschaftspolitik sei erfolglos gewesen, weil sich schlechte Wirtschaftspolitik – na klar! – schon immer durch sinkende Arbeitslosenzahlen, durch sinkende Haushaltsdefizite und durch stetig steigende Steuereinnahmen ausgezeichnet hat. Das ist Volkswirtschaftslehre auf allerhöchstem Niveau, meine Damen und Herren, auf allerhöchstem Niveau.

Dass man Ihnen für diese Theorie noch nicht zu einem Nobelpreis verholfen hat, ist wahrlich ungerecht. Bewerben Sie sich doch einfach mal mit Ihrer Theorie ganz proaktiv bei der schwedischen Reichsbank. Da wird man beeindruckt sein. Also im Ernst: Mit diesem Unsinn blamieren Sie sich bis auf die Knochen. Lassen Sie es sein, das hilft Ihnen, hilft allen. Lassen Sie es sein!

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich anerkennen: Uns wurde ein Haushaltsentwurf ohne neue Kreditemächtigung vorgelegt. Und selbstverständlich hat auch der Finanzminister seinen Anteil an der Null. Immerhin hat er Ausgabenkürzungen in Höhe von sage und schreibe 131 Millionen € in seinem Entwurf vorgesehen, 131 Millionen € in einem Gesamtetat von 75 Milliarden €. Damit lässt sich der Beitrag des Ministers für den ausgeglichenen Haushalt 2018 bis auf die Nachkommastellen berechnen.

(Zuruf von der SPD: Super!)

Es sind 0,1759 % oder 1,76 Promille – ein beeindruckender Wert, aber nur bei einer Alkoholkontrolle, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße
[GRÜNE])

„Mancher unterschätzt seine Leistungen, weil er seine Fähigkeiten überschätzt.“ Das schrieb einst der Allianz-Manager Maximilian Eichbaum. Bei Herrn Lienenkämper besteht da keine Gefahr; er überschätzt seine Fähigkeiten nicht. Er hat gerade für sich und für seine 0,176 % Eigenleistung eine vor Selbstblüherung triefende Messe gelesen.

(Zuruf von der SPD: Das kann man wohl sagen!)

Dieses für Ihre Regierung typische Größenverhältnis zwischen Eigenleistung und Eigenlob verrät im Übrigen viel über Ihren haushaltspolitischen Ehrgeiz.

Tatsächlich plant der Finanzminister mittelfristig mit deutlich geringeren Haushaltsüberschüssen als sein Vorgänger. Allein für die Jahre 2019 und 2020 rechnet er mit fast 3 Milliarden € weniger – und das, obwohl er von gleich hohen Steuereinnahmen ausgeht wie Norbert Walter-Borjans, dem Sie, Herr Minister, übrigens noch vor einem Jahr vorgeworfen haben, er rechne sich die Einnahmen schön.

Was sollen wir jetzt davon halten? Rechnet sich der neue Finanzminister auch die Einnahmen schön? Und wenn nicht, warum streben Sie dann geringere Haushaltsüberschüsse an als die rot-grüne Vorgängerregierung? Entweder erwarten Sie deutlich weniger Steuereinnahmen, weil Sie insgeheim nicht an den Erfolg Ihrer Wirtschaftspolitik glauben. Oder Sie glauben nicht an den Konsolidierungswillen Ihrer Kolleginnen und Kollegen und planen deshalb mit deutlich höheren Ausgaben.

Aber das sind Fragen, die ja nur dann relevant wären, wenn Sie tatsächlich den haushaltspolitischen Ehrgeiz hätten, den Sie uns jahrelang vorgespielt haben. Und jetzt halten Sie schon das Nötigste für eine herausragende Leistung.

So hielt der Ministerpräsident, meine Damen und Herren, seine Ankündigung, Schwarz-Gelb werde in den kommenden Jahren die Verfassung beachten, für eine derart sensationelle Nachricht, dass man glauben konnte, er rechne ernsthaft mit Sondersendungen auf allen Kanälen.

(Beifall von der SPD)

Diese jähe Ehrgeizlosigkeit dieser Regierung lässt sich ja auch an Ihren Forderungen nach mehr Geld aus Berlin ablesen.

Noch in seiner Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident verkündet, Landespolitik besteht – Zitat – „nicht darin, immer dann, wenn es schlecht ist, nach Geld beim Bund zu rufen“. Wenige Wochen später reist er dann zu den Sondierungsverhandlungen nach Berlin, im Gepäck nicht weniger als 42 Wünsche seiner Ministerien nach mehr Bundesgeld,

unter anderem für die Kitabetreuung, für die Sozialarbeit an Schulen, für die Ganztagschulen, für Schulen im Allgemeinen, für die Integration von Geflüchteten, für den sozialen Wohnungsbau usw.

Die Forderungen dieser Landesregierung sind so hoch und vielseitig, dass seinem Parteifreund Eckhardt Rehberg, dem haushaltspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, der Kragen platzte. Der nannte nämlich die Forderungen des NRW-Ministerpräsidenten eine Dreistigkeit, einen Affront und eine Realitätsverweigerung.

Lassen wir einmal, meine Damen und Herren, die Frage beiseite, ob diese Forderungen gerechtfertigt sind oder nicht. Wer von den Ankündigungen des Ministerpräsidenten zum Boden seines Handelns gelangen will, der braucht nicht weniger als ein Tiefsee-U-Boot, nicht weniger als ein Tiefsee-U-Boot.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich würde Ihnen gern meinen kostbaren Spott vorenthalten. Aber das kann ich nicht machen; dafür haben Sie ihn sich einfach zu redlich verdient.

Was haben Sie uns zu Ihrer Oppositionszeit nicht alles vorgeworfen? Von strukturellen Haushaltsdefiziten in Milliardenhöhe war da die Rede. Ein Sparpaket in Höhe von mindestens 2 Milliarden € müsse her. Herr Laschet forderte globale Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst in Höhe von 1,5 % jedes Jahr. Herr Optendrenk wollte allein 300 Millionen € im Schuletat streichen. Das wären 6.000 Lehrerstellen gewesen. Und in jedem Fall – so hieß es im CDU-Wahlprogramm – werde man neue Aufgaben konsequent durch Kürzungen an anderer Stelle ausgleichen. Das sei auch kein Problem; denn die CDU habe ja durchgerechnete Sparvorschläge in der Schublade, 140 an der Zahl.

Und nun? Was ist denn aus all Ihren Anträgen, Beschlüssen und Positionspapieren geworden? Das Letzte, was man von Ihren Finanzkonzepten gehört hat, war die Toilettenspülung im Büro des Finanzministers, und zwar am Tag seiner Amtsübernahme, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Nur, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Dass Ihre Oppositionskonzepte den Weg in die Kanalisation nehmen mussten, ist nicht weiter schlimm; die gehören da auch hin. Notwendige Zukunftsinvestitionen müssen immer Vorrang haben vor unnötig hohen Überschüssen. Das war immer unsere Überzeugung. Das bleibt auch so. Ich freue mich, dass es langsam auch Ihre Überzeugung zu werden scheint.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Aber trotzdem gilt doch, eines festzuhalten: Durch den Haushaltsentwurf der neuen Regierung werden

die Finanzkonzepte der alten Opposition der Lächerlichkeit preisgeben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Ja, Sie geben sie der Lächerlichkeit preis. Denn im Hinblick – das wurde gerade in der Rede des Finanzministers deutlich – auf die Haushaltskonsolidierung tun Sie nichts von dem, was Sie jahrelang von uns gefordert haben, nichts. Das allein wäre kein Problem – im Gegenteil: In den meisten Fällen ist das auch besser so.

Ihr Problem ist, dass Sie vor der Wahl so hohe Erwartungen geweckt und so viele Versprechen abgegeben haben,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

von denen Sie wussten, dass Sie die niemals einhalten können. Meine Damen und Herren, das ist Ihr Problem!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Beispiel ist die Pauschale des Bundes zur Integration von Flüchtlingen, die Integrationspauschale.

(Zustimmung von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es war Armin Laschet, der als Oppositionsführer immer und immer wieder forderte, jeder Cent der 434 Millionen € müsse an die Kommunen weitergeleitet werden; alles andere sei unverantwortlich. Jetzt sind Sie in der Verantwortung. Und was tun Sie? Wie viele Euro leiten Sie an die Kommunen weiter? – Keinen einzigen!

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Im Gegenteil: Sie kürzen sogar 17 Millionen € bei der sozialen Flüchtlingsberatung. „Versprochen – gebrochen“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Nadja Lüders [SPD]: So viel zu „Demut haben“!)

Ein zweites Beispiel ist der Pensionsfonds für die Beamtinnen und Beamten des Landes. Wir hatten die Zuweisungen aus dem Landesetat auf 200 Millionen € pro Jahr festgesetzt. Was haben Sie getobt und gezetert! Es müssten mindestens 700 Millionen € pro Jahr mehr sein! Was die rot-grüne Regierung da mache, sei eine unverantwortliche Trickserie, schimpfte Armin Laschet in der Debatte zum Haushalt 2016.

Und an dieser Stelle vermerkten die Protokollanten dann einen Zwischenruf des Abgeordneten Lienenkämper. „So ist es!“, hat er gerufen. „So ist es!“ – Tatsächlich, Herr Lienenkämper? Ist das so? Dann schauen wir doch mal, wie hoch Ihre Zuweisungen

an den Pensionsfonds sind. Es sind gerade mal 80 Millionen €, die Sie überweisen wollen. Rechnet man schon getätigte Vorauszahlungen großzügig hinzu, dann landen Sie wieder bei den 200 Millionen € Ihres Vorgängers.

Jetzt würde mich mal interessieren, wie Sie diese 200 Millionen € heute nennen. Für Ihren Ministerpräsidenten ist das eine „verantwortungslose Trickserie“.

(Marc Herter [SPD]: So ist es!)

Und welche Bezeichnung bevorzugen Sie, Herr Finanzminister? Ich bin mal gespannt auf Ihre Antwort!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mein drittes Beispiel ist die Hochschullehre.

(Martin Börschel [SPD]: Immerhin wird er rot! – Heiterkeit von der SPD)

Herr Laschet hat als Oppositionsführer vollmundig versprochen, als Ministerpräsident würde er für die beste Betreuungsquote aller Bundesländer sorgen – also für die geringste Anzahl an Studierenden pro Dozent. Wir erwarten ja gar nicht, dass Sie dieses ehrgeizige Ziel innerhalb von einem oder zwei Jahren erreichen. Was wir nach Ihren vollmundigen Versprechungen aber erwarten, ist ein Konzept. Was wir erwarten, sind erste Schritte, die sich auch in den Haushaltsmitteln niederschlagen.

Doch all das gibt es nicht – weder ein Konzept noch erste Schritte. Ihre Ministerin verweist lediglich auf die Mittel des Hochschulpakts und setzt ansonsten alle Hoffnungen auf die Hochschulvereinbarungen der rot-grünen Vorgängerregierung: 250 Millionen € mehr Grundmittel für bessere Lehre bis 2021.

Also: Rot-Grün soll es im Nachhinein noch richten. Das ist Ihre Hoffnung – und das war es dann auch.

Ach ja! Eines will ich nicht vergessen: Dann soll es ja noch Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer geben, was im Grunde nichts anderes ist als eine Strafsteuer für international vernetzte Universitäten und ein Gebührenaun gegen zukünftige Fachkräfte.

(Marc Herter [SPD]: So ist das! – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Vorbild ist Baden-Württemberg. Erst hieß es, die zu erwartenden Einnahmen – 100 Millionen € sollten es sein – würden in die Verbesserung der Lehre fließen. Dann hieß es: Vielleicht investieren wir das Geld doch lieber in die Digitalisierung.

Mittlerweile ist völlig unklar, ob diese Gebühren überhaupt kommen; denn der Wissenschaftsministerin ist das Projekt ein wenig peinlich. Sie will diese Gebühren mittlerweile nur noch dann einführen, wenn es in Baden-Württemberg nicht zu einem Einbruch der Studierendenzahlen und der Gebühreneinnahmen kommt. Doch genau das ist dort nun eingetreten. Die

Anzahl ausländischer Studierender ist um 26 % gesunken, und statt 35 Millionen € wird man in Baden-Württemberg über die Gebühren nur noch 14 Millionen € einnehmen. Das sind 60 % weniger als geplant.

Schon jetzt ist doch klar: Die 100 Millionen €, die Sie den Universitäten versprochen haben, sind eine reine Fantasiezahl. Gestehen Sie es endlich ein: Studiengebühren sind gescheitert – ganz gleich, in welcher Form!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Das ist auch gut so! Denn Studiengebühren sind ungerecht. Sie sind unvernünftig. Also begraben Sie Ihr Lieblingsprojekt. Dann hätten sie tatsächlich endlich etwas für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen getan.

Meine Damen und Herren, das waren jetzt nur drei Beispiele für enttäuschte Erwartungen und gebrochene Versprechen dieser Koalition. Es gibt noch viele andere – zum Beispiel Ihr Versprechen, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurückzunehmen. Stattdessen stecken Sie sich das Geld klammheimlich in Ihre Tasche. „Versprochen – gebrochen“.

Oder Ihr Versprechen „Mehr Bewegung. Weniger Stau“ innerhalb der nächsten fünf Jahre: Nichts dergleichen wird passieren, und das wussten Sie doch auch schon vor den Wahlen. Schon wieder: „Versprochen – gebrochen“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Oder Ihr Versprechen, Sie würden durch eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes für niedrigere Grund- und Gewerbesteuerhebesätze sorgen: Auch das wird nicht passieren. Auch hier gilt: „Versprochen – gebrochen“.

Meine Damen und Herren, dieser Koalition mangelt es nicht an Geld. Es mangelt ihr an Glaubwürdigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Hauptdefizit ist ja auch kein finanzielles. Ihr Hauptdefizit ist ein Mangel an Wahrhaftigkeit.

Dabei ist ja nicht alles grundfalsch, was Sie tun. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren über 7.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Sie schaffen nun weitere 2.000 Stellen. Das ist gut und schön. Wo aber ist Ihr Plan für mehr Bildungsgerechtigkeit, für Chancengleichheit im Bildungssystem oder für eine bessere Inklusion? – Es gibt ihn nicht. Wir haben noch nichts davon gehört.

Im Nachtragshaushalt 2017 haben Sie 250 Millionen € für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt. Das ist gut und schön. Doch leider war das nur ein einmaliges Prestigeobjekt ohne dauerhafte Wirkung.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch nicht wahr!)

Im Haushalt 2018 ist davon nichts zu sehen. Nein, Sie lassen die Kommunen dafür 100 Millionen € nachzahlen. Wo ist denn Ihr Konzept, die Investitionslücke von 1 Milliarde € tatsächlich zu schließen? – Es gibt keines. Sie haben keines. Auch das ist hier wieder deutlich geworden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wo ist Ihr Zukunftskonzept für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, das sogenannte Entfesselungspaket? Ihre Antworten auf die Herausforderungen der digitalen Ökonomie sind mehr verkaufsoffene Sonntage und die Abschaffung der Hygieneampel? Da könnte man eigentlich lauthals lachen, wäre Ihr unnötiger und unnützer Aktionismus nicht so bitter für die vielen Beschäftigten im Einzelhandel, nicht so bitter für die vielen Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also: Es ist genauso gekommen, wie es vor der Wahl zu befürchten gewesen ist. Wenn diese Mitte-rechts-Koalition von Bürokratieabbau spricht, dann meint sie in Wahrheit die Absenkung von Standards im Verbraucherschutz und im Umweltschutz, ein Ende der Frauenförderung und nicht zuletzt die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Angriff auf das Arbeitszeitgesetz ist ja schon in Arbeit, meine Damen und Herren.

Dafür wissen wir allerdings jetzt etwas genauer, was Ihnen alles nicht wichtig ist. Gute und bezahlbare Wohnungen haben für diese Koalition keine Priorität. Stattdessen plant sie ein Marktentfesselungsgesetz für den Wohnungsmarkt. Sie plant also – um das zu übersetzen – eine Entrechtung von mehr als 11 Millionen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen zur Miete wohnen und schon bald noch höhere Mieten bezahlen müssen als bisher. Die werden entrechtet durch Ihr sogenanntes Entfesselungsgesetz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sozialpolitik, die benachteiligten Menschen dienen und die für gerechte Lebenschancen sorgen soll, hat keine Priorität.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Das ist ja der einzige relevante Bereich, in dem es keinen Stellenzuwachs geben soll. Auch die Arbeitsmarktpolitik hat für diese Regierung keine Priorität. Anstatt noch mehr Langzeitarbeitslosen neue Chancen auf einem sozialen Arbeitsmarkt zu geben, wird hier drastisch gekürzt.

Schwarz-Gelb ist nicht nur eine Koalition gebrochener Wahlversprechen und enttäuschter Hoffnungen; Sie ist – Sie müssen sich das auch immer wieder selbst vor Augen führen – immer noch die Koalition der kalten „Privat vor Staat“-Ideologie.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat immer wieder betont, welch große wirtschaftspolitische Herausforderung der Brexit für Nordrhein-Westfalen darstelle. Deshalb hat er einen Brexit-Beauftragten berufen, über den er sagte – ich zitiere –:

„Nur eine erfahrene, gut vernetzte und durchsetzungsstarke Persönlichkeit mit ausgeprägter ... Expertise kam für dieses Amt in Betracht.“

Aber offensichtlich niemand aus Ihrem Kabinett, Herr Ministerpräsident,

(Lachen von der SPD)

obwohl das doch eigentlich naheliegend wäre. Ist das denn keine Aufgabe für den Wirtschaftsminister oder für den Europaminister? Gibt es in Ihrer Regierung wirklich niemanden, der den Ansprüchen des Ministerpräsidenten genügt hätte, der also über ausreichend Erfahrung, Durchsetzungsstärke und Expertise verfügt? Da hätte ich Ihnen eigentlich ein bisschen mehr Selbstvertrauen unterstellt, Herr Ministerpräsident.

Aber noch überraschender war dann, wen der Ministerpräsident für kompetent genug hält: Friedrich Merz, den König der Finanzlobbyisten. Wir werden das alles in der Aktuellen Stunde am Freitag noch ausführlich beleuchten. Aber so viel will ich heute schon feststellen: Ausgerechnet dieser Friedrich Merz, der als Abgeordneter bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist, weil er seine finanziellen Abhängigkeiten nicht offenlegen wollte, ist nun der Wirtschaftsbotschafter Nordrhein-Westfalens in Großbritannien. Stramme Leistung, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Merz soll nun alles – so habe ich den Ministerpräsidenten verstanden –, was er an Tatkraft und Zeit aufbringen kann, in den Dienst des Landes stellen – also alles, was noch übrig ist nach seiner Tätigkeit als deutscher Cheflobbyist von BlackRock, einer der größten Schattenbanken der Welt, nach seinen Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglied und Lobbyist der AXA AG, der DBV Winterthur Holding AG, der Deutsche Börse AG, der IVG Immobilien AG, der Wepa Industrieholding SE, der BASF Antwerpen NV, der Stadler Rail AG, der Geschäftsbank HSBC Trinkaus & Burkhardt und der Commerzbank AG.

Nicht vergessen wollen wir seine zukünftige Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender des Flughafens Köln/Bonn, zu dem ihn der Ministerpräsident ja auch noch machen will. Meine Damen und Herren, wer zweifelt ernsthaft, dass Friedrich Merz ein unabhängiger und vertrauenswürdiger Partner für alle Unternehmen sein kann, die ihn nicht bezahlen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Außer dem Ministerpräsidenten wahrscheinlich jeder.

Nun gut. Ich will mal einräumen: Vielleicht haben ja auch diejenigen recht, die mir sagen: Mensch, das ist alles halb so schlimm. Das ist ja alles nur eine PR-Nummer. Der Merz hat ein weiteres Pöstchen für seine Sammlung, wird aber nicht viel tun, geschweige denn erreichen, aber eben auch keinen Schaden anrichten.

Er bekommt ja – wie der Ministerpräsident selbst betont – noch nicht einmal ein eigenes Büro. Herr Laschet brauchte einfach nur einen Namen – so wird mir gesagt –, mit dem er den rechten Jens-Spahn-Fanclub in seiner Partei beeindrucken kann. Es mag ja sein, dass dem so ist.

(Heiterkeit)

Und doch ist die Personalie Merz für den Politikstil dieser Regierung bezeichnend.

Sie passt zu einer Regierung, in der man viel zu lange nicht begriffen hat, dass ein Medienunternehmer nicht Medienminister sein kann, weil er für politische Entscheidungen verantwortlich wäre, die sein privates Vermögen mindern oder vermehren können.

Sie passt zu einer Regierung, deren Umweltministerin sich als Cheflobbyistin der konventionellen Agrarwirtschaft versteht, die die Eigentumsverhältnisse beim Familienbetrieb zur Privatsache erklärt, die aber gleichzeitig das eigene Ministerium in Anspruch nimmt, um die zweifelhaften Zustände in eben diesem Betrieb zu rechtfertigen.

Sie passt zu einer Regierung, deren Justizminister erst dann sein kommunales Mandat niederlegt, nachdem man ihm mühsam hat klarmachen müssen, dass er andernfalls ein Fall für den Verfassungsgerichtshof wäre.

Schließlich passt die Personalie Merz auch zu einer Regierung, die mit 7 Millionen € den teuersten und auch eitelsten Regierungswechsel der Landesgeschichte zu verantworten hat – eine Regierung, die sich den historischen Rekord von 139 neuen Stellen auf den Leitungsebenen aller Ministerien genehmigt hat.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch nicht wahr!)

Warum? Weil sie nicht akzeptieren will, dass eine deutsche Ministerialbürokratie keine Beute für erfolgreiche Wahlkämpfer sein darf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß, Sie glauben, die ungeschriebenen Regeln parteipolitischer Zurückhaltung und politischer Redlichkeit würden für Sie nur eingeschränkt gelten. Sie schweben über diesen Dingen. Herr Laschet, ich will Ihnen mal eines dazu sagen: Ihren Vorgängern hat die damalige Opposition gelegentlich eine Arroganz

der Macht vorgeworfen – vielleicht nicht immer zu Unrecht. Allerdings: Wir haben uns diesen Ruf in Jahren und Jahrzehnten mühsam erarbeiten müssen.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Sie hingegen haben das mit sagenhafter Leichtigkeit in nur fünf Monaten geschafft. Das war bisher die einzige beeindruckende Leistung in Ihrer Regierungszeit, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu dieser einzigen beeindruckenden Leistung gratuliere ich Ihnen ganz herzlich. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Römer, ich bin froh, dass Sie am Ende Ihres knappen Vortrags tatsächlich auch noch mal zum Haushalt gesprochen haben.

(Zurufe von der SPD)

Ansonsten stand Ihnen die anhaltende Überraschung über Ihre neue Oppositionsrolle auch heute geradezu ins Gesicht geschrieben –

(Zurufe von der SPD)

und, nebenbei gesagt, auch eine gewisse Verzweiflung. Sie können sich einfach nicht entscheiden, was Sie in der Sache kritisieren sollen, ohne die eigene Politik der letzten sieben Jahre in die Pfanne zu hauen. Deshalb haben Sie es heute an Sachkritik fehlen lassen.

(Zurufe von der SPD: Zuhören wäre gut gewesen! Sie haben nicht zugehört!)

Ersparen Sie uns und denjenigen, die uns häufiger zuhören, Ihre ermüdende Spiegelfechtereier. Bei Ihrer heutigen Rede herrschte am Rednerpult Windstärke null, und in dieser Flaute sind die paar Knallerbsen, die Sie eingestreut haben, schlicht und einfach verpufft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drei Wochen vor dem Parteitag Ihrer Partei in Berlin haben Sie sich erfolglos daran versucht,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Zum Landeshaushalt!)

Ihrer zerrissenen Partei vom Landtag in Nordrhein-Westfalen aus wieder ein wenig Leben einzuhauchen.

Aber, sehr geehrter Herr Römer, es sind nicht die Existenzsorgen der SPD, die im Landtag auf der Tagesordnung und im Mittelpunkt zu stehen haben. Es sind die Sorgen, insbesondere aber auch die Chancen der Menschen unseres Landes, mit denen wir uns hier beschäftigen wollen.

Meine Damen und Herren, wir wollen unser Land wieder zu einem Aufsteigerland machen und haben das, was den Aufstieg für die Menschen unseres Landes und für Nordrhein-Westfalen selbst bedeutet, mit unserer Politik – mit diesem vorgelegten Haushaltsentwurf – fest im Blick. Unser Land dort, wo es in Ländervergleichen hinten liegt, wo wir trotz guter Voraussetzungen in Vergleichen unter dem Bundesdurchschnitt liegen, wieder in die Spitzengruppe zu führen, ist zugleich Anspruch und Ziel der NRW-Koalition.

Aber es ist eben auch nur ein feststellbares Ergebnis – ein Ergebnis, das wir erreichen können, wenn wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen für möglichst viele, von Kita, Schule und Ausbildung über Mobilität und Sicherheit im Alltag bis zu qualitativ guten und flächendeckenden Angeboten im Gesundheits- und Pflegebereich, ständig verbessern und verträglich an eine schnelle, teils sprunghafte Entwicklung in vielen Lebensbereichen anpassen.

Das ist ein Ergebnis, das wir nur erreichen können, wenn Fleiß und Verantwortung, Hartnäckigkeit und Geschäftssinn wieder belohnt werden und nicht durch Bürokratie im Keim erstickt werden, wenn wir für unsere Unternehmen, für Handwerk, Handel und Industrie, und für Gründerinnen und Gründer in Nordrhein-Westfalen beste Standortbedingungen schaffen und Rechtssicherheit für Zukunftsplanungen gewährleisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Am 7. November dieses Jahres hat Finanzminister Lutz Lienenkämper den ersten Gestaltungshaushalt der neuen Landesregierung vorgestellt. Das Landeskabinett hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2018 verabschiedet. Heute beschäftigen wir uns in erster Lesung damit. Dieser Haushalt setzt finanz- und haushaltspolitische Leitplanken, innerhalb derer eine günstige Entwicklung stattfinden kann.

Die Kennzeichen dieses Haushaltsentwurfs sind: Konzentration auf und Priorisierung der Themen, die nach Auffassung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger wieder in den Mittelpunkt von Landespolitik rücken müssen, Investitionen in Bereiche, die für eine gute Zukunft unseres Landes entscheidend sind, und Mut, diese Investitionen auch auf Dauer und ohne weitere Neuverschuldung und Belastung künftiger Generationen zu stemmen.

Wir bekräftigen mit diesem Haushalt unseren Anspruch, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Aufsteigerland zu machen. Zu dem erfolgreichen Weg der Haushaltskonsolidierung haben gute und stabile Steuereinnahmen, aber auch Einsparerfolge der ersten 138 Tage in Regierungsverantwortung in den einzelnen Ressorts und eine umsichtige Ausgabenpolitik beigetragen.

Trotzdem – so hat es der Finanzminister auch gesagt – ist diese schwarze Null, also der Verzicht auf eine weitere Neuverschuldung des Landes, nicht urplötzlich vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis einer verantwortungsbewussten und maßvollen Haushaltspolitik der NRW-Koalition, umgesetzt von Finanzminister Lutz Lienenkämper.

Bei aller Freude und bei allem berechtigten Stolz auf den ersten ausgeglichenen Haushalt in NRW seit 1973 ist diese schwarze Null kein Selbstzweck.

Trotz Konsolidierung des Landeshaushalts packen wir wichtige Zukunftsaufgaben an und unterlegen sie mit den notwendigen Haushaltsmitteln. Unter anderem haben wir Geld für 2.048 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, für 500 neue Polizeiverwaltungsassistenten und bessere Polizeiausstattung, für den Erhalt und den Ausbau von Landesstraßen, für eine Breitbandversorgung mit Glasfasernetzen, insbesondere in Schulen und Gewerbegebieten, für eine dauerhafte Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren, für Kultur und Denkmalpflege und nicht zuletzt – in Rekordhöhe! – auch für die Kommunen bereitgestellt.

Gleichzeitig haben wir den Haushalt ausgeglichen und werden zugunsten der Kinder dieses Landes in den kommenden Jahren jeden Spielraum nutzen, den wir haben, um auch mit dem Abbau von Altschulden zu beginnen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Sparen und die Zukunft aktiv gestalten – das geht zusammen! Diesen Nachweis hat die nordrhein-westfälische Landesregierung mit dem Gestaltungshaushalt 2018 erbracht.

Ebenso wichtig wie Konzentration, Priorisierung, Investitionen und Mut wird aber das Aufbringen der notwendigen Geduld sein, um auch ausgewogene und tragfähige Lösungen zu erreichen. „Demokratie ist auch eine Frage der Geduld“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor Kurzem – eine Erkenntnis, die sich wohl nicht in die Reihen der SPD-Fraktion verirrt hat. Schon 76 Tage nach Vereidigung der Landesregierung polterte der Fraktionsvorsitzende Norbert Römer in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten: „Schwarz-Gelb ist eine Koalition der gebrochenen Wahlversprechen.“

Potzblitz, nach der für Sie anscheinend quälend langen Oppositionszeit von noch nicht einmal zwei Monaten wurden noch nicht alle Verabredungen des Koalitionsvertrages umgesetzt!

(Sven Wolf [SPD]: Teilweise schon zurückgenommen!)

Noch immer Stau, noch immer langsames Internet – das ist ja ein Skandal, meine Damen und Herren!

Mal im Ernst: So überraschend die Oppositionsrolle für Sie als SPD auch sein mag – mit solchen Sätzen erliegen Sie der durchaus durchschaubaren Versuchung, politisches Kapital aus der allgegenwärtigen Ungeduld der Menschen zu schlagen. Unser System der repräsentativen Demokratie ist darauf angelegt, Interessensunterschiede auszubalancieren und diesem Vorgang Zeit auch hier im Parlament einzuräumen.

(Marc Herter [SPD]: Erzählen Sie es den Leuten, dass sie Geduld haben müssen?)

Regierung und Parlament arbeiten für die Dauer einer Legislaturperiode, Herr Römer. Am Ende dieses Zeitraums ziehen die Wähler Bilanz über die Einhaltung von Wahlversprechen, und nicht Sie nach zwölf Wochen neuer Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sehr geehrter Herr Römer, wer dieses Prinzip, das ich eben angesprochen habe, infrage stellt, der macht demokratische Entscheidungsprozesse zum Spielball der Ungeduldigen und gießt Wasser auf die Mühlen der Demokratiegegner.

(Dietmar Bell [SPD]: Frechheit!)

Und wenn wir schon bei den Themen „Wert der Demokratie“ und „Parlamentarismus“ sind, gestatten Sie mir hier einen Einschub.

(Marc Herter [SPD]: Niemand wird der SPD vorwerfen, dass sie sich an der Demokratie versündigt, auch Sie nicht!)

– Das habe ich Ihnen gar nicht vorgeworfen! Sie haben nicht zugehört, Herr Herter, aber das kommt ab und zu mal vor!

(Dietmar Bell [SPD]: Wir haben Ihnen sehr genau zugehört! – Weitere Zurufe von der SPD)

Immer häufiger gewinnt man hier im Plenum oder in den Ausschüssen den Eindruck, der neue Leitsatz – das war ja auch heute Leitlinie der Rede von Norbert Römer – von SPD und Grünen lautet: Wenn ich sachlich nicht durchkomme, dann werde ich halt persönlich.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Oder, um es für die Dortmund- und Schalke-Fans unter Ihnen einfacher zu sagen, frei nach Rolf Rüssmann:

„Wenn wir hier schon nicht gewinnen, dann treten wir ihnen wenigstens den Rasen kaputt.“

Nichts gegen eine handfeste politische Auseinandersetzung – im Gegenteil! –, aber politische Gegnerschaft darf niemals mit persönlicher Feindschaft verwechselt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Vielleicht ist es gerade in den ersten Wochen und Monaten nach einer Niederlage ein Zeichen innerer Stärke, ein Mindestmaß an Respekt und Toleranz einzuhalten. Ich sage Ihnen das heute, sehr geehrter Herr Kollege Römer, sehr geehrte Frau Kollegin Düker, sehr geehrter Herr Klocke, weil Sie nach meiner und auch nach der Auffassung vieler meiner Kolleginnen und Kollegen, nach dem Lesen einiger Anträge und Pressemeldungen, nach den Erfahrungen in Fragestunden und Debatten, dabei sind, Grenzen zu überschreiten, die der zweite Ministerpräsident unseres Landes Karl Arnold in seiner Regierungserklärung am 21. September 1950 treffend formuliert hat:

„Man kann den demokratischen Staat nicht verteidigen, wenn die Demokraten unter sich Krieg führen.“

Die Verteidigung des demokratischen Staates, der Spielregeln dieser Demokratie auch hier im Parlament – das muss doch zum Grundkonsens gehören,

(Dietmar Bell [SPD]: Peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

das muss doch auch für Sie zum Grundkonsens gehören!

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie sich jetzt schon so aufregen, wie wollen Sie dann den Rest der Rede ertragen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Kann nur besser werden!)

Meine Damen und Herren, zurück zum Thema „Geduld“. Viel gefährlicher als die Ungeduldigen in den Reihen der Opposition sind allerdings diejenigen, die das Postfaktische zur Strategie erheben wollen und uns in Nordrhein-Westfalen etwas vorgaukeln. Da gibt es Verfechter einer neuen Zeitrechnung, die nicht mit „AD“, also Anno Domini, beginnt. Die wollen alles, was vor dem 14. Mai 2017 passiert ist – insbesondere aber die politische Verantwortung für bis dahin Geschehenes – einfach als nicht existent erklären.

Das sind diejenigen, die uns glauben machen wollen, das Prinzip der Kausalität gelte nur außerhalb Nordrhein-Westfalens, aber nicht hier. Hier gäbe es auch Wirkungen ohne Ursache. Falls heute ein negativer Effekt festgestellt würde, hätte dieser auf keinen Fall etwas mit rot-grünem Regierungshandeln in der Vergangenheit zu tun.

Meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bisher kannte ich niemanden, der von sich behaupten konnte, er könne duschen, ohne nass zu werden. Das hat sich geändert, seit Sie auf den Oppositionsbänken Platz genommen haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein Beispiel: Da stellt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Sarah Philipp, in einer Pressemeldung vom 6. November fest: Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen, und fordert die neue Landesregierung auf, dies zum Schwerpunkt ihrer Politik zu machen.

(Zuruf von der SPD: Gut so!)

Sehr geehrte Frau Kollegin Philipp – auch wenn Sie gerade nicht da sind –: Ihr Fraktionsvorsitzender Norbert Römer erklärte in seiner Rede zur Einbringung des letzten rot-grünen Haushalts am 15. September 2016 – Zitat –:

„In diesem Land ist eine gute und bezahlbare Wohnung wieder der Normalfall, kein Glücksfall.“

(Zurufe von der CDU: Oh! – Vereinzelt Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Römer, vielleicht können Sie mir bei der Interpretation dieser beiden Aussagen helfen. Es kann ja nur eine von beiden richtig sein.

(Marc Herter [SPD]: Wieder falsch zitiert! – Norbert Römer [SPD]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! Lesen Sie noch mal nach!)

Ich tendiere dazu, zu sagen: Die Aussage von Frau Philipp ist richtig. Dann allerdings, Herr Römer, war die Feststellung von Ihnen nichts anderes als das Schönreden einer damals bereits bestehenden prekären Situation auf dem Wohnungsmarkt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann haben Sie selbst in rot-grüner Regierungsverantwortung die Ursache für diesen Mangel gesetzt.

Stellen Sie sich doch Ihren Fehlern aus der eigenen Regierungszeit,

(Zurufe von der SPD)

mit denen Sie die Ursachen für heutige Missstände selbst gesetzt haben, und hören Sie auf, die Verantwortung dafür der NRW-Koalition in die Schuhe zu schieben!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte Kollegin Christina Kampmann nennen, die in ihrer Pressemitteilung vom 6. November kritisiert – Zitat –:

„Die digitale Infrastruktur in unseren Schulen ist dramatisch unterfinanziert – die Landesregierung muss handeln.“

Sehr geehrte Frau Kampmann, wer hat denn in den vergangenen sieben Jahren Verantwortung für die zeitgerechte digitale Infrastruktur an unseren Schulen getragen und nichts getan? Das waren doch Sie und nicht wir!

(Beifall von der CDU)

Sie beklagen die Wirkung Ihrer eigenen Politik.

Oder Kollege Jochen Ott am 8. November zum Thema „Talentschulen“, „Brennpunktschulen“: „Es handelt sich hierbei aber um die gesonderte Förderung von lediglich 30 Schulen. Für ein Flächenland wie NRW ist das zu wenig.“

Sehr geehrter Herr Ott, wie viele Talent- und Brennpunktschulen haben Sie in Ihrer Regierungsverantwortung eingerichtet? Was berechtigt Sie angesichts der fehlenden Leistung in Ihrer eigenen Regierungszeit zu der Kritik, einen starken Aufschlag aus dem Schulministerium als zu wenig zu kennzeichnen?

Eher Unterhaltungswert, meine Damen und Herren, hat Kollege Stefan Zimkeit, der am 7. November in einer Pressemitteilung zum Haushalt 2018 verkündete: Verlierer sind auch die Kommunen.

Lieber Herr Zimkeit, das Sein ändert anscheinend bei Ihnen dramatisch das Bewusstsein. 10 % mehr Mittel als in diesem Jahr, insgesamt 11,7 Milliarden € – als Regierung hätten Sie einen solchen Zuwachs vermutlich in einem pompösen Festakt zusammen mit der kommunalen Familie gefeiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine sportliche Höchstleistung!)

Schrauben Sie einfach mal einen Gang zurück! Freuen Sie sich mit uns, dass den Städten, Gemeinden und Kreisen substanziell mehr Mittel zur Verfügung stehen!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Freuen Sie sich mit uns darüber, dass die ungleiche Verteilung von Lasten beim Unterhaltsvorschuss endlich beseitigt wurde, dass der bestehende Solidarausgleich im Gemeindefinanzierungsgesetz – etwas, was Sie nie verstanden haben – durch Abschaffung des Kommunal-Soli wieder aufgewertet wurde! Und stören Sie die weitere Veranstaltung nicht,

(Marc Herter [SPD]: Veranstaltung!)

indem Sie behaupten, Kommunen mit mehr Geld in der Tasche seien Verlierer!

„Hier fehlt etwas; dort ist etwas zu wenig. Wir brauchen, wir erwarten, die müssen.“ – Das ist Ihre armselige Oppositionspolitik in knappen zwei Sätzen. Die SPD war schon immer Meister des Wunschdenkens. Aber wer selbst keinen Kompass hat, meine Damen und Herren, der ist nicht in der Lage, anderen eine Richtung zu vermitteln.

Als Rot-Grün hätten Sie vieles machen können. Wirklich umgesetzt haben Sie wenig. Vieles von dem Wenigen war dann auch noch falsch, unwirksam oder gar kontraproduktiv. Ihre Lösungen haben doch zu Problemen geführt, die wir vorher gar nicht hatten. Heute fehlt Ihnen der Mumm, meine sehr geehrten Damen und Herren, für diesen Murks Verantwortung zu übernehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Und dann ist da noch der SPD-Kollege Dennis Maelzer, der am 23. Oktober als Reaktion auf die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zur Kinderarmut in Deutschland den bemerkenswerten Satz in seine Pressemeldung aufgenommen hat:

„Wir brauchen nun endlich den Mut, auf die erschreckenden Analysen mit einem Systemwechsel in der Familien- und Sozialpolitik zu reagieren, die endlich das Kind in den Fokus der Familien- und Sozialpolitik rückt.“

Sehr geehrter Herr Maelzer, nun endlich Systemwechsel? Endlich das Kind in den Mittelpunkt rücken? – Sie waren doch am 15. September 2010 dabei, als hier in diesem Plenum die ehemalige Ministerpräsidentin versprach: „Wir wollen kein Kind zurücklassen in Nordrhein-Westfalen“ – Ihr politisches Mantra, das über sieben Jahre ohne nennenswerte Wirkung blieb, verbunden mit der erschreckenden Feststellung einer stetig steigenden Kinderarmut. Soll das jetzt unser Problem werden? – Nein, Herr Maelzer, es ist unsere Aufgabe, dieses Problem zu lösen. Aber es bleibt ein Problem aus Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In „ZEIT ONLINE“ vom 12. Mai 2017 ist die Bilanz – so wird es dort überschrieben – eines genialen unhaltbaren Versprechens nachzulesen. Dort steht:

„Wer herausfinden will, was aus Krafts großem Versprechen geworden ist, erlebt Merkwürdiges. Die vermeintliche politische Revolution schrumpft, wenn man sich ihr nähert, auf ein Bündel kleiner, ehrenwerter Projekte, zusammengehalten von großen Worten.“

Die Scheinriesenpolitik der SPD. Mit Abstand betrachtet sind dies respektinflößende Vorhaben.

Aber je näher man kommt, umso mehr schrumpfen sie.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo steht das im Haushalt?)

Manche sind ohne Distanz kaum noch erkennbar. Wenn Sie das, meine Damen und Herren, an den Scheinriesen Tur Tur aus dem Kinderbuch von Michael Ende erinnert, liegen Sie allerdings falsch.

(Marc Herter [SPD]: Guter Mann!)

Dort ist der Scheinriese aus der Ferne betrachtet erschreckend. Von Nahem erweist er sich als sympathisch.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Bei Rot-Grün war es umgekehrt: eine Politik, die von Nahem betrachtet erschreckend war.

(Beifall von der CDU)

Das, meine Damen und Herren, werden wir als NRW-Koalition ändern. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land wieder genau hinschauen können, dass sich Politik auch aus der Nähe betrachtet als zuverlässig und belastbar erweist.

(Sven Wolf [SPD]: Der Ministerpräsident ein Scheinriese? Das finde ich nicht gut!)

Finanzminister Lutz Lienenkämper hat es gesagt: Wir werden Politik auch an der Wirkung auch von Finanzmitteln ausrichten.

In einem Interview mit dem SPD-Magazin „vorwärts“ zur NRW-Wahl vom 31. März 2017 – damit Sie auch das Ganze kennenlernen – wurde Hannelore Kraft eine Frage gestellt:

(Marc Herter [SPD]: Selbst das lesen Sie?)

„Warum sollen die Wähler bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai ihr Kreuz bei der SPD machen?“

(Marc Herter [SPD]: Der einzige Abonnent außerhalb der SPD!)

Sie hat diese wie folgt beantwortet:

„Seit der Regierungsübernahme arbeiten wir jeden Tag konsequent, vorausschauend und mit einer klaren Haltung für ein zukunftssicheres und gerechtes NRW. Unter der Überschrift ‚Kein Kind zurücklassen‘ haben wir seit 2010 unsere vorbeugende Politik auf den Weg gebracht. Jeder dritte Euro des Landeshaushaltes fließt in die Bereiche Kinder, Bildung und Familien. Aber auch um den Wirtschaftsstandort, die Erneuerung der Infrastruktur und die Innere Sicherheit haben wir uns intensiv gekümmert.“

Meine Damen und Herren, bis auf den dritten Euro im Landeshaushalt wird eine Scheinwelt dargestellt. Diese Bilanz der rot-grünen Landesregierung hatte

an keiner Stelle mit der alltäglich wahrgenommenen Lebenswirklichkeit vieler Menschen zu tun.

Deshalb es ist Ziel der NRW-Koalition, im Laufe dieser Legislaturperiode Schritt für Schritt wieder unsere Politik erleb- und spürbar für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihrem Lebensalltag zu verzahnen, ihre Probleme zu erkennen und ihnen mit nachvollziehbaren Entscheidungen neue Möglichkeiten zu eröffnen. Deshalb ist es Ziel unserer Politik, Sicherheit in allen Lebensbereichen und Sicherheit für die Lebensperspektiven der Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder herzustellen.

Es sind daher gerade die Bereiche, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die sich die Vorgängerregierung „so intensiv gekümmert hat“, die ich vor dem Hintergrund des vorliegenden Haushaltsentwurfs noch einmal etwas näher beleuchten möchte: „Wirtschaftsstandort“, „Sicherheit“ und „Erneuerung der Infrastruktur“.

„Sicherheit für den Wirtschaftsstandort“ heißt: Sicherheit für Arbeitnehmer und Unternehmer. Ein mit auskömmlichem Verdienst ausgestatteter und zukunftsfester Arbeitsplatz ist die beste Versicherung gegen Armut und insbesondere gegen Kinderarmut. Das ist ein gewichtiger Teil guter Sozialpolitik. Deshalb brauchen wir einen Wirtschaftsstandort, der attraktiv für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleister ist, damit diese Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wir müssen – so hat es einmal ein Präsident einer Fachhochschule gesagt – Bratenduft erzeugen, damit sich neue Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen ansiedeln. Die alltägliche Erfahrung der Menschen in Nordrhein-Westfalen war eine andere: Sie fühlten sich eher auf der Rückbank eines Fahrschulfahrzeugs gefangen, bei dem sich Wirtschaftsminister Duin und Umweltminister Rimmel um das Lenkrad balgten und bei dem der eine auf dem Gaspedal stand, wenn der andere die Bremse drückte und umgekehrt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart für dieses erste Entfesselungsgesetz dankbar. Bratenduft wird erzeugt, indem man unnötige oder unwirksame, aber für Unternehmer und Gründer belastende Regelungen abschafft.

Der Leitsatz von Artur Fischer, einem mit 1.100 Patenten und Gebrauchsmustern produktivsten Erfinder der Welt – jeder hat mindestens eine seiner Erfindungen im Haushalt –, lautete: Geht nicht, gibt's nicht. Es geht so nicht, das gibt's.

Wie es die Vorgängerregierung gemacht hat, war es für dieses starke Bundesland mit eigentlich besten Voraussetzungen nicht gut genug, um Anschluss an die Konkurrenten zu halten.

(Beifall von Britta Oellers [CDU])

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wird attraktiv, indem man Genehmigungsverfahren verkürzt, indem man sinnfreie belastende Regelungen wie den Spionageerlass aufhebt, indem man Gewerbeanmeldungen elektronisch möglich macht, indem man Gründerinnen und Gründer wie in diesem Haushalt mit der Gründerprämie am Start unbürokratisch einen Anschub gibt, indem man den Kommunen im Landesentwicklungsplan Freiraum für die Weiterentwicklung von Unternehmen auch und vielleicht gerade im ländlichen Raum gibt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Nach 138 Tagen Regierungszeit – das sind im Übrigen etwa 5 % der Zeit, die Rot-Grün zwischen 2010 und 2017 zur Verfügung hatte – stelle ich fest: Die NRW-Koalition kämpft mit Leidenschaft um vorhandene Arbeitsplätze und schlägt die richtigen Pflöcke ein, um neue und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

(Zuruf von der SPD: Schauen wir mal!)

„Sicherheit im Alltag“ heißt doch erst einmal, für diejenigen in Polizei und Justiz die besten Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit sie ihren Auftrag auch erfüllen können und damit sie die Anforderungen, die tagtäglich an sie gestellt werden, auch umsetzen können. Mit der Abschaffung der Kennzeichnungspflicht haben wir eine in der Wirkung fatale Misstrauenskultur beseitigt und ein dringend notwendiges Signal für die Rückgewinnung gegenseitiger Achtung gegeben.

Meine Damen und Herren, ein Zuwachs von 58,2 Millionen € gegenüber dem Vorjahr bei der Ausstattung der Polizei ist ein erster Schritt, um rot-grüne Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten und den Alltag derjenigen zu erleichtern, die tagtäglich den Kopf für unsere Sicherheit hinhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Einstellung von 500 Verwaltungsassistenten und die zusätzlichen 650 Planstellen für Kommissarwärterinnen und -anwärter sind ein erster, aber wichtiger Schritt, um die Personalknappheit abzufedern und mehr polizeiliches Gegenüber für die Menschen im Alltag zu schaffen.

1.135 Stellen für die Justiz, das heißt nicht nur, den derzeitigen Mangel an Richtern, Staatsanwälten und im nichtrichterlichen Dienst anzuerkennen, sondern das ist auch zeitgleich eine klare Botschaft, diesem Mangel entschieden zu begegnen. Die NRW-Koalition zeigt mit diesem Haushalt 2018 klare Kante gegen Terroristen, gegen Kriminelle, gegen Rechtsbruch und gegen Rechtsmissbrauch. Wir geben dem Rechtsstaat und denjenigen, die diesen Rechtsstaat

alltäglich verteidigen, wieder mehr Gewicht und bringen klar zum Ausdruck: Die Menschen in unserem Land haben ein Anrecht darauf, dass wir uns mit allen verfügbaren Mitteln, an jedem Ort, zu jeder Zeit, ob Stadt oder ländlicher Raum, bestmöglich um ihre Sicherheit kümmern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz ein Zukunftsthema erwähnen: den Breitbandausbau in unserem Land. Es ist eine Binsenwahrheit, dass nur dort auf Dauer erfolgreich gearbeitet, aber auch gelebt werden kann, wo man schnelles Internet hat.

Die Schlussbilanz der abgewählten rot-grünen Landesregierung war: „Wir haben uns intensiv gekümmert!“ – Meine Erfahrung – und die teile ich mit vielen Menschen und Unternehmen – war: Wir haben uns intensiv geärgert! Geärgert über das unambitionierte Ausbauziel von nur 50 Mbit/s der alten Landesregierung. Geärgert darüber, dass nur 7 % der Haushalte in Nordrhein-Westfalen über einen Glasfaseranschluss verfügen, und nur knapp 6 % der Unternehmen schon diesen Anschluss an die Zukunft gefunden haben.

Statt sich intensiv zu kümmern – bei diesem wichtigen Thema Breitbandversorgung, Digitalisierung –, hat Rot-Grün dieses Land, vor allem aber diejenigen, die auf einen schnellen und sicheren weltweiten Datenaustausch angewiesen sind, eher auf die Intensivstation gebracht.

Wir werden daher NRW schnellstmöglich flächendeckend, spätestens bis 2025, mit Glasfaser vernetzen, die Verbindungsgeschwindigkeiten im Gigabitbereich sicherstellen. Bereits heute stellen wir dafür in diesem Landeshaushalt 220 Millionen € Landesmittel zur Verfügung: ein Plus von 56 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Uns leitet die Erkenntnis, dass Digitalisierung fundamental unser Wirtschaften und Arbeiten verändert. Bis vor wenigen Jahren kaum vorstellbare Technologien schaffen Chancen, fordern aber genauso heraus.

Diese neuen Potenziale für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen zugänglich zu machen, ist eine Herausforderung, der wir uns nicht nur stellen, sondern die wir in kurzer Zeit bewältigen müssen, um alte Wertschöpfungsketten zu erhalten und um neue Wertschöpfungsketten zu schaffen.

Ich will zum Schluss nicht unerwähnt lassen, meine Damen und Herren, dass uns – augenscheinlich anders als die Vorgängerregierung – auch die Sicherheit der Menschen jenseits des Arbeitsalltags bewegt und handeln lässt.

Die Erhöhung des Kulturetats um 50 % auf 300 Millionen € macht deutlich, dass wir die Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich und die

Bedeutung ihrer Arbeit für unsere Gesellschaft schätzen und würdigen. Das geht von der Denkmalpflege bis zu Theatern und Museen: ein Stück notwendige Sicherheit, damit die tägliche Arbeit nicht durch plötzlichen Geldmangel infrage gestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Gestaltungshaushalt 2018 der NRW-Koalition ist ein Haushalt des Einstiegs und der Aufstiegschancen, ein Haushalt, der dringende Notwendigkeiten für unser Land und seine Menschen wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik rückt, ein Haushalt, der erste Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft beschreibt, und ein Haushalt, der mit Augenmaß die heute vorhandenen Möglichkeiten voll nutzt, ein Haushalt, der unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet und den Ministerinnen und Ministern in den einzelnen Ressorts erste Möglichkeiten eröffnet, auf einer verlässlichen finanziellen Grundlage die besten Voraussetzungen für eine gedeihliche Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

Wir freuen uns auf Verbesserungsvorschläge aus den Reihen der Opposition und auf die weiteren Beratungen dieses Haushaltes 2018.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Löttgen! In einem Großteil Ihrer Rede – das ist mir aufgefallen – haben Sie sich doch sehr arg vor allem an der SPD und der alten Regierung abgearbeitet. Die Vermutung liegt nahe, dass Sie da das eine oder andere Trauma noch nicht aufgearbeitet haben. Aber ich glaube, Sie haben da etwas mit diesem Regierungsauftrag falsch verstanden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ursache und Wirkung!)

Dafür sind Sie nämlich nicht gewählt worden, den Wahlkampf hier im Parlament fortzusetzen.

(Widerspruch von der CDU – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sondern, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie sind dafür gewählt worden, uns hier und heute mit Ihrem ersten Haushalt zu erzählen, wie Sie denn über den Tag hinaus für dieses Land gestalten wollen.

Sie machen es mir schwer, den Einstieg zu finden, weil ich eigentlich mit etwas Nettem, etwas Positivem anfangen wollte.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann machen Sie das doch!)

Denn wir wollen durchaus unseren Anspruch an eine konstruktive und kritische Oppositionsarbeit beibehalten.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das war schon die nette Bemerkung!)

Deswegen möchte ich zuerst die Vorhaben erwähnen, bei denen Sie unsere Unterstützung haben, die wir richtig finden, die wir gut finden, die auch wir notwendig finden. Drei Beispiele:

Die Erhöhung der Zahl der Lehrerstellen, die Streichung der kw-Vermerke im Schulbereich – selbstverständlich ist das eine richtige, gute, notwendige Maßnahme. Und die unterstützen wir.

Zweitens: die Einstellungsermächtigung bei der Finanzverwaltung, Herr Lienenkämper. Ein ausdrückliches Dankeschön, dass Sie hier das gemeinsame interfraktionelle Projekt „Finanzverwaltung der Zukunft“ fortsetzen. Ich meine, das, was Sie in dieser Hinsicht tun, reicht nicht, um die demografischen Probleme, die in der Finanzverwaltung auf uns zukommen, beseitigen zu können. Aber es zeigt in die richtige Richtung.

Drittens: neue Stellen für die Justiz, insbesondere für die Verwaltungsgerichte, und betreffend die innere Sicherheit. – Ja, selbstverständlich notwendig und richtig.

Das alles zu finanzieren, Herr Finanzminister, und trotzdem einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist allerdings in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und guter Konjunktur sehr einfach. Es wäre schon eine richtige Kunst gewesen, in diesen Zeiten eine Nettoneuverschuldung zu präsentieren.

(Christof Rasche [FDP]: Sie hätten das hingekriegt!)

Ja, passen Sie mal auf! Es kommentiert nämlich in der „WELT AM SONNTAG“ Till-Reimer Stoldt etwas zugespitzt – ich weiß nicht, wer es gelesen hat –, aber wie ich finde, ganz originell – ich zitiere –:

„Damit Schwarze und Gelbe nun aber nicht vom Jubilieren zum Delirieren übergehen, muss man eine ernüchternde Feststellung nachschieben: Zerreißen musste sich die Regierung wahrlich nicht für die schwarze Null. Angesichts permanent steigender Steuereinnahmen hätte womöglich selbst eine rote Koalition unter einem Regierungschef der Linkspartei eine schwarze Null hingelegt.“

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Soweit der Kommentar. Und die „WELT AM SONNTAG“, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht gerade eine linksalternative Milieuzerzeitung.

Ich würde selbst gar nicht so weit gehen wie hier der Redakteur Stoldt. Aber ich finde Ihre Selbstbeweihräucherung, Herr Minister, schon etwas peinlich.

Heute schon wieder: So eine schwarze Null fällt einem nicht in den Schoß – lobt sich der Finanzminister heute mal wieder selber. Das muss er auch; denn es tut ja niemand anderes.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Herr Lienenkämper, Sie haben Unrecht. Ja, ich behaupte einmal – und das ist auch belegbar –, so eine schwarze Null fällt einem eben doch in den Schoß.

Neben dem überschwänglichen und etwas peinlichen Selbstlob allerorten ist hier heute wieder etwas von durchaus sinnvollen Mehrausgaben zu hören. Aber es gibt aus meiner Sicht zwei ernsthafte, durchaus relevante Probleme.

Erstens. Sie finanzieren die neuen Ausgaben zum überwiegenden Teil wie auch beim Nachtrag 2017 mit den Steuermehreinnahmen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sei hier noch einmal gesagt, und das werden wir auch immer wieder sagen, Herr Löttgen, wenn Sie wollen, dass wir Sie ernst nehmen, Sie respektieren: Das, was Sie vortragen, ist das genaue Gegenteil von dem, was Sie in Ihren Wahlprogrammen und in der Opposition versprochen haben, nämlich alle neuen Ausgaben –

(Christof Rasche [FDP]: Jetzt schauen Sie doch zurück!)

bei Ihnen in der FDP ganz besonders, Herr Kollege – mit Einsparungen gegenzufinanzieren.

Sie haben hier gerade Respekt eingefordert. – Ja, zu Respekt gehört aber auch, dass man den anderen ernst nimmt und dass man ihn an seinen eigenen Ansprüchen misst, und Sie werden wieder Ihren eigenen Ansprüchen eben nicht gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das heißt, wir haben es hier mit irgendeiner Form des kollektiven Gedächtnisschwundes in Rekordzeit zu tun, die mir bislang so auch nach vielen Jahren in der Politik noch nicht untergekommen ist. Das ist so etwas wie eine Turboamnesie, und das ist Wählertäuschung. Das werden wir auch weiterhin thematisieren.

Zweitens. Bei allen Wohltaten tut man gut daran, gerade in solchen Zeiten eine Strategie der Nachhaltigkeit über den Tag hinaus zu entwickeln. – Herr Finanzminister, das machen Sie nicht, und das haben Sie heute hier auch nicht vorstellen können.

Was gehört denn zu einer solchen Nachhaltigkeitsstrategie dazu? – Da sagt man doch erst einmal, wohin die Reise gehen soll. Das macht man normalerweise in der fünfjährigen Finanzplanung. Da könnte man auf die Idee kommen, dass Sie der interessierten Öffentlichkeit und uns einmal in der Finanzplanung erklären, wie Sie das mit dieser ominösen Digitalisierungsdividende alles machen wollen. Da hat uns ja Christian Lindner eine Milliarde € versprochen.

Die müsste man ja irgendwann in Ihrem Fünfjahresplan wiederfinden. Da steht jedoch nichts von Digitalisierungsdividende.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die hat er mitgenommen!)

Oder was ist mit der von Ihnen versprochenen Aufgabenkritik, mit der Effizienzsteigerung, wenn Sie denn alles entfesselt haben und entbürokratisiert haben? Denn dann könnten wir auch Stellen abbauen, sagten Sie. – Wo ist das denn? Ich finde erst einmal nur Stellenaufbau. Nach den 139 Stellen in der Ministerialbürokratie, die Sie mit dem Nachtrag zum Haushaltsgesetz eingebracht haben, legen Sie noch einmal nach und schaffen noch einmal über 200 Stellen in den Ministerien. Wo sind denn hier die Effizienzgewinne mit Personalabbau? – In der Finanzplanung findet sich dazu nichts!

Auch beim sorgfältigen Lesen – Was im Übrigen nicht schwer ist, denn die Mittelfristige Finanzplanung umfasst sage und schreibe inklusive der Tabellen nur 74 Seiten. Nur zum Vergleich: Die letzte Finanzplanung der rot-grünen Regierung hatte noch 222 Seiten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Inhalt!)

Da wird etwas sehr schnell zusammengestrickt. In dieser Finanzplanung und auch heute finde ich keine Aussagen über Schwerpunkte in der Finanzpolitik, die die Regierung in den nächsten Jahren setzen will. Da ist viel Status-quo-Beschreibung, was man im Nachtragshaushalt und darüber hinaus alles mehr ausgeben will, wie sich die Einnahmeseite entwickelt. Und bei der Einnahmeseite – das muss man auch sagen – wurde mit sehr üppigen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung der Steuereinnahmen gearbeitet. Das abgezogen bleibt nicht mehr viel Text übrig. Zukunftsaussagen, Visionen, Schwerpunktsetzung – Fehlanzeige.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Eine Nachhaltigkeitsstrategie, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht eben nicht darin, zu sagen, dass die Steuern schon irgendwie weiter üppig sprudeln werden und dass ab jetzt auch alle Haushalte ausgeglichen sein sollen. Nein, man sagt auch etwas zur Vorsorge und wie diese Dinge über den Tag hinaus gehalten werden.

Zwei Beispiele dazu.

Erstens: Schuldenabbau. Ich habe das Wort heute weder in der Rede von Herrn Löttgen noch des Finanzministers gehört, meine ich.

(Christof Rasche [FDP]: Natürlich! Zuhören!)

– Vielleicht als Stichwort, aber wie das genau geschehen soll, habe ich heute nicht vernommen. In der Finanzplanung findet man dazu nichts. Man

könnte meinen, mit den ziemlich sicheren Überschüssen – Sie planen 1,1 Milliarden € im Jahr 2020, wir haben 1,2 Milliarden € im Jahr 2021, und es geht weiter richtig hoch – könnte man wie in den meisten anderen Bundesländern doch endlich einmal etwas für den Schuldenabbau tun.

In dem Text zur Finanzplanung steht jedoch nur:

„Ab dem Jahr 2020 plant die Landesregierung mit Überschüssen, die zur Schuldentilgung eingesetzt werden können.“

Wohlgemerkt: Es ist offenbar nicht Ziel dieser Landesregierung, das dann auch zu tun. Denn dann könnte man ja schreiben, wir können und wir wollen das auch. – Fehlanzeige. Offenbar steht dieses Thema nicht mehr auf der Agenda.

Auch in der Pressekonferenz zur Vorstellung des Landeshaushalts fragten Journalisten nach, was denn mit dem Schuldenabbau sei. Herr Minister, da blieben Sie ziemlich schmallippig, wie ich das im Stream verfolgen konnte, und sagten in etwa: Wenn etwas übrig bleibt, dann kann man auch einmal über Entschuldung reden – oder so ähnlich.

Das ist ein ganz anderer Text als das, was Kollege Witzel für die FDP-Fraktion zu Oppositionszeiten noch gepredigt hat. Er hat nämlich versprochen, mit jedem Euro Mehreinnahmen nicht nur Ausgaben zu decken, sondern ihn in die Entschuldung zu stecken. – Okay.

Rechnen wir einmal zusammen: 1,26 Milliarden € in 2017, 1,8 Milliarden € Steuermehreinnahmen in 2018. Eigentlich hätten Sie uns heute einen Haushalt mit 3 Milliarden € Schuldentilgung vorlegen müssen. Das wäre es gewesen, wenn man das ernst nimmt, was Sie seinerzeit hier in der Opposition versprochen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch hier eine Turboamnesie, wie ich sie noch nicht erlebt habe.

Zweitens. Nachhaltigkeitsstrategie. Wie geht es weiter mit den steigenden Versorgungsleistungen? – Das ist eine nicht unwesentliche Frage angesichts der Größenordnung der milliardenschweren Belastungen für den Haushalt, die kommen werden, wenn man jetzt nicht Vorsorge schafft.

Was steht im Koalitionsvertrag? Da versprechen Sie vollmundig: Wir wollen die Pensionsvorsorge stärken. – Dann schaut man in die Finanzplanung: Wie machen die das denn jetzt? Und was steht im Haushalt?

In der Finanzplanung steht erst einmal gar nichts. Da steht nämlich nur, dass man die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds im Jahr 2017 zusammengelegt hat. Ja, das hat Rot-Grün gemacht,

und das war auch richtig. Danach kommt aber nichts mehr.

Was steht dann im Haushalt? Da müssten eigentlich 200 Millionen € stehen. Das steht im Gesetz: 200 Millionen € Zuführung zum Pensionsfonds. Das steht da aber nicht. Da stehen nur 80 Millionen €.

Dann kommt auch wieder so eine kryptische Aussage, Herr Finanzminister, in Ihrer Pressekonferenz: Irgendwie würde man, wenn es denn Überschüsse im Vollzug gibt, das dann auch in den Pensionsfonds stecken.

Das klang in der Opposition noch ganz anders. Da haben Sie sich ja überboten mit Forderungen, was man jährlich alles hineinstecken soll. Ich glaube, die Fraktionen haben von 700 Millionen € jährlich gesprochen. Herr Laschet, Sie persönlich, meine ich, haben sogar 1 Milliarde € gefordert, die man dort hineinstecken muss.

Zwischen 1 Milliarde € und 80 Millionen € klafft doch eine gewisse Lücke, Herr Laschet. Also auch hier Amnesie im Vergleich zu dem, was Sie in der Opposition angekündigt haben, wie man es denn nun besser und anders machen soll! Aber Sie tun es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist maximal intransparent und maximal unkonkret. Das ist für uns das Gegenteil von nachhaltiger und verbindlicher Vorsorge.

Ihr Leitsatz, den Sie heute auch mal wieder heruntergebetet haben, Herr Minister, lautet: Konsolidieren, modernisieren und investieren.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

– Ja, das hört sich klasse an, Herr Rasche.

(Christof Rasche [FDP]: Ist es auch!)

Das könnte man als Zielformulierung auch tatsächlich als den Anspruch an eine Nachhaltigkeitsstrategie verstehen. Nur: Um diesem Anspruch Genüge zu tun, müssten Sie das dann auch mit konkreten Konzepten hinterlegen und das dann auch einmal darstellen. Aber ich bin leider auch heute etwas enttäuscht von dem, was Sie dazu gesagt haben, wie Sie diese Ansprüche füllen wollen.

Fangen wir einmal mit dem Beispiel Investieren an. Hinter der minimalen Steigerung der Investitionsquote von doch 0,2 % verbirgt sich der eigentliche Offenbarungseid in Sachen Nachhaltigkeit im Bereich Investitionen.

Sie haben gerade den Bereich der inneren Sicherheit angesprochen – Herr Kollege Löttgen macht das auch immer gerne – und gesagt, was Sie da alles Tolles tun mit dem neuen Personal. Das finden wir auch alles richtig. Aber Sie verschweigen hier – wahrscheinlich wohl wissend –, dass sich hinter der

Fassade der inneren Sicherheit ein riesiger Investitionsbedarf versteckt.

Minister Reul, der nicht da ist, hat es neulich auf einer Veranstaltung zur Einweihung einer Wache in Düsseldorf, bei der ich auch war, noch einmal bestätigt: Wir haben bei den Liegenschaften der Polizei einen riesigen Investitionsstau. Es gibt die Zahl, dass eigentlich ein Bedarf in Höhe von 850 Millionen € für die nächsten 15 Jahre vorhanden ist, um die Liegenschaften minimal zu sanieren, zu modernisieren und neu zu bauen, da zum Teil auch keine Arbeitsplatzsicherheit mehr gegeben ist.

Dazu sagt Arnold Plickert für die Gewerkschaft der Polizei in der „Rheinischen Post“ am 14. November 2017:

„Letztendlich bezahlen unsere Kollegen die Personalverstärkungen aus ihrem eigenen Etat. Das haben wir uns nicht unter den Ankündigungen der neuen Landesregierung vorgestellt, mehr für die Polizei zu tun.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Recht hat er. Denn Sie sagen hier heute, die Polizisten sollten mehr Zeit und viel Zeit auf der Straße verbringen. Herr Minister, das werden sie auch müssen. Wenn Sie diesen Investitionsstau nicht abarbeiten, haben sie nämlich gar keinen Arbeitsplatz, den Sie ihnen zur Verfügung stellen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man hört immer aus den Ressorts, dass der Finanzminister die angemeldeten Bedarfe grundsätzlich ablehnt. Herr Finanzminister, diese Strategie, hier die Investitionen zu vernachlässigen, wird sich bitter rächen. Das ist das Gegenteil von vorausschauender Politik. Das ist Fassadenpolitik. Das sind Potemkinsche Dörfer, die Sie hier aufbauen, wenn Sie mehr Personal in die Polizei bringen, das aber nachher überhaupt keinen Arbeitsplatz hat, um seine Aufgaben auch auszuführen.

Zweiter Punkt: Modernisieren. Was ist denn hier der Modernisierungsanspruch? Wir sind nun gerade Gastgeberland der Weltklimakonferenz. Herr Ministerpräsident hat ja fotowirksame Auftritte zum Beispiel mit Herrn Schwarzenegger hingelegt. Das sah auch klasse aus.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Aber was haben Sie denn auf der Konferenz dazu gesagt, dass bei uns in NRW mit den Standorten Neurath, Niederaußem und Weisweiler drei Braunkohlekraftwerke stehen, die zu den fünf dreckigsten Kohlekraftwerken der EU gehören? Allein die Verstromung von Braunkohle bei uns in NRW verursacht 10 % der bundesweiten Emissionen.

(Henning Höne [FDP]: Dafür haben wir die Leitentscheidung!)

Jeder weiß: Wenn man das nicht angeht, ist der Klimaschutz nicht nachhaltig zu gewährleisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen hier in NRW anfangen, Herr Laschet. Ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Deutschland fallen in NRW an.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer hat denn die Leitentscheidung beschlossen? – Ministerpräsident Armin Laschet: Wer hat die denn beschlossen?)

– Dazu komme ich gleich. – In einem von 16 Bundesländern, nämlich in NRW, fällt ein Drittel an. Das liegt inzwischen auch schwarz auf weiß vor. Der WWF hat sich Ihren Koalitionsvertrag angesehen und kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland die nationalen Ziele – Sie waren im Übrigen alle daran beteiligt, diese Klimaschutzziele aufzuschreiben – nicht erreichen kann, wenn Sie das umsetzen, was Sie dort hineingeschrieben haben,

(Bodo Löttgen [CDU]: Die Sie unterschrieben haben!)

mit dem Festhalten an der Braunkohle und der Fesselung der Windenergie.

Was hat es, bitte schön, mit Modernisieren zu tun, wenn man Braunkohle als Brückentechnologie bezeichnet und gleichzeitig die hocheffizienten Gaskraftwerke, die wir ja auch in NRW haben, stillliegen, weil die Braunkohle hier die Netze verstopft? Es hat doch nichts mit Modernisierung zu tun, dieser Politik weiterhin das Wort zu reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht auch nicht darum, Herr Laschet, ob der Strukturwandel im Rheinischen Revier kommt, sondern darum, wie er gestaltet wird. Ihr Kampf gegen Windmühlen – Achtung, Wortwitz! – im wahrsten Sinne des Wortes ist doch geradezu eine Modernisierungsverweigerung,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

die Sie betreiben, anstatt sich um eine Gestaltung des Strukturwandels und um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu kümmern. Verspielen Sie nicht die Zukunft einer ganzen Region mit dieser Verweigerungshaltung!

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle wissen – es ist nachweisbar; das sind eben nicht die Fake News, die Sie und Christian Lindner in die Welt setzen –:

(Lachen von Andreas Keith [AfD])

Die Braunkohlekraftwerke laufen nur noch für den Stromexport und werden eigentlich künstlich am Leben erhalten.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Unsinn!)

– Nein.

Sagen Sie den Menschen einmal ehrlich, dass Sie Ihre Politik – insbesondere bei den Verhandlungen in Berlin, die Sie hier vertreten – nicht für die vorgegebene Versorgungssicherheit der Bevölkerung machen. Nein, das machen Sie einzig und allein für die Gewinnmargen im Exportgeschäft von RWE und Co.

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Daran hängen auch keine Arbeitsplätze, oder?)

– Herr Löttgen, wir können gerne einmal einen Faktencheck dazu machen, wer hier recht hat und wer nicht.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Bei dieser rückwärtsgewandten Politik habe ich immer Déjà-vus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich gehöre ja auch schon zu den Älteren hier im Landtag. Meine Déjà-vus dieser rückwärtsgewandten Politik erinnern mich fatal an die 90er-Jahre, als hier noch Wolfgang Clement stand und den unerbittlichen Kämpfer für den Erhalt der Kohleverstromung gegeben hat. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einer Modernisierungsstrategie für unser Land zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich weiß auch nicht, was schlimmer wäre, Herr Löttgen. Es gibt diese merkwürdige Panikmache vom Ministerpräsidenten und Christian Lindner mit Behauptungen wie „Da gehen die Lichter aus“, „Dunkelflauten“ und „Dann gibt es keinen Strom mehr aus der Steckdose“ oder, wie Herr Laschet gesagt hat, „Dann müssen wir den bösen Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen kaufen, wenn wir aus der Kohle aussteigen“.

(Ministerpräsident Armin Laschet: So ist es!)

– Sie sind wirklich der Einzige, der das noch behauptet, Herr Laschet; wirklich der Einzige.

(Ministerpräsident Laschet: Gestern Abend wurde das noch vorgetragen! – Weitere Zurufe)

– Ganz ehrlich: Ich weiß nicht, ob Sie das wirklich selber noch glauben. Ich weiß auch nicht, was schlimmer ist: wenn Sie das wirklich selber glauben oder wenn Sie die Menschen wissentlich für dumm verkaufen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle namhaften Institute rechnen Ihnen vor,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das kann man bei Frau Kemfert nachlesen!)

Herr Laschet, dass die Lichter mit einem geordneten stufenweisen Kohleausstieg eben nicht ausgehen. Wir brauchen dafür auch nicht den bösen Kohlestrom aus Polen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben eben noch einmal Ihre Mär von dem angeblichen rot-grünen Braunkohleausstieg 2045 vorgetragen, den wir hier angeblich mit beschlossen haben. Es geht dabei um die Genehmigung des letzten Tagebaus, die 2045 endet. Armin Laschet setzt das mit einem angeblichen rot-grünen Beschluss für einen Kohleausstieg gleich.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Herr Laschet, das ist nicht nur unredlich, sondern auch absurd.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Ihr habt es genehmigt! Ihr habt das genehmigt!)

– Moment. Faktencheck! Jetzt kommt der Faktencheck:

Erstens. Die Leitentscheidungen für diesen Abbau stammen aus den Jahren 1987 und 1991. Herr Laschet, schön wäre es; aber damals waren wir noch nicht an der Regierung. Diese Entscheidungen sind vor der ersten rot-grünen Koalition getroffen worden.

Zweitens. Als wir dann mitregiert haben, haben wir das eben nicht bestätigt, sondern geändert. Das wissen Sie auch ganz genau. Mit einer neuen Leitentscheidung haben wir hier nämlich nachträglich das Abbaugbiet verkleinert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war eine Änderung dieser Politik. 300 Millionen t Braunkohle bleiben in der Erde. 1.400 Menschen müssen nicht umgesiedelt werden.

Drittens. Diese Leitentscheidung inklusive der Verkleinerung legt eine räumliche Abbaumöglichkeit fest. Auch das verkennen Sie. Diese Möglichkeit eines räumlich festgelegten Abbaus von Braunkohle hat nichts mit einem verbindlichen und gesetzlichen stufenweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu tun, Herr Laschet. Das sind nun einmal zwei verschiedene Paar Schuhe.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Sie halten aber an diesen absurden Falschbehauptungen fest.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die haben doch keine Ahnung!)

Gott sei Dank hört die Bundesregierung nicht auf Armin Laschet, zumindest nicht die amtierende Kanzlerin. Denn sie hat keinen Einspruch gegen die EU-Grenzwerte für Quecksilber und Stickoxide eingelegt. Die Frist ist ja am Wochenende abgelaufen.

Auch hier frage ich Sie, Herr Laschet: Was ist, bitte schön, modern daran, wenn man Grenzwerte nicht herabsetzen will und damit die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzt? Was hat das mit Modernisierung zu tun?

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt, wenn man im Auftrag der Kohlelobby pflichtschuldigst Briefe schreibt, um notwendige Nachrüstungen der Kraftwerke zu verhindern. Es schadet ebenfalls dem Industriestandort, wenn man die Augen davor verschließt, Zukunft zu gestalten.

Kommen wir zum nächsten Punkt, der Konsolidierung. Uns wurde gerade noch einmal gesagt: Das ist ein hehrer Anspruch der neuen Landesregierung. Daran gehen wir richtig heran. – Dann kommt aber erst einmal nichts. In der Pressekonferenz lautete die Antwort des Finanzministers auf die Nachfrage, wo denn konkret in den Förderprogrammen gespart wird, genauso wie heute: Das ist alles noch nicht richtig entschieden; das müssen die Ressorts in den Einzelplänen festlegen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Haushaltswahrheit!)

Warum haben Sie eigentlich nicht ein einziges Beispiel nennen können? Warum trauen Sie sich auch heute nicht, Herr Minister, hier einmal zu sagen, was Sie unter Ihrer Konsolidierungsstrategie verstehen?

Denn es gibt sehr wohl konkrete Beispiele. Diese Beispiele haben einen schwarz-gelben Faden. Sie setzen nämlich dabei an, bei den Schwächsten und Ärmsten zu sparen. Ich nenne drei Beispiele.

Erstes Beispiel: Sozialticket. Trotz steigender Nachfrage, die wir aus den Verkehrsverbänden immer wieder mitgeteilt bekommen, wird der Ansatz von 40 Millionen € auf 35 Millionen € gekürzt. Für 2019 ist offenbar geplant, wie uns gut unterrichtete Kreise aus den Verkehrsverbänden berichten, den Ansatz noch weiter auf 20 Millionen € zu reduzieren. – Sie können es gerne gleich dementieren, wenn diese Information nicht stimmt.

Wenn Sie den Ansatz von 40 Millionen € im Jahr 2017 auf 20 Millionen € im Jahr 2019 reduzieren, dann bedeutet das zweierlei:

Erstens. Wenn Sie gleichzeitig planen, das Azubi-Ticket mit 10 Millionen € einzuführen, spielen Sie eine Zielgruppe in infamer Art und Weise gegen die andere bedürftige Gruppe aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist, wer hier der Verlierer ist: Das sind die Hartz-IV-Empfänger.

Zweitens. Damit ist nämlich das Sozialticket gestorben. Das wissen Sie auch. Zumindest müsste Herr Wüst es wissen. Er ist gerade nicht im Raum, müsste es aber genau wissen.

Dann braucht man auch keinen Alibibetrag mehr im Haushalt. Dann sagen Sie es den Menschen ehrlich und ergänzen den Satz aus dem Koalitionsvertrag „Wir werden die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt und auf dem Land erhöhen“ um „Das gilt ausdrücklich nicht für die Armen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft“.

Sie handeln damit auch gegen die Interessen der Kommunen, die in den Verkehrsverbänden sehr wohl an dem Sozialticket festhalten wollen.

Zweites Beispiel: Flüchtlinge. Die soziale Beratung von Flüchtlingen wird von 42 Millionen € um 17 Millionen € gekürzt. Das sind 40 % des Ansatzes. Das ist ein konkretes Förderprogramm, das Sie kürzen. Warum sagen Sie es dann nicht, wenn Sie gefragt werden?

Das sind mindestens 200 Stellen in der regionalen Beratung. Was machen die? Die sind in den Kommunen dafür da, Menschen in ihren Verfahren zu beraten, aber auch für die Rückkehrberatung. Es ist ja auch in unserem Interesse, Menschen zu beraten, bevor sie abgeschoben werden, wie sie freiwillig und geordnet, vielleicht mit einer kleinen Anreizfinanzierung, in ihre Herkunftsländer zurückkehren können.

Das sind Stellen in den psychosozialen Zentren. Herr Lienenkämper, waren Sie einmal in einem psychosozialen Zentrum und haben gesehen, was dort stattfindet? Da gibt es immer noch Wartelisten von einigen Monaten, um überhaupt einen Termin zu bekommen. Da werden traumatisierte Menschen beraten, da werden Opfer von Folter beraten, weil sie in unserem Gesundheitssystem keine adäquate Versorgung finden. Auch das wird aus diesem Topf bezahlt.

Wissen Sie eigentlich, was für einen Scherbenhaufen Sie mit dieser 40%igen Kürzung anrichten? Eine inzwischen wirklich gut ausgebaute Infrastruktur wird zerschlagen. Es wird auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft Haushaltskonsolidierung betrieben. Das ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Verbänden, denen etwas ganz anderes versprochen wurde. Haben Sie wirklich diese Erbärmlichkeit nötig, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen hier den Rotstift anzusetzen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Was mich noch viel mehr aufregt, sind Ihre unverschämten Falschbehauptungen zur Begründung: Dafür sei ja kein Bedarf vorhanden; das Geld sei ja gar nicht verausgabt worden.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Eine Lüge!)

Sie wissen ganz genau, dass durch die Steigerung von 2016 auf 2017 das Geld auch gar nicht verausgabt werden konnte, weil diese Stellen erst Mitte des Jahres besetzt werden konnten. Denn richtigerweise wurde erst ein Konzept erstellt, wie man diese Stellen

in eine bedarfsgerechte Versorgung in der Fläche umsetzt, sodass die Bewilligungsbescheide erst im April vorlagen. Die Besetzungen fanden also erst ab Mitte des Jahres statt. Das waren einige. Rot-Grün hat hier ja ordentlich draufgesattelt, was ich nach wie vor richtig finde.

Das heißt: Denen jetzt vorzuwerfen, dass sie das Geld nicht verausgabt haben, und zu sagen, es gebe angeblich keinen Bedarf, obwohl die Grundlagen für die Besetzung der Stellen gar nicht vorhanden waren, finde ich zynisch und infam.

Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass nach jetzigem Stand 98 % der Stellen besetzt sind. Und denen wollen Sie morgen ein Kündigungsschreiben ins Haus schicken? Ich finde das an Erbärmlichkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man genau hinguckt, findet man in diesem Haushalt aber noch ein Beispiel, wo es zulasten der Schwächsten geht – Stichwort: Stärkungspakt Stadtfinanzen. Im Koalitionsvertrag haben Sie das schöne Versprechen abgegeben – als Düsseldorferin muss ich mich da ein bisschen zurückhalten; denn wir profitieren davon –, die Abundanzumlage in Höhe von 91 Millionen €, also den Soli der reichen Städte, abzuschaffen. Das haben Sie aber an ein Versprechen gekoppelt.

(Henning Höne [FDP]: Wissen Sie, wie viele Städte diese Umlage aus Krediten bezahlt haben? Aus Krediten mussten die das bezahlen! – Bodo Löttgen [CDU]: Das ist unglaublich!)

– Schöne Geschenke für die reichen Städte; das ist in Ordnung. Für Düsseldorf ist das ein Mitnahmeeffekt; dagegen will ich gar nicht reden. Aber jetzt kommt es: Sie haben daran ein Versprechen gekoppelt und schreiben im Koalitionsvertrag:

„Dadurch wird keine Kommune schlechter gestellt.“

Nun freuen sich alle über das Geschenk. Aber ich sehe nicht, dass Sie im Haushalt das zweite Versprechen auch einlösen, nämlich das Versprechen, dass diese 91 Millionen € durch Zuführung aus dem Landesetat kompensiert werden. Denn nur so könnten Sie dieses Versprechen einlösen, Frau Scharrenbach. Ich sehe es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie uns das in der Haushaltsklausur recherchieren. Sie können ja gerne sagen, dass das Gegenteil der Fall ist. Ich finde die 91 Millionen € im Landesetat nicht.

Dahinter, ob Sie das Versprechen, dass keine Kommune dadurch schlechter gestellt wird, einlösen können, Frau Scharrenbach, mache ich ein dickes Fragezeichen. Dann wäre auch hier wieder klar, wer die

Gewinner und wer die Verlierer Ihrer Politik sind. Verlierer sind nicht die Starken, sondern die Schwachen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind nur drei Beispiele.

Dann sagen Sie, Herr Lienenkämper – das finde ich auch eine Form von Zynismus – zum Thema „Konsolidierung“: Für Ideologien gibt es kein Geld mehr. – Menschen in Not eine Anlaufstelle für Beratung zu geben, ist Ideologie? Menschen ohne großes Einkommen, Hartz-IV-Empfängern, auch die Möglichkeit zu geben, mobil zu sein, ist Ideologie?

(Bodo Löttgen [CDU]: Das ist schon ziemlich unverschämt, was Sie da sagen!)

Das ist ein merkwürdiger Begriff von Ideologie, den Sie da haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann bin ich gerne Ideologin und Interessenvertreterin in diesem Parlament für diese Menschen, für die Sie offenbar keine Anlaufstelle mehr sind.

Zusammengefasst: Sie vernachlässigen in sträflicher Art und Weise Investitionen. Ihr großes Mantra „Investieren“ sehe ich nicht. Es wird massive Schäden in der Zukunft geben. Ihr Modernisierungsversprechen, das Sie hier abliefern, bleibt zumindest bei dem Anspruch auf einen zukunftssicheren Erhalt unseres Industriestandortes und unserer Lebensgrundlagen mit dem Festhalten an der Braunkohle ein Hohn. Ihre Konsolidierungsstrategie beschränkt sich, wie gerade dargestellt, darauf, bei denen zu kürzen, die sich am wenigsten wehren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vom Einsatz für den Erhalt eines solidarischen Gemeinwesens ist da nicht viel zu spüren – aber auch nicht beim Umgang dieser Regierung mit den Enthüllungen rund um die Paradise Papers. Denn bei der Frage, wer Gewinner und wer Verlierer Ihrer Politik ist, und angesichts der enormen Herausforderungen, die insbesondere beim Investitionsbedarf vor uns liegen, entsetzt mich Ihre ambitionslose Haltung zur Ursachenbekämpfung.

Was die Steuerfahndung angeht, sind wir bei Ihnen. Sie muss gestärkt werden.

Aber was sind denn die Ursachen, und wie bekämpfen wir die Ursachen von aggressiver Steuervermeidung, die im Übrigen legal, vielleicht nicht legitim, aber eben auch nicht strafbar ist? Wie verhindern wir Gewinnverschiebungen von internationalen Unternehmen, die uns durch die Paradise Papers vor Augen geführt wurden?

13 Millionen geleakte Datensätze offenbaren, dass diese Form von aggressiver Steuervermeidung und Steuerflucht für große internationale Unternehmen nicht die Ausnahme, sondern wohl eher die Regel ist.

Deutschland verliert allein bei den Unternehmenssteuern durch Flucht in Steueroasen geschätzt 17 Milliarden € jährlich. Das würde für NRW einen Einnahmeverlust von 1,8 Milliarden € im Jahr bedeuten. Was heißt das umgerechnet? Damit könnte man jährlich 1.800 Kitas oder die Sanierung sämtlicher kommunaler Schwimmbäder in ganz Deutschland finanzieren.

Herr Lienenkämper, Sie können sich gar nicht leisten, darauf zu verzichten. Ich finde Ihre Haltung – Herr Laschet, das gilt auch für das, was Sie in Berlin machen; ich habe da noch nicht viel gehört – relativ ambitionslos.

30 % weniger Steuern zahlen international agierende Unternehmen gegenüber vergleichbaren nationalen Unternehmen. Sie entziehen sich ihrer Verantwortung für die Finanzierung des Gemeinwesens. Das verzerrt den Wettbewerb. Wenn in diesem Ausmaß die Steuern nicht mehr da bezahlt werden, wo die Wertschöpfung stattfindet, was logischerweise der Fall sein müsste, dann haben wir in Deutschland ein Gerechtigkeitsproblem immensen Ausmaßes und dringenden Handlungsbedarf.

Herr Laschet, Sie sagen in Ihrer Pressekonferenz – ich habe sie mir auch angesehen – dazu nichts, kein Wort. Was macht denn dieser Ministerpräsident bei den Verhandlungen in Berlin, um hier tatsächlich an den entsprechenden Gesetzen Veränderungen herbeizuführen, damit sich das nicht wiederholt? Wo ist da Ihre Aussage? Es ist offenbar nicht Ihr Thema.

Der Finanzminister gibt nur eine pflichtschuldige Erklärung ab – wir stimmen ja auch zu –, dass die NRW-Steuerfahnder ihre Dienste und ihre Erfahrung zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist alles gut und schön. Aber seit Jahren liegen doch Vorschläge auf dem Tisch. Warum kommen sie denn nicht voran oder werden nur halbherzig umgesetzt?

Beispiel „Transparenz“: Was ist die Haltung der Landesregierung zu einem öffentlich einsehbaren Transparenzregister, in dem die Unternehmen genau das darlegen, bei dem das Problem liegt, nämlich, wie viel Wertschöpfung sie wo erwirtschaften und wie viel Steuern sie wo zahlen? Das wäre – als ein Beispiel von vielen – ein Instrument, um diese Steueroasen aus der Anonymität zu holen.

Ich habe das im Finanzausschuss gefragt. Herr Minister, Sie waren nicht da. Sie waren, glaube ich, bei der Finanzministerkonferenz. Ich hoffe, dass Sie dem Antrag, da an einigen Stellen anzusetzen, dort auch zugestimmt haben. Es gibt ja eine entsprechende Bundesratsinitiative. NRW macht dabei mit, nehme ich an. Ich hoffe es zumindest. Aber im Finanzausschuss konnte keine Antwort gegeben werden, wie man sich dazu verhält.

Denn inzwischen gibt es eine Fünfte EU-Geldwäscherichtlinie, in der weitreichendere Transparenzregelungen als bisher vorgesehen sind. Im Übrigen frage ich mich auch, warum die vier bisherigen Richtlinien diese Transparenz nicht herstellen konnten.

Wie verhält sich NRW dazu? Herr Laschet, was machen Sie dazu in Berlin? Welche Vorschläge haben Sie denn, um diese Gewinnverschiebung und diese Steuerflucht zu vermeiden? Und wie verhält sich NRW zu dem Vorschlag, dass Bankenberater und Anwälte ihre Steuervermeidungsstrategien, die sie anbieten, offenlegen müssen und darstellen müssen, wie sie ihre Kunden beraten? – Kein Wort dazu!

Herr Laschet, wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun – und das ist bei diesem wichtigen Thema in der Regierung leider sehr viel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier reicht eben nicht „Maß und Mitte“. Hier muss behertzt vorangegangen werden.

Zum Schluss kommt dann ein Leitsatz – Herr Laschet, das haben Sie in diesem Parlament oft gesagt –, den ich aufgreifen will: Haushalt ist Politik in Zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung und den Fraktionen, wir haben konstruktive Oppositionsarbeit zugesichert. Dabei bleiben wir auch. Der Respekt, den Herr Löttgen eingefordert hat, heißt eben auch, den anderen ernst zu nehmen. Wenn ich Sie hier in dem ernst nehme, was Sie sagen und was Sie auch in der Opposition gesagt haben, muss ich resümieren: Diese Landesregierung ist in diesen aufwühlenden Zeiten leider ohne politischen Kompass unterwegs.

Der erste schwarz-gelbe Haushalt steht sinnbildlich dafür. Was Sie uns vorgehalten haben, ist eben kein Gestaltungsplan. Ich erkenne hier nicht den Gestaltungsanspruch. Es wird keine Vision von NRW in den nächsten Jahren formuliert.

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen, denen sich die Politik stellen muss, verkommt das von Ihnen proklamierte „Maß und Mitte“ zu Mutlosigkeit, Rückschritt und Modernisierungsverweigerung. Ihre Wahlversprechen oder das, was Sie in Oppositionszeiten gefordert haben, sind eben nicht zur Leitlinie Ihrer Regierungsagenda geworden.

Herr Löttgen, sollen wir jetzt schulterzuckend sagen: „Diese Haltung nach dem Motto ‚Was stört mich mein Geschwätz von gestern?‘ ist uns egal? „

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das wäre respektlos. Es wäre respektlos, Sie hier nicht ernst zu nehmen.

Daher ganz zum Schluss noch ein paar sehr respektvolle Erinnerungen an das, was Sie versprochen haben und hier und heute nicht einlösen:

Ein Beispiel ist die Durchleitung der Integrationspauerschale vom Bund in Höhe von 434 Millionen €.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wo denn?)

Wie haben Sie sich aufgeführt! Herr Kuper – er leitet die Sitzung gerade nicht – hat damals als kommunalpolitischer Sprecher – ich glaube, es gab keine Kommune, in der keine Musterresolution verabschiedet wurde – gesagt: Wir fordern die Landesregierung auf, uns endlich dieses Geld zu geben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wann denn?)

Ich warte jetzt einmal auf die Resolutionen aus Ihren Kommunen und bin gespannt, ob Ihre schwarzen Bürgermeister das nicht nur von Rot-Grün erwartet haben, sondern es auch von Ihnen erwarten. Denn dann werden sie herb enttäuscht.

(Beifall von den GRÜNEN und Dietmar Bell [SPD])

Schauen wir uns Ihre Aussagen zum Investitionsstau bei den Krankenhäusern an. Wie haben Sie hier in der Opposition Zahlen in den Raum gestellt, was man bei den Krankenhäusern alles tun müsse! Dann gab es im Nachtrag für 2017 ein einmaliges Strohfeuer in Höhe von 250 Millionen €, das sehr schnell wieder erloschen ist.

Wo sind denn hier Ihre Nachhaltigkeitsstrategie und Ihre Versprechen, an diesem Investitionsstau wirksam etwas zu verändern? Herr Minister, in der Finanzplanung habe ich nicht gefunden, ob Sie dieses Thema weiterverfolgen wollen oder nicht. Es scheint kein Politikschwerpunkt von Ihnen zu sein. Auch hier gilt also nichts mehr von dem, was Sie in der Opposition noch vollmundig versprochen haben.

Letztes Beispiel – es gibt noch sehr viel mehr; ich will das aber nicht überstrapazieren –: die Pkw-Maut. Herr Laschet, wie haben Sie sich darüber aufgeregt!

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Sie ist auch völliger Murks, totaler Murks.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Ja!)

Offenbar ist auch das nicht mehr Ihre Agenda.

(Beifall von den GRÜNEN – Ministerpräsident Armin Laschet: Doch!)

In Ihrem wunderbaren Papier, das ja in der Straßenbahn liegen geblieben ist und in dem man das finden konnte, was Sie jetzt in Berlin vortragen, gehört der Verzicht auf die Pkw-Maut nicht mehr dazu. Denn der Verkehrsminister sagt: Irgendwie können wir das Geld doch ganz gut gebrauchen.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Nein!)

– Es steht genau so in diesen Papieren. Herr Ministerpräsident, Sie können das gerne gleich dementieren und sagen, dass Sie in Berlin der Gegenspieler von Herrn Dobrindt sind. Sie können sagen: Da werden wir mit dieser Pkw-Maut, mit diesem Murks, endlich Schluss machen. – Dann sagen Sie bitte gleich, dass Sie das da durchsetzen. Davon habe ich aber noch nichts gehört.

Lieber Herr Laschet, abschließend verweise ich auf die aktuell sprudelnden Steuereinnahmen. Das ist Ihr historisches Glück – darum kann man Sie durchaus beneiden –, aber mitnichten Ihr Verdienst. An der schwarzen Null konnten nicht einmal Sie scheitern.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Ihnen fällt da etwas in den Schoß, mit dem Sie – und das ist das Fatale – augenscheinlich nicht verantwortungsvoll genug umzugehen wissen. Sie nutzen die Spielräume – ohne Nachhaltigkeitsstrategie, ohne Modernisierungsanspruch. Sie sparen gleichzeitig ohne Not bei den Schwächsten. Es geht beim Sparen aber nicht um das Ob, sondern um das Wie. Es ist auch nicht so, dass Sie hier gegen eine Ideologie kämpfen würden. Nein, Sie sparen schlicht da, wo die Leute sich Ihrer Ansicht nach offenbar am wenigsten wehren können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Es geht um Gerechtigkeit in diesem Land. Uns geht es um Gerechtigkeit in diesem Land. Uns geht es um Nachhaltigkeit in diesem Land. Zur Modernisierungsstrategie gehört auch dieser Aspekt der Nachhaltigkeit. Sonst ist es keine Modernisierungsstrategie.

Anscheinend – das kann ich nur bilanzieren – hat Ihnen, Herr Laschet, Ihr Koalitionspartner diese Werte erfolgreich ausgetrieben. Das bedauern wir ausdrücklich, aber das werden wir Ihnen in unserer konstruktiven und kritischen Oppositionsarbeit weiterhin nicht durchgehen lassen. Herr Minister und Herr Laschet, das versprechen wir Ihnen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christof Rasche (FDP)*: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren nun seit zweieinhalb Stunden über den Haushalt, und jetzt, nachdem man die ganze Zeit zugehört hat, kann man schon ein erstes Fazit ziehen.

Ich habe den Eindruck: Der gelungene Start dieser Nordrhein-Westfalen-Koalition setzt sich auch in dieser Debatte uneinholbar fort.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was ist denn mit der Kritik und mit den Botschaften aus der Opposition in dieser Debatte? Norbert Römer hat gesagt, Rot-Grün solle es richten; das sei die Hoffnung der neuen Koalition. Ich habe da so eine Ahnung, lieber Herr Römer, dass Sie mit dieser These die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht überzeugen.

Frau Düker begann sogar mit Lob zu verschiedenen Bereichen des Haushalts, den Lutz Lienenkämper heute vorgestellt hat und für den wir ihn ausdrücklich loben. Sie kritisierten dann die frühere Opposition und jetzige Regierung dafür, dass wir – natürlich! – unsere neue Politik mit Ihrer alten Politik vergleichen. Dieser Vergleich interessiert die Menschen in Nordrhein-Westfalen, und er ist auch ganz legitim.

Im weiteren Verlauf Ihrer Rede, Frau Düker, war es ein ständiger Rückblick in Oppositionszeiten von CDU und FDP. Das, was Sie vorher kritisiert haben, haben Sie in Ihrer Rede anschließend zu 90 % umgesetzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dabei gibt es sehr wohl Punkte, bei denen wir durchaus übereinstimmen. Ganz zuletzt haben Sie einen dieser Punkte genannt: die Pkw-Maut. Sie wird auch von der FDP abgelehnt. Ich bin gespannt, was in Berlin noch dazu passiert.

In einem Bereich, Frau Düker, bin ich aber heilfroh, dass wir große Unterschiede zu den Auffassungen der Grünen haben. Im Bereich der Energiepolitik und der Braunkohlepolitik bedarf es einer klaren Aussage für den Standort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin froh, dass Ministerpräsident Laschet und Energieminister Pinkwart in Berlin die Ziele und Forderungen Nordrhein-Westfalens konsequent vertreten.

Bei einer Person habe ich Positionen zur Energiepolitik heute vermisst: in der Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Norbert Römer. Kein Wort zur Energiepolitik, kein Wort zur Standortpolitik für Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich! Als müssten Sie, lieber Herr Römer, noch immer Ihren alten Koalitionspartner, die Grünen, decken. Das brauchen Sie gar nicht mehr! Sie müssen in der Opposition gar nicht mehr einheitlich auftreten – erst recht nicht, wenn Sie zu 100 % unterschiedliche Auffassungen haben, lieber Herr Römer.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Nordrhein-Westfalen-Koalition hat vom ersten Tag an deutlich gemacht,

dass sie dieses Land gestalten und voranbringen will. Wir wollen Nordrhein-Westfalen sicherer, moderner und chancenreicher machen. In dem Haushalt, den Herr Lienenkämper heute eingebracht hat, erleben wir genau das: nämlich, wie die Koalition dieses Land gestaltet, sicherer, moderner und chancenreicher macht.

Die Menschen haben am 14. Mai für einen Politikwechsel gestimmt,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber knapp!)

sowohl inhaltlich – dazu kommen wir gleich noch – wie auch in der Art und Weise, wie Politik in Nordrhein-Westfalen gemacht wird: konsequent in der Sache, gelassen statt aufgeregt und eben nicht abgehoben, sondern ehrlich. Wir wollen als Koalition von CDU und FDP die Menschen in unserem Land mit Argumenten überzeugen und nicht mit Lautstärke. Dazu gehört auch der Respekt vor den Menschen in unserem Land und vor deren Sorgen. Dazu gehört auch, zuzuhören und anschließend zu handeln.

Ein anderer Stil, liebe Kolleginnen und Kollegen, prägt die neue Koalition im Umgang untereinander und miteinander im Vergleich zur Koalition der Vorgängerregierung. Wir arbeiten gemeinsam an Lösungen. Natürlich gibt es in einzelnen Bereichen auch Unterschiede. Die diskutieren wir aus, einigen uns und vertreten dann im Sinne von Nordrhein-Westfalen unsere Ziele.

In der alten Koalition hat man sich gestritten. Da passt der Vergleich noch. Man hat sich aber nicht geeinigt – allenfalls oberflächlich – und sich hinterher untereinander und – das ist noch viel schlimmer – in der Öffentlichkeit sowie in Berlin und Brüssel gestritten, und man hat nicht mehr dort, wo es notwendig ist, eine einheitliche Position für Nordrhein-Westfalen vertreten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir erleben den Politikwechsel – natürlich gerade heute – auch in der Haushaltspolitik. Darüber haben wir heute schon eine Menge gehört. Zum ersten Mal seit 1973 wird ein Haushalt vorgestellt, der ausgeglichen ist. Herr Zimkeit, unser Kollege von der SPD, sagte in der letzten Woche, der Haushalt sei dem Finanzminister vor die Füße gefallen. Was ist das für eine tolle Formulierung: „dem Finanzminister vor die Füße gefallen“! Um in dieser Wortwahl von Herrn Zimkeit zu bleiben: Wenn wirklich das die Ursache von Finanzpolitik ist, dann hätte die SPD seit 40 Jahren am falschen Ort gestanden. So viel Pech kann selbst die SPD nicht haben; denn dann hätte sie auch einen ausgeglichenen Haushalt erreicht.

Die Wahrheit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Ball lag doch in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen seit Jahren auf dem Elfmeterpunkt. Aber die alte Koalition hat sich in ihren Haushaltsbeschlüssen trotzdem immer wieder für neue Schulden entschieden.

Der Widerstand der SPD gegen die Schuldenbremse in der vergangenen Legislaturperiode ist dafür bezeichnend und ein Beleg.

Die neue NRW-Koalition, liebe Damen und Herren, hat jetzt den Politikwechsel vollzogen und endlich diesen Elfmeter verwandelt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nicht erst mit dem heutigen Haushalt haben wir für einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen gesorgt. Es wurde viel über die 100-Tage-Bilanz diskutiert, die diesen Politikwechsel belegt. Ich möchte noch einmal sechs Beispiele nennen: Kita-Rettungspaket, Maßnahmen zum Erhalt der Förderschulen, Initiative zur Besetzung der Lehrerstellen, besondere Weichenstellung bei G8 und G9, der erste Entfesselungsimpuls und die Stärkung der Polizei hinsichtlich Personal und Ausstattung. Natürlich werden wir diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Dieses erste Maßnahmenpaket wurde allerdings aus der Opposition kritisiert.

Herr Römer kritisierte vor allem das Kita-Rettungspaket. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich schon dreist. Die SPD hat die Kitas gerade im Ruhrgebiet, also in Nordrhein-Westfalen, im Stich gelassen. Die nordrhein-westfälische Koalition von CDU und FDP hat dementsprechend die Kitas im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen in einem ersten Schritt gerettet. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben die Kindergärten im Stich gelassen, und wir haben gerettet. Krasser kann der Unterschied einer Landespolitik überhaupt nicht sein. Die SPD hat sieben Jahre lang auf eine grundlegende Reform der Kita-Finanzierung in Nordrhein-Westfalen verzichtet, aber regelmäßig über die Notwendigkeit geredet, regelmäßig in diesem Haus über die Notwendigkeit geredet. Ist das wirklich sozial? Die NRW-Koalition – Herr Römer, das verspreche ich Ihnen – wird diese Not wenden und die Kitafinanzierung neu ordnen.

Wo ich gerade bei Herrn Römer bin: Die SPD spricht in vielen Pressemitteilungen – und so auch eben in Ihrer Rede, lieber Herr Kollege Römer – von einer Mitte-rechts-Koalition in diesem Haus. Mitte-rechts-Koalition in diesem Haus! Was ist das für ein Sprachspiel? Die Rechten in diesem Haus sitzen dort, und die sitzen nur dort und nirgendwo anders.

(Der Abgeordnete zeigt auf die Fraktion der AfD. – Beifall von der FDP und der CDU)

Lieber Herr Römer, Sie sollten auf diese Spielchen verzichten. Die bringen uns nicht weiter.

Ihr Fazit zu dieser 100-Tage-Bilanz war, die neue Regierung sei anmaßend und selbstgerecht. Die Regierung sei anmaßend und selbstgerecht – lieber Herr

Römer, Sie regieren doch überhaupt nicht mehr. Die Zeiten sind längst vorbei.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU)

Der Bürger hat Sie abgewählt. Ihr Auftritt heute zeigt nicht, dass Sie wesentlich dazugelernt hätten.

Eine wesentliche Veränderung in Nordrhein-Westfalen hat sich in der Wirtschaftspolitik vollzogen. Es geht nicht mehr darum, etwas zu verhindern, sondern es geht darum, etwas zu ermöglichen. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied zur Vorgängerregierung. Das Entfesselungspaket von Andreas Pinkwart hat das deutlich gemacht.

Die positiven Reaktionen in Nordrhein-Westfalen auf diese veränderte Wirtschaftspolitik sind enorm. Sie kommen von Industrie- und Handelskammern, aber auch von vielen Betrieben und übrigens auch von vielen Betriebsräten.

Vor der Wahl, liebe Kolleginnen und Kollegen, war das übrigens völlig anders. Da gab es ein vernichtendes Zeugnis von Thomas Rick, dem Landesvorsitzenden der Familienunternehmer. Er sagte – Zitat –:

„Insbesondere wirtschaftspolitisch ist NRW eines der am schlechtesten regierten Länder.“

Das ist nachzulesen in der „Rheinischen Post“ vom 4. März.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Koalition wird dafür sorgen – das versprechen wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land, den Betriebsräten, aber auch den Unternehmen, dem Mittelstand und dem Handwerk –, diese Regierung wird dafür sorgen, dass die rot-grüne Wirtschaftspolitik, diese Blockadepolitik, dieser ständige Stress zwischen den Koalitionspartnern im Sinne des Landes beendet wird. Wir schauen nach vorne und bringen auch in diesem wichtigen Bereich Nordrhein-Westfalen elementar voran. Das ist für dieses Land auch notwendig, damit wir den Anschluss an andere Bundesländer nicht in Gänze verlieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, Vorgaben von Bund und EU eins zu eins umzusetzen. Das ist auch etwas eigentlich Selbstverständliches und genauso Wichtiges. Es ist nur in Nordrhein-Westfalen früher nicht passiert. Das ist ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen der jetzigen Regierung und der Vorgängerregierung.

Denn in der alten Regierung setzte sich immer wieder der Umweltminister gegen den Wirtschaftsminister durch und setzte auf die Grundlagen aus Brüssel und auf die Grundlagen aus Berlin immer wieder Regelungen on top drauf. Rückendeckung für den Wirt-

schaftsminister gab es nicht, auch nicht für die Betriebsräte. Das war eine rein grüne Politik. Sozial war das sicherlich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin froh, dass insbesondere unsere Ministerin Schulze Föcking in diesem Laden von Vorschriften und überzogenen Regulierungen konsequent aufräumt

(Beifall von der FDP und der CDU)

und dadurch Nordrhein-Westfalen wieder wettbewerbsfähig macht. Denn es ist ein langer Weg, bei 16 Bundesländern wieder Platz eins zu erreichen. Aber wir müssen den Anspruch haben, uns mit viel Ausdauer von Platz zu Platz zu verbessern. Dazu gehört es eben, diese Regelungswut zu durchbrechen und die Politik zu verändern.

Wir brauchen also einen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie, auch in der Energiepolitik. Ich sagte es eingangs schon. Ich bin froh, dass sich die Herren Pinkwart und Laschet in Berlin für eine rationale Energiepolitik einsetzen, bei der es natürlich auch um Umweltpolitik und Klimaschutz geht. Darum geht es uns allen. Das ist doch kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland.

Aber uns geht es eben auch um Bezahlbarkeit und um Versorgungssicherheit, und diese Elemente spielen bei den Grünen leider überhaupt keine Rolle.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein weiterer Punkt, wo wir Nordrhein-Westfalen in der Tendenz verändert haben – die Auswirkungen werden wir sicherlich in den nächsten Jahren spüren –, ist die Verkehrspolitik. Neben einer sicheren Energieversorgung ist eine bedarfsgerechte Infrastruktur extrem wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in unserem Land.

Minister Wüst hat hier eine Trendwende eingeleitet. Ich will mal zehn Beispiele nennen: 38 Millionen € mehr für Ausbau und Erhalt, 50 neue Planstellen bei Straßen.NRW, mehr Mittel für die Vergabe von Planungsleistungen. Selbst Radwege werden bei dieser Koalition mehr gefördert. Die Elektromobilität wird durch Minister Pinkwart gestärkt. Auch den grün-roten Stillstand im Bereich des ÖPNV werden wir durchbrechen. Sie sprechen seit sieben Jahren von landesweiten Tickets im ÖPNV. Ich verspreche Ihnen: Wir werden sie in den nächsten fünf Jahren einführen. Im Bereich Schieneninfrastruktur werden wir uns in Berlin für weitere notwendige Großprojekte in Nordrhein-Westfalen einsetzen. In der Luftverkehrspolitik werden wir gemeinsam und nicht gegeneinander agieren. Die neue Abteilung zur Zukunft der Mobilität – das ist der neunte Punkt – ist ein Meilenstein in unserem Land, und das neue Bündnis für Mobilität wird Maßstäbe für zukünftige Lösungen setzen.

Also, unterm Strich: Der Infrastrukturausbau, die Mobilität ist ein Schwerpunkt dieser Koalition.

Sieben Jahre Stillstand und Blockadepolitik der Grünen sind damit beendet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir werden Nordrhein-Westfalen moderner und digitaler machen. Wir haben in der Modellregion OWL begonnen – eine starke Region von Nordrhein-Westfalen. Aber wir werden auch die anderen Regionen des Landes gezielt unterstützen, denn in jeder Region ist Nordrhein-Westfalen stark, und in jeder Region bedarf es einer optimalen digitalen Ausstattung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegen von der SPD-Fraktion hängen manchmal dem Glauben an, je öfter sie etwas sagten, desto richtiger sei es. Das stimmt leider nicht immer. Genauso falsch ist es, zu sagen, Sozialpolitik oder eine Politik für soziale Gerechtigkeit spielten für FDP und CDU keine Rolle. Norbert Römer hat das in der Tendenz vorhin wieder versucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gegenteil ist die Wahrheit. Wir wollen für alle Bürgerinnen und Bürger echte Chancen für einen individuellen Aufstieg schaffen, und wir behandeln alle Menschen gleich und fördern alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Für uns ist die soziale Kompetenz in der Regierungspolitik wichtig und eine Selbstverständlichkeit. Das ist ein Credo unserer Politik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wachstum und eine starke Wirtschaft schaffen Arbeitsplätze und sichern Wohlstand. Das haben Sie in den letzten sieben Jahren nicht wahrhaben wollen, und deshalb ist Nordrhein-Westfalen unter seinen Möglichkeiten geblieben, gerade in der wirtschaftlichen Entwicklung. Genau das wollen wir ändern.

Soziale Politik ist wichtig. Sie hängt wenig ab von lauter sozialer Kampfrhetorik. Das gilt gerade für die SPD-Bilanz in der Baupolitik. Unter Bauminister Groschek, dem heutigen Landesvorsitzenden der SPD, sind die Mieten in Nordrhein-Westfalen massiv gestiegen – in diesen fünf Jahren Regierungszeit vermutlich so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Ist das soziale Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Wir wollen das anders machen. Wir wollen erheblich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wenn zu wenige Wohnungen vorhanden sind, steigen die Mieten fast automatisch. Also werden wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass in Nordrhein-Westfalen endlich wieder mehr gebaut wird.

Vier Fehler von SPD und Grünen, die wir beheben wollen, möchte ich kurz nennen:

Das Bauen in Nordrhein-Westfalen wurde durch überzogene Standards erheblich verteuert. Viel zu

wenige Flächen wurden für Bauvorhaben zugelassen, insbesondere im ländlichen Raum. Für eine völlig unterdurchschnittliche Eigentumsquote haben Sie gesorgt. Und Sie haben Investoren verbal abgeschreckt, in Nordrhein-Westfalen zu investieren. Darunter leiden alle Menschen in diesem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zur inneren Sicherheit und zum Bereich Kommunales hat der Kollege Löttgen eben schon einiges gesagt: 58 Millionen € für eine bessere Ausstattung der Polizei, 1.482 neue Stellen im Einzelplan Inneres, 1.135 neue Stellen in der Justiz, die Bündelung von Kompetenzen im Bereich Terrorismusbekämpfung. Also auch für die innere Sicherheit machen wir eine Menge.

Noch ein Wort zu dem Bereich Kommunales: Frau Düker, in der Debatte eben ging es um den Kommunal-Soli. Einige Kollegen haben recht kräftig reagiert, denn zahlreiche Städte in Nordrhein-Westfalen mussten diesen Kommunal-Soli über Kredite finanzieren. Kleinere und mittelgroße Städte mussten Kredite aufnehmen, damit dieses Geld dann an Städte fließt, zum Beispiel an Rhein und Ruhr, in denen die Grünen besonders stark sind.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es ist doch Blödsinn, uns das zu unterstellen!)

So etwas verstehen wir nicht unter Kommunal-Soli, sondern das bedeutet das Gegenteil. Natürlich mussten wir in einem der ersten Schritte diese Ungerechtigkeit abschaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bildung ist der Schlüssel für individuellen Aufstieg und deshalb ein Schwerpunkt der neuen Landespolitik. Für uns sind alle Schulen wichtig, und wir werden alle Schulen stärken. In Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen wollen wir mit Talentschulen einen neuen Weg gehen. Unpolitische Beobachter im ganzen Land haben diesen Schritt gelobt; aus der Opposition kam natürlich Kritik, weil wir damit nicht alle Schulen gleich behandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fördern alle Schulen. Das sage ich noch einmal ganz deutlich. Aber diese Talentschulen an Standorten, wo es sozial besonders schwierig ist, sind uns – und das zeigt wieder unsere soziale Stärke – ein besonderes Anliegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine zweite neue und gute Idee unserer Schulministerin Yvonne Gebauer war „Fit in Deutsch“, eine in den Herbstferien durchgeführte Sprachförderung. Auch das wurde von neutralen Beobachtern sehr gelobt. Es wird jetzt weiterentwickelt und ausgebaut, und außerdem ist es im Haushalt finanziell hinterlegt.

Wenn wir die Voraussetzungen für beste Bildung in unserem Land schaffen wollen, müssen wir an erster Stelle dafür sorgen, dass der Unterricht in Nordrhein-Westfalen an unseren Schulen auch stattfindet. Also brauchen wir genügend Lehrerinnen und Lehrer, und da hat uns die Vorgängerregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein verdammt schweres Erbe hinterlassen.

(Zuruf von der CDU)

Wir können diese vielen Stellen gar nicht von heute auf morgen besetzen. Wir haben kurzfristige pragmatische Maßnahmen getroffen und uns mittel- und langfristige Ziele gesetzt, denn jede besetzte Lehrerstelle bedeutet mehr Unterricht und mehr Chancen für unsere Schülerinnen und Schüler.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Düker hat in ihrer Rede gerade ausdrücklich einen Ansatz im neuen Landeshaushalt gelobt, nämlich 2.000 neue Lehrerstellen und die Streichung von 3.000 kw-Vermerken. Das macht unter dem Strich 5.000 neue Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen – entgegen der vorherigen Planung von Rot-Grün. Da wir wissen, dass Stellen allein noch keinen Unterricht ergeben, wird es auch eine Kampagne zur Gewinnung weiterer Lehrkräfte geben, die mit zusätzlichen 2 Millionen € hinterlegt ist.

Finanzminister Lienenkämper sprach schon von Korrekturen bei den Konrektoren an Haupt- und Grundschulen, deren Wertschätzung wir jetzt daran ablesen können, dass sie sich ab dem 01.01.2018 in einer Besoldungsgruppe wiederfinden, die angemessen ist.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Eine zweite große Baustelle der Architektin in der Bildungspolitik, unserer Schulministerin, ist die Umstellung von G8 auf G9. Wir haben gestern die Eckpunkte dazu erfahren, konnten sie heute in der Presse lesen.

Unterm Strich kann man sagen: In den Bereich Bildung dieses Landeshaushalts fließen 29,6 Milliarden € und in den Einzelplan des Schulministeriums 229 Millionen € mehr als im Jahr davor. Wir wollen also die beste Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Wir von der FDP begreifen das übrigens auch als nationale Aufgabe und arbeiten in Berlin gerade mit Blick auf die Finanzierung auf eine vernünftige Einigung hin, was einen neuen Koalitionsvertrag betrifft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Opposition tut in der Debatte so, als sei die schwarze Null keine besondere Leistung, sondern selbstverständlich. Ich kann mich gut an die Diskussionen und die Berichterstattung vor dem Tag der Bekanntgabe der Eckwerte des Haushaltes erinnern. Als diese Eckwerte bekanntgegeben wurden und preisgegeben wurde,

dass wir eine schwarze Null erreichen, war doch ganz Nordrhein-Westfalen überrascht. Niemand, nicht einmal bei uns in der FDP-Fraktion – und wir denken immer recht weit –, hat mit dieser schwarzen Null gerechnet. Da hat Lutz Lienenkämper uns alle positiv überrascht.

Nun liegt uns ein Haushalt vor, auf den wir stolz sein können. Es sei noch einmal daran erinnert: Die alte Regierung von SPD und Grünen wollte in diesem Haushaltsjahr noch 400 Millionen € aufnehmen. Wir machen keine Schulden. Die alte Regierung hatte für das Jahr 2019 noch Schulden vorgesehen. Wir erarbeiten dann schon einen Überschuss. Wenn also eine Koalition für seriöse Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen steht, dann ist das die Koalition von CDU und FDP.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Investitionsquote liegt bei 9,6 %. Ich gebe zu: Die war schon einmal höher. Aber in den Jahren 2013 bis 2017, also bei SPD und Grünen, war sie deutlich niedriger. Und trotzdem waren Kredite vorgesehen. Wir schaffen beides: investieren und die schwarze Null.

In der 100-Tage-Bilanz sprach Norbert Römer mit Blick auf die Regierung von „Wortbruch aus Überforderung“ und „Konzeptlosigkeit“.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Diesen Unsinn brauchen wir nicht weiter zu kommentieren. Auch damit werden Sie die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht – ich glaube, nicht einmal Ihre eigene SPD – erreichen. Gegenüber den Menschen in Nordrhein-Westfalen erwecken Sie immer noch den Eindruck, auch heute in Ihrer Rede, als gehöre das Land Nordrhein-Westfalen der SPD. Das war Ihre Auffassung in Ihrer jahrzehntelangen Regierungstätigkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sahen die Menschen in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai anders. Die waren auf einmal so frech und hatten die Auffassung, das Land gehöre ihnen und nicht der SPD. Dementsprechend haben sie gewählt, und dementsprechend haben wir eine neue Regierung in diesem Land. Ich glaube, Sie und Ihre Mannschaft müssen wieder von Ihrem hohen Ross herunterkommen, lieber Herr Römer, damit Sie wieder den Boden mit Ihren Füßen erreichen und den Menschen, vielleicht sogar den eigenen Parteimitgliedern, auf Augenhöhe begegnen, um für dieses Land wieder Gutes zu bewirken.

Ich komme zum Schluss. Heute war mehrfach von einem Kompass die Rede. Diese Koalition hat einen klaren Kompass. Der zeigt nach vorne, der zeigt auf Zukunft, und der zeigt auf Möglichmachen. Dieses starke Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat

endlich wieder eine starke Regierung. Wir werden gemeinsam mit den Menschen in diesem Land das Land nach vorne bringen. Das Land wird auch von Familien, von kleinen Orten, von Menschen und deren Zusammenhalt getragen. Diesen wollen wir besonders unterstützen.

Dabei spielt das Ehrenamt in diesem Land eine herausragende Rolle, gerade im Sport und dort insbesondere im Breitensport. Die FDP-Fraktion und auch die Kollegen der CDU sind sich einig: Wir wollen und werden ein verlässlicher Partner der Sportfamilie Nordrhein-Westfalen sein.

Deshalb wird sich meine Fraktion, sicherlich gemeinsam mit den Kollegen der CDU, in den Haushaltsberatungen für weitere Mittel in diesem Bereich einsetzen. Sportvereine sollen ihr Profil in der Kinder- und Jugendarbeit schärfen können und ganz gezielt in dieser Arbeit gestärkt werden. Außerdem geht es um Stärkungen und Sicherung bei Sport im Ganztage und Integration durch den Sport. Alle drei Maßnahmen sind sehr wichtig, die von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen getragen werden, indem sie ein Ehrenamt ausüben. Diese Tätigkeit wollen und müssen wir unterstützen.

Meine Damen und Herren, durch konsequentes und sachliches Handeln, das Probleme löst und Chancen schafft, wollen wir gemeinsam, also die FDP-Fraktion mit den Kollegen der CDU, Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen. Wenn die SPD und die Grünen uns bei diesem Vorhaben sachlich begleiten wollen, sind sie dazu herzlich eingeladen. Ich freue mich auf die weitere Beratung in den Ausschüssen und demnächst hier im Plenum. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nummer 069 13440 – Herr Laschet und Herr Lienenkämper, ist Ihnen diese Telefonnummer bekannt? – Offensichtlich nicht, was mich etwas wundert, denn ich hätte wirklich gedacht, Sie hätten sich bereits unter dieser Telefonnummer bei der EZB für Ihren ausgeglichenen Haushalt bedankt. Aber so, wie Sie sich bei Herrn Draghi bedanken können, so bedanken sich immer mehr Wähler, die nämlich gleichzeitig Sparer sind, bei Ihnen, und zwar an der Wahlurne mit ihrer Stimme für die AfD.

(Beifall von der AfD)

Die derzeitige Haushaltspolitik von Bund und Land lässt sich zugespitzt ganz einfach zusammenfassen: Für die schwarze Null nehmen Sie den Sparer ihr Geld weg und freuen sich auch noch darüber.

Ob Herr Schäuble oder Herr Lienenkämper – diese Herren feixen auch noch über die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die Sie mit Ihren Haushalten vergleichsweise gut dastehen lässt. Sie geben die schwarze Null auch noch als Ihr Werk aus, als hätten Sie wirklich gespart und nicht vor allem vom Niedrigzins profitiert.

Klar, wenn man als Finanzminister nicht über den Tellerrand hinausblickt oder blicken will, beschert die Nullzinspolitik natürlich erst einmal Entlastung für die Kasse, weil die Kredite und damit die Bedienung der Schulden weniger werden. Aber welche Folgen hat das? – Den Deutschen entgingen in den Jahren 2010 bis 2016 – und damit anteilig auch Nordrhein-Westfalen – Zinseinnahmen in Höhe von 344 Milliarden €. Das schreibt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“.

In diesem Jahr würden nach Schätzungen der DZ Bank noch einmal 92 Milliarden € hinzukommen. Die insgesamt 436 Milliarden €, umgelegt auf die Deutschen, machen im Durchschnitt 5.317 € je Bundesbürger und damit auch je Bürger Nordrhein-Westfalens aus.

(Beifall von der AfD)

Die EZB-Politik führte andererseits auch zu niedrigeren Zinsen für Kredite. Diese Kreditersparnis, die die Deutschen zu ihren Gunsten verbuchen können, beziffert die DZ Bank für die Jahre 2010 bis 2017 auf 188 Milliarden €. Unter dem Strich bleibt damit immer noch eine Einbuße von 248 Milliarden € und damit im Schnitt 3.024 € je Bundesbürger und somit auch je Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, Deutschlands Sparer zahlen einen üppigen Teil der Rechnung für die lockere Geldpolitik der EZB. Das sagte der Chefökonom der DZ Bank Stefan Bielmeier im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Ich füge hinzu: Deutschlands Sparer zahlen auch einen üppigen Teil der Rechnung für die schwarze Null im nordrhein-westfälischen Landeshaushalt.

(Beifall von der AfD)

Die politische Klasse – und mit ihr die Europäische Zentralbank EZB – will und kann nicht zugeben, was viele Volkswirte seit Langem feststellen: Dieser Euro ist eine Fehlkonstruktion. Um ihn am Leben zu erhalten, brechen sie munter die Verträge und das Recht und werfen das hart erarbeitete Geld der Menschen zum Fenster raus.

(Beifall von der AfD)

Sie opfern den deutschen Sparer auf dem Altar des Euro und nehmen den Nebeneffekt der billigeren Schulden für den Haushalt dabei gerne mit.

Diese Politik aber bestraft den Sparer. Sie bestraft die Inhaber von Lebensversicherungspolicen. Sie bestraft die Art, wie in Deutschland seit Jahrzehnten für Alter und Wohlstand gespart wird. Wir waren nie ein Volk von reinen Konsumenten, sondern hatten immer eine hohe Sparquote. Auch dies hat unser Land so erfolgreich gemacht.

Und die FDP, die sich im Wahlkampf noch als „AfD light“ verkaufte, fällt im Bund auch in Sachen Eurorettung schon wieder um, nur um Frau Merkel und den Grünen zur Macht zu verhelfen. Dass Sie auch an dieser Stelle schon wieder das Klischee der Umfallerpartei bedienen, mutet geradezu selbstmörderisch an; denn so langsam müssten Sie doch wirklich kapiert haben, dass Sie der Wähler dafür bei der nächstbesten Gelegenheit wieder in die Wüste schicken wird.

(Beifall von der AfD)

Die Maastrichter Verträge sind Ihnen völlig egal. Dass es Vertragsgrundlage des Euro war und ist, dass wir nicht die Schulden anderer Staaten übernehmen, ist Ihnen hier im Hause mittlerweile durch die Bank weg egal. Lieber treiben Sie durch Ihre Politik die Menschen in andere Anlageformen, beispielsweise in Immobilien als sogenanntes Betongold.

Und was ist die Folge? – Die Immobilienpreise steigen und steigen, und mit ihnen die Mieten. In vielen Städten traut sich die Mittelschicht – von den ärmeren Menschen gar nicht zu sprechen – nicht einmal mehr umzuziehen, da das neue Mietobjekt für sie unbezahlbar wäre.

Und dann verschlimmern Sie die Lage auch noch, indem Sie massenhaft und ungesteuert die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme und in den Wohnungsmarkt fördern.

(Beifall von der AfD)

Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. explodieren aktuell die Zahlen der wohnungslosen Menschen in Deutschland. Diese stiegen seit 2014 um ganze 150 % auf 860.000 Personen. Da Nordrhein-Westfalen von Ballungsgebieten durchzogen ist, können Sie davon ausgehen, dass Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise davon betroffen ist.

Die Zuwanderung ist demnach eine der Ursachen für Wohnungsnot und steigende Mietpreise, da seit 2015 zum bereits knappen Wohnungsmarkt die Last von weiteren 1,5 Millionen Migranten hinzukam. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall von der AfD)

Es ist so ähnlich wie schon bei der Griechenland- und der Eurorettung: Ihre Gutmenschenideologie ist Ihnen wichtiger als das Wohl der Menschen. Damit meine ich insbesondere diejenigen, die hier schon länger leben, wie es Ihre Kanzlerin auszudrücken gedenkt. Das Wort „Deutsche“ kommt ihr dabei kaum noch über die Lippen. Jeder kann sich seinen Teil dabei denken und sich vielleicht auch die Frage stellen, auf wessen Wohl diese Dame eigentlich ihren Eid abgeleistet hat.

(Beifall von der AfD)

Aber zurück zum Haushalt, der untrennbar mit den Kosten der von Ihnen gewünschten Masseneinwanderung verbunden ist. Ihre Kanzlerin sagt ja, sie könne und wolle unsere Grenzen nicht schützen – sie will und kann also eine Kernaufgabe des Staates nicht wahrnehmen.

Aber Kosten kann sie produzieren: mehr Mitarbeiter beim BAMF, mehr Verwaltungsrichter, ein regelrechtes Beschäftigungsprogramm für Rechtsanwälte, mehr Hartz IV, neue Unterkünfte, Krankenversicherung, Verpflegung, Taschengeld.

Legt man die Kalkulation von Entwicklungshilfeminister Müller zugrunde, so kostet jeder Schutzsuchende in Deutschland 2.500 € pro Monat. Das entspricht der Steuerlast von zwölf Durchschnittsverdienern mit 3.000 € im Monat und Steuerklasse 3 oder der von fünf Singles der Steuerklasse 1 in dieser mittleren Einkommensklasse. Für einen unbegleiteten jugendlichen Migranten werden sogar bis zu 5.000 € im Monat veranschlagt.

Inzwischen behauptet kein Ökonom oder Manager mehr, dass die massenhafte Zuwanderung für den deutschen Staat ein Segen sei – im Gegenteil: Wegen des geringen Bildungsniveaus kalkulierte der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, dass jeder Flüchtling in seiner Lebenszeit per Saldo 450.000 € kostet. Das hat letztlich auch Auswirkungen auf den Haushalt in Nordrhein-Westfalen. Bei 2 Millionen Zugewanderten bis 2018 summierte sich das auf Gesamtkosten von 900 Milliarden €. Allerdings könnten die Zahlen auch noch höher sein.

Hans-Werner Sinn, der frühere Präsident des ifo Instituts, hält selbst diese horrenden Summe von 900 Millionen € für zu niedrig. Raffelhüschen gehe davon aus, dass die Flüchtlinge bereits nach sechs Jahren einen vernünftig bezahlten Job hätten; Sinn hingegen sieht viele neue Langzeitarbeitslose und geht insgesamt von über 1 Billion € Kosten für den deutschen Steuerzahler aus.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Selbst die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung rechnet mit Kosten in Höhe von 400 Milliarden €, sollte die rasche Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt nicht gelingen. Nach den bisher-

gen Erfahrungen sind vorerst nur 13 % der Flüchtlinge erwerbstätig, meistens als Praktikanten, Auszubildende oder Hilfskräfte. Die Zahl der erhöht Erwerbstätigen liegt unter 10 %.

Dafür ist also Geld da. Dafür darf der Steuerzahler jetzt bezahlen. Es reicht ja nicht, dass Sie ihn schon als Sparer schröpfen. Es reicht ja nicht, dass sie den NRW-Kommunen 500 Millionen € vorenthalten. Unsere Straßen und Brücken verfallen. Menschen sind trotz lebenslanger Arbeit in der Rente arm. Schwimmbäder und Bibliotheken schließen. Polizisten wurden eingespart.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo wurden Polizisten eingespart?)

Für das deutsche Volk – dazu gehören selbstverständlich auch die hier gut integrierten Zuwanderer – hieß es: Für euch haben wir kein Geld. – Aber kaum hält sich die Bundesregierung unter dem Jubel des Ministerpräsidenten Laschet nicht mehr an die deutsche und europäische Asylgesetzgebung, schon ist Geld da; denn es soll ja alles so schön bunt werden.

(Beifall von der AfD)

Hier sitzen viele, bis tief in die Reihen der CDU, für die es gar nicht bunt genug sein kann. Wissen Sie: Ich habe nichts gegen bunt – aber wenn sich Frauen überlegen müssen, ob sie abends noch joggen gehen; wenn Weihnachtsmärkte, so sie denn überhaupt noch so heißen, mit Pollern, Lkw-Barrieren und bewaffneten Kräften gesichert werden, wenn unsere Bürger nachts in der S-Bahn Angst haben müssen, wenn es ganze Straßenzüge gibt, in denen man sehr gut und sogar besser ohne Deutsch auskommt, und wenn islamische Terroristen als angebliche Flüchtlinge unter uns leben – dann, meine Damen und Herren, wird es mir zu bunt!

(Beifall von der AfD)

Die katastrophale Verschlechterung beispielsweise der Kölner Sicherheitslage, insbesondere für Frauen, hat nun die WDR-Moderatorin Andrea Schönenborn aus ihrer eigenen Erfahrung geschildert. Sie spricht davon, dass es in Köln mittlerweile Angsträume gebe, in denen sie sich als Frau nicht mehr sicher fühle. Sie spricht davon, dass sich die Stadt Köln in den letzten zwei bis drei Jahren massiv verändert habe, und zwar nicht gerade massiv zum Guten, sondern massiv zum Schlechten.

Das sagt eine Frau, die es wissen muss. In über 15 Jahren intensiver Karnevalsaktivitäten fuhr sie stets mit der Straßenbahn nach Hause. Jetzt fährt sie lieber mit dem Taxi.

Aber was macht die Durchschnittsverdienerin, die sich Taxifahrten nicht leisten kann? Sie wird diesen Angsträumen ausgesetzt. Sie muss die S-Bahn nehmen. Sie ist nicht geschützt. Sie leidet unter diesen massiven Veränderungen, die in der Stadt Köln und

auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen in den letzten zwei bis drei Jahren vor sich gegangen sind.

(Beifall von der AfD)

Die Antwort der Landesregierung kann man eigentlich nur noch als erbärmlich bezeichnen. Nicht einmal eine Zielgröße für die nach Recht und Gesetz abzuschickenden Ausländer will der FDP-Integrationsminister Stamp nennen. Dabei gibt es rechtsstaatlich nur eine einzige Quote, nämlich 100 %. 100 % der vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer müssen abgeschoben werden oder freiwillig die Heimreise antreten.

(Beifall von der AfD)

Damit wir uns richtig verstehen: Kein vernünftiger Mensch hat etwas gegen eine begrenzte und gesteuerte Zuwanderung der besten Köpfe. Aber genau die kommen ja nicht.

Und natürlich hat auch niemand etwas gegen die ausländischstämmigen Menschen, die sich hier hervorragend integriert haben – ganz im Gegenteil. Darunter sind im Übrigen viele, die die AfD wählen und die zu Recht nicht wollen, dass ihr guter Ruf unter illegal nach Deutschland importierten Straftätern und Terroristen leidet.

(Beifall von der AfD)

Das alles geschieht nur, weil Sie die Grenzen nicht sichern wollen, obwohl Sie dazu verpflichtet wären, und weil Sie die Abschiebung nicht vollziehen, obwohl Sie auch dazu verpflichtet wären. Wozu haben die Bürger eigentlich Rot-Grün abgewählt? Doch nicht dafür, dass Sie praktisch genauso weitermachen!

Haben Sie uns nicht erzählt, welche tollen Fachkräfte wir durch die Politik des legal-illegalen Grenzübertritts bekommen und wie die all unsere demografischen Probleme lösen? Haben Sie nicht jeden, der sah, was zu sehen war, als rechts, als rechtspopulistisch, als rassistisch und als wer weiß nicht was tituliert? Und jetzt? Jetzt fegen Sie die Scherben Ihrer eigenen Politik auf und merken nicht, dass der Scherbenhaufen trotzdem Tag für Tag größer wird! Von Entschuldigung und Besserung keine Spur!

(Beifall von der AfD)

Stattdessen gibt es noch mehr Steuergelder für Sozialpädagogen, Jobcenter, Hartz IV etc. pp. Und auch das ist neu von Ihnen, liebe CDU und FDP: Von Ihnen gibt es jetzt Schaufensteranträge, beispielsweise zu Tihange, ganz wie zu rot-grünen Zeiten – so, als könnten Sie ausländischen Firmen auf fremdem Staatsgebiet erzählen, was sie zu tun oder zu lassen haben.

Grüne Symbolpolitik im schwarz-gelben Gewand, eine milliardenteure Energiewende auf Kosten der

Verbraucher sowie der Energiesicherheit – und kein Wort von Ihnen dazu, diese sogenannte Energiewende endlich ersatzlos zu streichen. Auch hier sind CDU, FDP, SPD und Grüne allesamt gleich.

(Beifall von der AfD)

Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in NRW liegt bei etwa drei Viertel. In keinem anderen Bundesland sind Bergbau und Kohleverstromung so eng miteinander verknüpft wie bei uns. Wird auf höheren Ebenen – das geschieht gerade bei den Sondierungsgesprächen – über einen Ausstieg aus der Kohle verhandelt, muss das Interesse von Nordrhein-Westfalen berücksichtigt werden. Mit 52 Kraftwerksblöcken und einer installierten Bruttoleistung von 25.000 MW hat Nordrhein-Westfalen deutschlandweit die meisten Kohlekraftwerke.

Jedes neue Gesetzesvorhaben für den sogenannten Klimaschutz und jeder neue Grenzwert für den sogenannten Klimaschutz trifft unsere Energieversorgung direkt. Wenn unsere Energieversorgung gefährdet ist, sind damit auch unsere Wettbewerbsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen und schlussendlich auch unsere Wirtschaft gefährdet.

(Beifall von der AfD)

Dieser Erkenntnis folgend, hat Herr Laschet zusammen mit anderen Ministerpräsidenten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg am 17. August 2017 einen Brief an Frau Merkel geschickt mit der Bitte, alle politischen und rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um gegen schärfere EU-Umweltauflagen für Kohlekraftwerke vorzugehen.

Letzten Sonntag folgte dann der Offenbarungseid der noch amtierenden Großen Koalition und eine Ohrfeige für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet. Die Frist, gegen schärfere EU-Umweltauflagen für Kohlekraftwerke zu klagen, ist verstrichen, ohne dass eine Klage erhoben wurde.

Damit hat die Bundesregierung die ab 2021 geltenden verschärften EU-Grenzwerte für die Braunkohlekraftwerke in Kauf genommen und deutlich gemacht, dass die Einwände aus Nordrhein-Westfalen, vorgebracht von Ministerpräsident Laschet, in Berlin bedeutungslos sind – und das, obwohl selbst das Bundesumweltamt sich Anfang dieses Jahres gegen strengere Grenzwerte und Auflagen ausgesprochen hat.

Die Kumpels sind erneut im Stich gelassen worden, und zwar nicht nur von der SPD – das kennen wir ja –, sondern jetzt auch von der CDU. Die Kraftwerksbetreiber hingegen müssen sich jetzt auf die Nachrüstungen einstellen. Experten schätzen die benötigten Investitionen auf 80 Millionen €.

Kein Unternehmen der Welt investiert aber so hohe Millionenbeträge in eine Technologie, wenn es seine Investitionen nicht über einen längeren Zeitraum

amortisieren kann. Und dem steht nun die aktuelle Debatte hinsichtlich der Jamaika-Koalition in Berlin – die nordrhein-westfälische Landesregierung hält sich zurzeit mehr in Berlin als in Düsseldorf auf – deutlich entgegen, wo immer mehr über eine Begrenzung der Laufzeiten von Braunkohlekraftwerken diskutiert wird.

Damit wird die Energiewende, die nach wie vor völlig unausgegoren ist, und die nach Informationen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von heute mindestens 2 Billionen € – also 2.000 Milliarden € – verschlingen wird, noch schneller vorangetrieben, während sich auf der anderen Seite große Strukturbrüche auftun. Ich stelle mir die Frage, wovon denn der Durchschnittsverdiener diesen Wahnsinn künftighin bezahlen soll.

(Beifall von der AfD)

Der Kohlekollaps steht kurz bevor, und das stets auf dem Rücken der Kumpel. Die Landesregierung verliert damit jeden Tag an Glaubwürdigkeit. Der Industriestandort Nordrhein-Westfalen ist durch die Politik von Herrn Laschet und durch sein Versagen in Berlin gefährdet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach Gott!)

In der von den Grünen vorangetriebenen Abschaltdebatte wird immer wieder das Kraftwerk Neurath im Süden von Grevenbroich genannt. Alleine die Kernzahlen dieses Kraftwerks machen deutlich, warum die Energiewende nicht, wie von manchem gewünscht, umgesetzt werden kann. Neurath ist das größte Kraftwerk in ganz Deutschland. Ideal am Tagebau gelegen, wird es auf kürzestem Wege mit Strom aus heimischer Kohle versorgt.

Mit seiner installierten elektrischen Bruttoleistung von über 4.400 MW verfügt es über hinreichend Kapazitäten, um den Grundlaststrom in Nordrhein-Westfalen zu bedienen. Wer abschalten will oder wer, wie Herr Laschet, das Abschalten zulässt, muss auch eine Antwort auf die Frage geben, woher der Strom zukünftig kommen soll. Die Energiewende kann nur dann funktionieren, wenn die Leistung der Kohlekraftwerke mindestens kompensiert wird. Rechnen wir alle Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen zusammen, kommen wir auf eine Gesamtleistung von 3.324 MW. Alle Windkraftanlagen zusammen reichen also nicht einmal aus, um das Kraftwerk Neurath zu ersetzen; es fehlen immer noch 1.076 MW.

Aber nicht nur das, meine Damen und Herren – es darf nämlich in Zukunft auch keine weitere Verspargelung unserer Landschaft geben, keine weitere Zerstörung unserer Natur und keine weitere Belästigung und Belastung für Mensch und Tier durch die Windindustrieanlagen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Vonseiten der Landesregierung fällt ab und zu mal das Stichwort „Energemix“. Aber was bedeutet das denn? So hat die Landesregierung in einer Antwort auf eine unserer Kleinen Anfragen gesagt, dass wir, wenn wir beispielsweise unseren gesamten Strombedarf durch Biogas decken wollten – also auch ein Teil des Energiemixes –, eine Agrarfläche benötigen, die doppelt so groß sein müsste wie ganz Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der AfD: Hehe!)

So etwas ist man vielleicht von den Grünen gewöhnt, aber eigentlich nicht als Politik von einer sich als bürgerlich gebenden Koalition.

Auch bei der inneren Sicherheit: härtere Strafen für Kriminelle? – Fehlanzeige! Lieber wollen CDU und FDP das Schwarzfahren entkriminalisieren. Es ist also wie beim Euro und der Massenzuwanderung: Der Ehrliche bezahlt, der Dreiste wird belohnt. – Das ist Ihre Politik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Verständnis für die Sorgen und Nöte der Polizisten? – Leider auch nur sehr begrenzt. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Plickert beklagt unhaltbare und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen. Schimmel, Schädlingsbefall, starke Geruchsbelästigung und Mäuse – so sieht die Realität in vielen Polizeiwachen in NRW aus. Die GdP hat dafür alleine 18 Beispiele aufgezählt.

Natürlich ist dieser Investitionsstau über Jahre hinweg entstanden, insbesondere unter der rot-grünen Landesregierung. Doch die neue Landesregierung muss der Sanierung maroder Polizeiwachen oberste Priorität einräumen. Und genau dieser Wille ist im Landeshaushalt bislang überhaupt nicht erkennbar.

Wenn man als Polizist bei Großeinsätzen mal einem menschlichen Bedürfnis nachgehen möchte – sprich: man muss zur Toilette –, so stellt sich das fast schon als ein unüberwindbares Hindernis dar. Laut „Rheinischer Post“ vom 10. November 2017 müssen sich bei Großeinsätzen oftmals Hunderte von Beamten wenige Dixi-Klos teilen, und dies zu allem Überfluss auch noch mit teils gewalttätigen Demonstranten. Ernst Walter, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, beschreibt die Zustände in der „Rheinischen Post“ so:

„Manchmal steht dann da sogar nur ein Dixi-Klo für alle. Da kommen die mit ihrer Schutzausrüstung gar nicht rein, das geht gar nicht. Das ist zum Teil gruselig, was da passiert. Man muss sich das nur vorstellen, wie es ist, wenn Hunderte Polizisten auf einem Außeneinsatz keine Toilette haben.“

So weit Herr Walter.

Frauen, die eben nicht wie Männer mal zum nächsten Baum gehen können, trinken bei ihren Einsätzen deswegen wenig und dehydrieren. Das kann doch

nicht wahr sein, dass es der neuen Landesregierung bisher nicht gelungen ist, wenigstens Toilettenlastwagen anzuschaffen, um zumindest dieses Grundbedürfnis unserer Polizei im Einsatz zu stillen.

Oder hat das Innenministerium mittlerweile solche Fahrzeuge in ausreichender Anzahl bestellt, was mir nicht bekannt wäre? Oder hat wenigstens die Anschaffung der Toilettenlastwagen in ausreichender Anzahl im Haushalt Berücksichtigung gefunden? – Auch das ist mir nicht bekannt.

Meine Damen und Herren, Sie als neue Landesregierung müssen doch in den vergangenen sieben Jahren mitbekommen haben, welche Infrastrukturprobleme unsere Polizei hat. Und wenn Sie es nicht mitbekommen haben, was haben Sie dann getan? Geschlafen und Kaffee getrunken, oder was? Das ist doch die Frage, die sich hier stellt!

(Beifall von der AfD)

Wir brauchen eben nicht nur mehr Polizisten, vielmehr braucht unsere Polizei neben besserer Ausrüstung auch akzeptable Rahmenbedingungen, um den schweren Anforderungen, die an die Polizei gestellt werden, gerecht zu werden.

Es ist kein Wunder – und zwar im Gegensatz zu dem, was Herr Römer gerade in seiner Rede sagte –, dass die CDU von den Bürgern laut Umfragen mittlerweile als Partei links der Mitte wahrgenommen wird. Genau das sind Sie mittlerweile.

Nicht einmal die von uns beantragte Demokratieklause, die verhindern soll, dass Extremisten auch noch mit Steuergeldern gepäpelt werden, wollen Sie einführen. Da Sie sich schon so oft in Berlin aufhalten: Wenden Sie sich doch mal an Ihren Berliner Innenexperten Herrn Schuster oder rufen Sie ihn einmal an. Denn genau der will das jetzt auch, genau der will das, was wir hier in diesem Hause beantragt haben, und was von Ihnen, von Schwarz und Gelb, abgelehnt worden ist.

(Beifall von der AfD)

Möglicherweise war Ihnen unser Antrag zu bürgerlich, oder unser Antrag war Ihnen zu antitotalitär – was auch immer. Man fasst sich mittlerweile an den Kopf, was aus dieser NRW-CDU geworden ist.

Als ich in den 80er- und 90er-Jahren bei mir zu Hause den Stadtverband der Schüler Union und der Jungen Union mitgründete und für die CDU Wahlkampf machte, gab es zwar auch schon diese Latschets, aber das wurde eher belustigt aufgenommen. Da hatten sich halt ein paar Leute in der Partei geirrt, das kann ja mal vorkommen. Das haben wir auch schon erlebt.

(Zuruf)

– Ja, ist so. – Da geht es so ein bisschen wie mit Frau Merkel, aber ich muss eingestehen, dass auch wir

Konservativen in der CDU uns damals geirrt haben – geirrt über ihren Machtwillen, der im Grunde genommen den mittlerweile einzigen wesentlichen Programmpunkt der Union darstellt. Dafür – und das ist für unser Land ein schlechter Tausch – haben Sie die CDU Schritt für Schritt entkernt, sie ihrer Werte beraubt und bis zur Unkenntlichkeit den linken Parteien in diesem Lande angeglichen. Genau das erleben wir jetzt hier mit Ihrer Regierungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Von der FDP will ich gar nicht reden. Lesen Sie mal das Buch Ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und schauen Sie sich an, was von den AfD-ähnlichen Tönen im Wahlkampf bei Jamaika übrigbleibt. Ich sage Ihnen: nichts bleibt übrig. Das FDP-Programm – noch dazu, wenn es von der AfD abgeschrieben ist – scheint nur so lange zu gelten, bis der Dienstwagen vor der Tür steht.

(Beifall von der AfD)

Das nächste Beispiel. Während andere europäische Staaten und deutsche Bundesländer die Burka aus der Öffentlichkeit verbannen, heißt es bei Schwarz-Gelb in NRW: Wollen wir nicht, brauchen wir nicht, ist nicht so wichtig.

Ja, wir haben als AfD sogar extra einen Antrag der niedersächsischen CDU-Fraktion vorgelegt, damit Sie endlich einmal zustimmen können.

(Christof Rasche [FDP]: Abgeschrieben! – Zuruf von der AfD: Die CDU hat ihren eigenen Antrag abgelehnt!)

Selbst das war Ihnen zu bürgerlich und zu konservativ. Und wenn Sie meiner Rede damals zugehört hätten, dann wüssten Sie jetzt immer noch, dass ich bereits damals betont habe, dass wir extra und absichtlich den CDU-Antrag aus Niedersachsen genommen und diesen hier vorgelegt haben. Wenn Sie es immer noch nicht wissen, dann schauen Sie sich doch mal das Redemanuskript an, anstatt hier so dumm daherzureden!

(Beifall von der AfD)

Sie können dem also nicht zustimmen; selbst das war Ihnen zu bürgerlich, das war Ihnen zu konservativ. Sie reden wie Claudia Roth gerne von Toleranz und Gleichberechtigung, aber die Gleichberechtigung muslimischer Frauen ist Ihnen völlig schnurz.

(Beifall von der AfD)

Und wo wir schon bei Gleichberechtigung sind: Wie steht es denn mit der Gleichberechtigung hier im Parlament? – Es ist guter Brauch und parlamentarische Sitte, dass jede Fraktion im Präsidium des Landtags vertreten ist, schon weil wir doch alle hier vom Präsidium dieses Hauses die Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg sowie Neutralität erwarten.

Aber dazu waren Sie ja alle miteinander nicht in der Lage. Sie pachten gerne die Begriffe der Demokratie und der Toleranz für sich, aber von deren Inhalt und Wesen haben Sie sich nicht nur beim Thema „Landtagsvizepräsident“ weit entfernt.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Sie haben im Gegenteil mehr als 626.000 nordrhein-westfälische Bürger zu Wählern zweiter Klasse erklärt, indem Sie diesen Wählern eine Vertretung im Parlamentspräsidium vorenthalten und diese Vertretung stattdessen einmal gerade 500.000 grünen Wählern zugeschanzt haben. Und die Erkenntnis hat sich durchgesetzt: Dienstwagen verbinden anscheinend doch über die Grenzen der ach so demokratischen Fraktionen hinweg.

(Beifall von der AfD)

Ich komme zu Minister Holthoff-Pförtner: ein Fall für die vielbeschäftigte Ehrenkommission, dem Sie, Herr Laschet, erst im Nachhinein Teile seines Verantwortungsbereiches nahmen, statt dies von Anfang an zu tun, wie es sich gehört hätte. Ausgerechnet dieser Minister spielt den Empörten, weil mein Kollege Beckamp auf die Folgen der Überbevölkerung in Afrika verweist.

Das ist doch völlig verrückt. Als hätte Herr Beckamp nicht vollkommen recht, indem er auf diese selbstverständliche Erkenntnis hinweist. Es ist diese gespielte Empörung, das gewollte Missverstehen, dieses Schaumbad der Hypermoral. Das ist doch eines Ministers ebenso unwürdig wie die hier erlebte Aufführung von Minister Joachim „die Gosse“ Stamp.

(Beifall von der AfD)

Dabei vergessen Sie offenbar völlig, dass die NRW-Steuerzahler Sie doch hier nicht für Staatsschauspieler bezahlen, sondern für eine möglichst sachliche Politik ohne Ihre ständige moralische Überheblichkeit.

Apropos moralische Überheblichkeit: eine Grünin versuchte sich darin. Nachdem mein Kollege Seifen hier an diesem Platz sehr schön herausgearbeitet hat, wer die Pharisäer und Jakobiner sind, und demokratietheoretisch messerscharf die Zustände analysierte, da kommt die Frau Beer daher und versucht sich daraufhin im Goebbels-Vergleich. Ich zitiere Frau Beer:

„Die unkritische Verwendung des Wortes ‚Altparteien‘ etabliert einen Kampfbegriff des rechten Spektrums und der AfD, dessen Ursprung auf Josef ‚Lügenpresse‘ Goebbels zurückgeht.“

So weit Frau Beer. – Dann hier noch ein paar Zitate, nicht von Frau Beer:

„2,2 Millionen Bundesbürger haben ... dafür gesorgt, dass im Bundestag eine wirkliche Oppositionspartei

vertreten ist, die grundlegende Alternativen zum zerstörerischen Kurs der Altparteien zu bieten hat.“

Oder:

„Die Zahl der Menschen war deutlich angewachsen, die den machtorientierten Altparteien den Rücken kehrten.“

Oder auch dies:

„Abhängigkeiten der Altparteien vom großen Geld einiger Industriekonzerne wurden offenkundig.“

Und einen habe ich noch:

„Das ist weit mehr als bloßer Umweltschutz oder gar technischer Umweltschutz, an dem selbst die Altparteien nicht mehr ganz vorbeikommen.“

Meine Damen und Herren, woher habe ich wohl diese vier Zitate? – Ich habe diese vier Zitate aus dem Bundestagswahlprogramm der Grünen von 1987.

(Beifall von der AfD – Zurufe von der AfD: Hört! Hört! Heuchlerisch! Unglaublich!)

Wenn wir nun einmal annehmen, dass die recht inhaltslosen Äußerungen von Frau Beer im Hinblick auf meinen Kollegen Seifen auch nur annähernd zutreffend wären – was selbstredend nicht der Fall ist –, so muss man ja wohl konstatieren, dass es die Grünen waren, die Goebbelsche Rhetorik in der deutschen Politik wieder salonfähig gemacht haben, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD – Zurufe von der AfD: Jawoll!)

Man muss konstatieren, dass sich die Grünen von Beginn an laut Frau Beer dieses Kampfbegriffs des rechten Spektrums bedient haben, aber heute in Selbstgerechtigkeit suhlend mit dem Finger auf andere zeigen.

(Beifall von der AfD)

Frau Beer, wenn ich Ihrer Diktion folge, stellt sich doch die Frage: Welcher Nazi-Partei gehören Sie eigentlich an?

(Beifall von der AfD)

Dabei ist es doch Ihre sogenannte Zuwanderungspolitik, die Zuwanderungspolitik der alten Parteien oder meinerseits auch, um mit den Grünen zu sprechen, der Altparteien, die den Antisemitismus in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen wieder wachsen lässt, was nicht zuletzt bei der Gedenkveranstaltung der jüdischen Gemeinde in Mönchengladbach zur Sprache kam. Derartige Beiträge von Ihnen, Frau Beer, sind daher nicht nur peinlich, sondern eine wahre Schande.

(Beifall von der AfD)

Wenn hier ahistorische Vergleiche zu NS-Verbrechen gezogen werden, wenn Sinn und Bedeutung von Toleranz und demokratischem Miteinander nicht mehr erfasst werden, kann es natürlich sein, dass nicht Sie, Frau Beer, persönlich für diesen Missgriff verantwortlich sind, sondern dass das den Versäumnissen geschuldet ist, die dem Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen anzulasten sind.

(Beifall von der AfD)

Der bildungspolitische Trend ist dem Haushaltsplan klar zu entnehmen: die Vernachlässigung der anderen Schulformen zugunsten von Gymnasien und Gesamtschulen. Die Schülerzahlen scheinen dies zu belegen – allerdings nur deshalb, weil die Politik dazu die Anreize gesetzt hat. Die Marginalisierung nicht gewünschter Schulformen hat heute dazu geführt, dass an allen Schulen Bedarfe im Sozialbereich angestiegen sind.

Der Trend zum sogenannten gemeinsamen Lernen schafft hyperheterogene Lerngruppen, in denen schwierige gruppenspezifische Prozesse ablaufen, die schwerer zu handeln sind als in Lerngruppen mit einer höheren Homogenität, in der sich die einzelnen Schüler und Schülerinnen als Teil einer gemeinsamen Lern- und Leistungsgemeinschaft begreifen. Hier kann die Motivation, etwas zu lernen und mitzuarbeiten, von der Gruppe selbst gestützt und befördert werden.

Die Gruppen des sogenannten Gemeinsamen Lernens hingegen weisen isoliert für sich lernende Kleingruppen auf, welche mit sich selbst beschäftigt auf viel höherem Grade Störpotenzial entfalten. Es ist eben so, dass die Dorfschule des 18. Jahrhunderts nicht so effizient ist wie die begabungsgerechte Regelschule des 20. Jahrhunderts. Aber das wollen Sie nicht hören.

(Beifall von der AfD)

Diese Erkenntnis hat sich bei Ihnen noch nicht durchgesetzt. Stattdessen doktern Sie nun an den Verwerfungen rot-grüner Bildungspolitik herum, der Sie keinen großen Widerstand entgegengesetzt haben. Sie müssen jetzt natürlich Geld einsetzen für Schulsozialarbeit, die bis in die 80er-Jahre hinein nur in seltenen Fällen notwendig war. Jetzt aber sind die Schulsozialarbeit und der Einsatz multiprofessioneller Teams bitter notwendig. Trotzdem beklagt man seitens der Wirtschaft die unzureichende Qualifizierung der Schulabgänger.

Auch die Investitionen in das Evaluationsinstrument QUA-LiS kann die Misere nicht beseitigen. QUA-LiS bedeutet Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule. Dafür geben Sie rund 13 Millionen € aus, ohne dass sich an der Qualität der Lernergebnisse auch nur irgendetwas verbessern würde. Früher waren die jeweiligen Dezernate in den

Bezirksregierungen für die Qualitätssicherung zuständig. Die heutige Praxis ist nicht nur extrem teuer, sondern auch inhaltlich ineffizient.

Wenn Grundschulrektoren den Unterricht im Gymnasium begutachten, muss das nicht immer zielführend sein – übrigens auch nicht umgekehrt. Vor allem kommt bei den Berichten von QUA-LiS immer das gleiche Ergebnis heraus: die Aufforderung, den Anteil offener Unterrichtsformen zu erhöhen und die Lehrpläne zu überarbeiten. Es ist eine sich ständig fortschreibende Verschlimmbesserung.

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

In den Schulen wird dies übrigens bereits süffisant kommentiert. Hier zeigt sich also wieder: Man sollte – das erwarte ich eigentlich von einer sich konservativ gebenden Partei wie der CDU – althergebrachte Strukturen modifizieren und an die Gegebenheiten anpassen, aber nicht einfach mit einem Federstrich beseitigen.

(Beifall von der AfD)

Übertragen Sie die Evaluation von Schulen wieder den dafür zuständigen Fachdezernenten und versorgen Sie die Dezernate mit dem dafür notwendigen Personal.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung suggeriert einen Wechsel in der Bildungspolitik. Sie dreht auch an einigen Stellschrauben mit dem Versprechen, endlich wieder für Qualität zu sorgen, setzt aber letztlich die große Linie der verfehlten rot-grünen Bildungspolitik fort.

Das ist aber auch kein Wunder, denn die Ministerin, die erfreulicherweise noch hier ist, weiß nicht, welche finanziellen, sachlichen und inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um an den Schulen gute Bildungsarbeit zu leisten. Sie lässt sich also deshalb beraten. Es ist durchaus lobenswert, wenn man sich beraten lässt, aber sie lässt sich von denselben Ratgebern beraten, die der grünen Frau Löhrmann die unseligen Vorstellungen eingeflößt haben, welche zur Bildungskatastrophe in NRW geführt haben.

(Beifall von der AfD)

Ein Paradebeispiel ist der Vollzug von G9, der nur halbherzig erfolgt. Mit Trickereien hebt die Ministerin das Volksbegehren aus, indem sie die Terminierung für ihre G9-Konzeption parallel zur Frist für die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens Ende November legt. Gegen den Willen der Eltern möchte die Ministerin Ganztags mit Zwang durchsetzen, obwohl eine klare Mehrheit der Gymnasialeltern gerade eben dies nicht wünscht. Letztlich stehen Schüler, Eltern und Lehrer vor einer ungewissen Zukunft. Einen wirklichen Plan scheint die Landesregierung hier nicht zu haben.

Das Gleiche gilt für die zieldifferente Inklusion. Die Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf gemeinsam mit Regelschulkindern geht vor allem am Bedürfnis der Kinder vorbei, die der besonderen Unterstützung bedürfen. Diese kommen in den Regelschulen nicht zu ihrem Recht, denn ob sie in einer gemeinsamen Lerngruppe alleine besondere Aufgaben lösen müssen oder getrennt von ihrer Klasse in gesonderten Räumen mit Förderlehrkraft unterrichtet werden: Immer erfahren diese Kinder ihre besondere Situation.

Sowohl der soziale als auch der pädagogische als auch der unterrichtliche Nutzen der zieldifferenten Inklusion ist nicht nur mehr als zweifelhaft; er ist schlicht und ergreifend nicht gegeben. Unsere Verfahren wussten schon, warum sie das begabungsgerechte Schulsystem entwickelt haben: aus Menschenfreundlichkeit und dem Willen, jedem Kind eine Chance zu geben und ihm Freude zu bereiten bei der Entwicklung seiner Persönlichkeit und bei seinen Lernfortschritten.

Dass Sie das Experiment der zieldifferenten Inklusion auf Kosten der Kinder weiterfahren, wird man Ihnen zu einer späteren Zeit als besondere Form der Verbohrtheit vorwerfen. Was tun Sie den betroffenen Kindern damit eigentlich an? Haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht? – Ich glaube nicht.

(Beifall von der AfD)

Vorzuwerfen ist Ihnen ebenfalls, dass auch zum Thema Linksextremismus nicht viel kommt. Anstatt sich auch haushalterisch in Äquidistanz zu jeglichem Extremismus zu verorten, belassen Sie es bei dem sachlich in keiner Weise zu rechtfertigenden massiven Ungleichgewicht zugunsten der Linksextremisten. Auch hier räumt Schwarz-Gelb leider bürgerliche Positionen. Sind Sie für den Kampf gegen linke Extremisten zu schwach, oder fühlen Sie sich denen als mittlerweile eine Partei der linken Mitte zu nahe?

(Beifall von der AfD)

Ich kann diese Frage nicht beantworten.

Aber ob beim Schröpfen der Sparer, beim Ausnehmen der Steuerzahler, bei der ungezügelten Massenzuwanderung, der nicht vollzogenen Abschiebungen, der unsinnigen Energiewende, der verfehlten Inklusionspolitik oder bei den von Ihnen nicht gewünschten Volksabstimmungen – es wäre ja noch schöner, wenn das Volk irgendetwas zu sagen hätte! – wähen Sie große Teile der Presse dabei an Ihrer Seite. Was die alten Medien angeht, haben Sie da nicht einmal unrecht. Schließlich verorten sich Journalisten laut wissenschaftlichen Studien selbst ganz überwiegend links der Mitte. Da hat eine Regierung wie Schwarz-Gelb in NRW natürlich nicht so viel zu befürchten.

Während andere in der Union zumindest über eine Reform im Sinne einer massiven Verschlinkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachdenken, kommt von Ihnen gar nichts. Lieber zwingen Sie die Bürger, für Fernseh- und Radioprogramme zu bezahlen, selbst wenn sie diese gar nicht sehen oder hören wollen. Aber das wird Ihnen nichts nutzen; denn immer mehr Menschen informieren sich außerhalb der alten Medien unseres Staatsfunks und entziehen sich damit einer immer mehr als Propaganda empfundenen Vermischung aus Nachricht und Meinung.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, wir werden hier auch weiterhin eine konstruktive bürgerliche Opposition sein. Wir werden weiterhin Plenarwoche für Plenarwoche Anträge und Gesetzentwürfe einbringen, obwohl Sie nicht einmal dann zustimmen, wenn diese eins zu eins Ihrer Programmlage entsprechen. Ganz nebenbei stellt sich mir die Frage, ob Ihnen dieses Kindergartenverhalten eigentlich noch Spaß macht oder ob Ihnen das auf Dauer nicht zu entwürdigend ist. Aber es ist Ihre Würde, mit der Sie spielen, und nicht meine.

(Beifall von der AfD)

Wir sind auch bei Ihnen, wenn Sie in kleinen Schritten zumindest einige rot-grüne Sünden tilgen. Keinen freute es mehr als uns, wenn Sie sich wieder Ihrer bürgerlichen, konservativen, klassisch-liberalen und patriotischen Wurzeln besinnen würden. Aber wir werden entschieden Widerstand leisten, wenn Sie hier – wie es sich leider andeutet – einfach nur rot-grüne Politik mit besser sitzenden Anzügen und etwas Mitte-Rhetorik machen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Minister Hendrik Wüst: Immerhin!)

Wir sind nicht nur der Sachwalter der AfD-Wähler, sondern auch eines großen Teils Ihrer Wähler, falls Sie das noch nicht gemerkt haben, die noch nicht ganz bei uns angekommen waren, sich von Ihnen aber mehr erhofft hatten als dieses nun zwar kraftlose und sehr lasche „Weiter so!“

Auch Ihre ehemaligen Wähler, die von Ihnen etwas anderes, nämlich einen echten Politikwechsel erwartet hatten, haben mit uns ein Druckmittel. Sie haben es in der Hand, unser Nordrhein-Westfalen wirklich zu verbessern oder die AfD weiter groß und stark zu machen. Dabei wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Wagner. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, muss ich Ihnen leider eine

Rüge erteilen, Herr Fraktionsvorsitzender. Wir werden in diesem Hohen Haus auch in Zukunft keine Beschimpfungen – insbesondere in Verbindung mit Namensnennungen – zulassen. Das muss ich rügen. Das war unparlamentarisch. Ich denke, Sie wissen, worum es geht, sodass ich es nicht wiederholen muss.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Das wissen Sie nicht? Dann sage ich es Ihnen.

Ich wiederhole es bewusst noch einmal, damit Sie wissen, was Sie gesagt haben. Das wird hier im Hohen Hause nicht geduldet. Das kann ich Ihnen ganz klar sagen. Es gibt es hier nicht, dass Sie einen Minister oder einen Abgeordnetenkollegen mit den Worten: „Joachim ‚die Gosse‘ Stamp“ ansprechen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wenn andere sich so im Ton vergreifen, werden sie – jedenfalls was meine Sitzungsleitung betrifft – genauso gerügt.

(Zuruf von der AfD: Darauf warten wir gern!)

Ich nehme an, dass meine Kolleginnen und Kollegen das genauso sehen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Nehmen Sie es so zur Kenntnis. Danke schön.

Für den nächsten Redebeitrag steht der Finanzminister des Landes hier auf der Liste. Herr Lienenkämper, Sie haben das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben wirklich viel Stoff für die Beratung dieses Landeshaushalts in den Ausschüssen. Dem will ich im Detail nicht vorgreifen. Ich will nur die eine oder andere sachliche Feststellung treffen und einiges richtigstellen.

Das Erste betrifft Herrn Römer. Sie haben über die Überschüsse in den Planungen der alten Regierung und in den Planungen gesprochen, die wir jetzt mit der Mittelfristigen Finanzplanung vorgelegt haben. Ich will das nur für das Protokoll zurechtrücken. Sie haben gesagt, wir planten mit weniger Überschüssen als die alte Regierung geplant hat. Nur zum Vergleich nenne ich die Zahlen. Wir vergleichen die Mittelfristige Finanzplanung, wie sie im Dezember 2016 in diesem Hohen Haus beschlossen wurde, und unsere Mittelfristige Finanzplanung.

Beschluss Rot-Grün vom Dezember 2016: Neuverschuldung im Jahr 2018 397 Millionen €,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Plan 0 €, meine Damen und Herren.

Beschluss Rot-Grün für das Jahr 2019: Geplante Neuverschuldung 70 Millionen €. – Unsere Mittelfristige Finanzplanung sieht einen Überschuss von 30 Millionen € vor.

Für das Jahr 2020 lautet der Beschluss von Rot-Grün: Überschuss geplant 931 Millionen €. – Dagegen unsere Mittelfristige Finanzplanung: Überschuss von 1,1 Milliarden €.

Sie sehen, wir planen mehr Überschüsse und weniger Verschuldung als Rot-Grün hier beschlossen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich habe überlegt, worauf Sie sich möglicherweise bezogen haben. Vielleicht haben Sie sich auf die unterjährigen Annahmen meines Amtsvorgängers bezogen. Diese sind hier aber nie beschlossen worden. Die hat er immer nur auf Pressekonferenzen vertont. Ich glaube, sie wären von den Grünen damals auch gar nicht mitgetragen worden; denn in diesen Annahmen sind sowohl die Kürzungen um 6.674 Lehrerstellen enthalten als auch die Mehrausgaben nicht berücksichtigt. Damit sich das aber zuerst einmal gut anhört, sind die Steuereinnahmen willkürlich um 1 Milliarde € pro Jahr erhöht worden.

Das war insofern folgenlos, als dass es hier nie beschlossen worden ist. Ich will aber für alle, die es wirklich interessiert, deutlich machen: Das ist die Politik der Vorgängerregierung gewesen. Wir machen das solide und anständig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann will ich ausdrücklich sagen, Frau Kollegin Dücker: In Ihrer Rede ist sehr viel enthalten, was wir fair, bei manchen Themen auch kontrovers, aber sachlich in den Ausschüssen besprechen werden. Das will ich ausdrücklich konzедieren.

Ich will nur einen Bereich herausgreifen, weil es auch ein Zitat aus der Zeitung war – Herr Plickert ist zitiert worden –, damit nicht der Eindruck entsteht, die Stellenzuwächse beim Innenministerium würden aus dem eigenen Etat bezahlt. Diese Annahme verstößt schon gegen Denkgesetze. Denn denknotwendigerweise wäre das nur dann der Fall, wenn der Etat nicht gestiegen, sondern gleichgeblieben wäre. Wenn ich bei einem gleichbleibenden Etat zusätzliche Stellen etatisiere, kann man auf die Idee kommen, dass diese Stellen aus dem Etat bezahlt werden. Da in diesem Bereich die Etatsteigerung aber mehr als 8 % beträgt, sind für jeden erkennbar diese Stellen aus Zuwächsen bezahlt worden und nicht aus dem Haushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Das soll es aus meiner Sicht für diese Debatte gewesen sein. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung und auf die Beratungen im Ausschuss.

Eine letzte Bemerkung zur AfD. Ich bin als Parlamentarier dezidiert der Auffassung, dass in diesem Hohen Haus jeder Wortbeitrag eines jeden Kollegen, egal, wo er herkommt, den Anspruch hat, entsprechend seiner inhaltlichen Bedeutung von allen anderen gewürdigt zu werden. Das mache ich hiermit. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Den letzten Worten des Finanzministers, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Präsident, schließe ich mich ausdrücklich an.

Ich möchte mit dem Beitrag von Herrn Löttgen beginnen. Ich will das sehr in Ruhe vortragen, weil das, glaube ich, im Hinblick auf den Umgang miteinander wichtig ist. Wir in der SPD-Fraktion haben Ihre Worte, die Sie gerade gegenüber Herrn Römer geäußert haben, so verstanden, dass er Wasser auf die Mühlen der Demokratiefeinde gegossen hat. So ist das bei uns angekommen. Wenn das nicht so gemeint war, bitte ich Sie, das klarzustellen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Lesen Sie es einfach noch einmal nach, Herr Zimkeit! Lesen Sie es nach!)

Wenn es so gemeint war, dann sagen wir in aller Deutlichkeit: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keine Nachhilfe in Demokratie nötig, schon gar nicht von Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Wenn es so gemeint war, dann in aller Deutlichkeit.

(Bodo Löttgen [CDU]: Und wenn es nicht so gemeint war und nicht so dort steht, dann nehmen Sie es zurück?)

– Ich habe extra gefragt. Wenn es nicht so gemeint war, dann stellen Sie es bitte klar. Ich habe nur deutlich gemacht, wie es bei uns angekommen ist und dass wir das nicht so stehen lassen wollen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das habe ich nicht so gesagt!)

Wenn es, wie gesagt, nicht so gemeint war, nehmen wir das gerne so zur Kenntnis. Denn es ist, glaube ich, wichtig, im Glashaus nicht mit Steinen zu schmeißen. Herr Löttgen, Sie haben sich über die Form beschwert, in der die Opposition Kritik übt. Es ist klar, dass es den Koalitionsfraktionen nicht passt,

wenn Kritik geübt wird. Aber man sollte dabei auch die eigenen Maßstäbe ansetzen.

Bei Ihnen, Herr Löttgen, zwei Dinge zu den eigenen Maßstäben. Wenn Sie sich hier hinstellen und die Beiträge von anderen Kolleginnen und Kollegen „armselig“ nennen, dann sollten Sie vielleicht nicht so kleinlich auf andere harte Auseinandersetzungen reagieren, wie Sie das tun.

(Beifall von der SPD)

Richtig ernst genommen hätten wir Ihre Worte und hätten Ihnen den geforderten Respekt sehr gerne entgegengebracht, wenn Sie die in Ihrem Redebeitrag, als Sie das Thema sogar angesprochen haben, die Stärke gezeigt hätten, Ihre Falschaussagen aus der Debatte zum Nachtragshaushalt 2017 gegenüber Frau Kraft richtigzustellen und sich zu entschuldigen. Dieses Verhalten hätte Respekt verdient. Leider konnten Sie sich dazu nicht durchringen. Das finde ich sehr schade.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich nun zum Haushalt kommen. Dazu gibt es nämlich auch einiges zu sagen. Zunächst einmal zeigt der Haushalt, dass die Koalition, insbesondere die CDU, das Beispiel von Sankt Martin nicht so richtig verstanden hat. Die Kollegin Scharrenbach hat, wie man es tun kann, gefordert, dass man Sankt Martin ernster nehmen soll, dass man diese Tradition pflegen soll. Man könnte noch fragen, wie alt diese Tradition ist. Aber das klären wir irgendwo anders. – Das finde ich gut, denn Sankt Martin steht für soziales Verhalten.

Nur tut diese Landesregierung genau das Gegenteil. Sie nimmt nicht den eigenen Mantel und teilt ihn, sondern sie nimmt armen Leuten das bisschen Mantel weg, das sie haben, teilt das und verteilt es weiter. Das wird besonders deutlich – das ist schon gesagt worden – bei der Frage des Sozialtickets. Sie nehmen Hartz-IV-Empfängern Geld für die Mobilität weg, um es Auszubildenden, die es brauchen, zu geben. Das ist nicht Sankt Martin, das ist unsozial, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Sie reden über Chancen, die Menschen brauchen, die eröffnet werden sollen. Aber Menschen, die es am schwersten haben, diese Chancen zu bekommen, die einen sozialen Arbeitsmarkt brauchen, nehmen Sie diese Chancen weg, indem Sie in diesem Jahr für den sozialen Arbeitsmarkt 33 % weniger ausgeben wollen. Auch das ist nicht Sankt Martin, sondern ist unsozial.

In dem Beitrag von Herrn Rasche wurde deutlich, wie unterschiedlich unser Herangehen an soziale Gerechtigkeit ist. Ich finde es schon bezeichnend, dass niemand von der CDU, sondern nur Herr Rasche

über die Sozialpolitik spricht. Wenn Herr Rasche sagt, für uns müssen alle Menschen gleich behandelt werden, dann zeigt das, dass hier Sozialpolitik nicht verstanden worden ist. Denn es gibt Menschen, die mehr Unterstützung brauchen als andere. Es gibt Menschen, die einen sozialen Arbeitsmarkt brauchen. Die müssen besonders unterstützt werden. Es ist skandalös, dass Sie die einzigen Einsparungen ausschließlich in diesem Bereich vornehmen.

(Beifall von der SPD)

Ein weiteres interessantes Vorgehen zeigen Sie bei Ihrer Kehrtwende zu den neuen Stellen. Darüber hat ja heute die „Rheinische Post“ berichtet.

Dann begründet der Finanzminister die neuen Stellen mit neuen Aufgabenfeldern. Herrn Witzel hat der Finanzminister wahrscheinlich nie zugehört, auch seinen eigenen Fraktionskollegen nicht. CDU und FDP haben von diesem Pult immer wieder gesagt: Neue Aufgaben müssen durch Einsparungen finanziert werden. Sie tun das Gegenteil.

Bei dieser Kehrtwende setzt Herr Rasche für die FDP einen obendrauf. Er stellt es als Erfolg Ihrer Politik dar, dass neue Abteilungen in Ministerien gegründet würden. Das ist das komplette Gegenteil von dem, von dem Sie immer gesprochen haben. Sie bauen mehr Bürokratie auf, anstatt Bürokratie abzubauen und gegenfinanzieren das mit sozialen Kürzungen. Das ist Ihre Linie in diesem Haushalt.

Ich komme zu den Einsparungen von 131 Millionen €. Auf die Frage bei der Pressekonferenz von Journalistinnen und Journalisten „Wo konkret, Herr Lienenkämper, ist das denn?“ sind Sie die Antwort schuldig geblieben. Da sollen die Ministerien mal irgendwo schauen.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder ist das Latschets Luftnummer, der diese angekündigt hat, aber die kommen nicht, oder – was mir mehr der Fall zu sein scheint – Sie verschieben Ihre politische Verantwortung für Einsparungen auf die Ministerien, weil Sie entweder nicht die Kraft oder den Willen haben zu entscheiden, in welchen Förderprogrammen gekürzt werden soll. Sie drücken sich vor der Verantwortung, die Sie in dieser Frage haben.

Nun zu Ihren Äußerungen gerade hier zu dem Vergleich der Zahlen. Ja, Sie haben es deutlich gemacht, haben allerdings auch in erschreckender Weise Ihre Unkenntnis bewiesen. Die Aussage, die Mittelfristige Finanzplanung sei beschlossen worden, ist schlicht und einfach falsch. Mittelfristige Finanzplanungen werden zur Kenntnis genommen, aber nicht beschlossen. Das aber nur am Rande.

Doch was Sie natürlich versuchen zu ignorieren bei dem, was Sie darstellen, ist, dass zwischen der Mittelfristigen Finanzplanung der rot-grünen Regierung und Ihren Zahlen heute Steuerschätzungen mit Milliarden Euro zusätzlichen Einnahmen liegen. Der

Skandal ist doch, dass Sie es trotz Rekordsteuereinnahmen nicht schaffen, Schulden abzubauen, obwohl Sie es immer versprochen haben.

Die Rechnung ist doch eine ganz einfache. In dem Plan von Rot-Grün waren ursprünglich 400 Millionen € Schulden bei 1 Milliarde € mehr Steuereinnahmen vorgesehen. Da bleibt schon mal ein Plus von 600 Millionen €, das Sie eben nicht wie versprochen zur Schuldentilgung genutzt haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Hat er vergessen zu sagen!)

Das zeigt, dass Sie Politik nach dem Motto „Was stört mich mein Geschwätz von gestern“, machen.

Auch Ihre Äußerung, da sei nichts schöngerechnet, ist falsch. Sie haben 100 Millionen € jetzt in diesem Haushalt 2018, die Sie den Kommunen für die Krankenhausfinanzierung wegnehmen. Wir haben Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, die Kommunen zu schonen. Diese 100 Millionen € hätten eigentlich im letzten Jahr ..., in dem die Investitionen beschlossen worden sind. Die ziehen Sie in dieses Jahr hinüber, um Ihren Haushalt zu schönen.

Sie haben beim Pensionsfonds 120 Millionen € aus dem letzten Jahr genommen und ziehen sie hinüber, um Ihren Haushalt zu verbessern. Da stellen Sie sich hin, Herr Lienenkämper, und sagen: Es ist gut. Wir benutzen da ein gutes Instrumentarium der letzten Landesregierung.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, das ist so. Aber Ihre Koalitionsfraktionen haben dieses Instrumentarium von diesem Pult aus beschimpft, haben es als Haushaltstricksereien bezeichnet. Offenbar scheint es große Unterschiede in der Bewertung zwischen Ihnen und Ihren Koalitionsfraktionen zu geben.

Aber der Pensionsfonds ist die zweite Trickserei, und die dritte Trickserei ist das Kita-Rettungspaket. Wir haben übrigens nie, wie hier gerade von Herrn Rasche behauptet worden ist, Kritik an Geld für das Kita-Rettungspaket geübt, sondern das haben wir ausdrücklich unterstützt. Wir sagen, es ist schlecht gemacht. Dazu kommen wir noch. Aber diese Mittel hätten eigentlich auf drei Jahre verteilt in den Haushalt gehört, weil sie auch auf drei Jahre verteilt ausbezahlt werden müssen. Das ist auch eine Verschiebung.

Alein mit diesen Tricks rechnen Sie Ihren Haushalt um 500 Millionen € schön, die Ihnen sonst für die schwarze Null fehlen würden. Das ist Ihre Vorgehensweise.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Angesprochen hatte ich schon die inhaltliche Wende der FDP, dass sie etwas völlig anderes tut, als sie bisher gesagt hat und neue Abteilungen – ich sagte es bereits – als großen Erfolg der FDP-Politik feiert. Das ist schon sehr interessant.

Wenn Sie allerdings dann in diesem Zusammenhang von Stillfragen sprechen, Herr Rasche, dann sollten Sie vielleicht doch noch mal nachdenken.

Ein Beispiel für eine Stillfrage haben Sie uns gerade deutlich vorgeführt. Sie haben gesagt: Wir haben kw-Vermerke bei Lehrerinnen und Lehrern gestrichen, wir haben im Haushalt 2018 die Besoldung für die stellvertretenden Schulleiter erhöht.

Ja, das haben Sie getan. Aber im Nachtragshaushalt 2017, wo wir genau dies beantragt haben, haben Sie das noch abgelehnt; und dann laden Sie uns hier zur Zusammenarbeit ein. Hier Anträge abzulehnen, weil „SPD“ darüber steht, und dann das Gleiche im nächsten Jahr zu machen, das ist mehr als billig und kann Stil eigentlich nicht begründen.

Bei Stillfragen haben Sie auch das Verhältnis der Koalitionäre untereinander angesprochen: Bei Ihnen gäbe es keinen Streit.

Sie waren nicht in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Hier ist öffentlich in einem Ausschuss eine Debatte über die Fusion der Sparkassenverbände entstanden. Dazu hat der Staatssekretär von der CDU gesagt: In dieser Legislaturperiode werden wir keine diesbezügliche gesetzliche Regelung treffen. Herr Witzel von der FDP hat gesagt: Das steht zwar nicht im Koalitionsvertrag, aber ob das gemacht wird oder nicht, ist noch nicht entschieden. – Das machen Sie qua Debatte im HFA und erklären trotzdem, es gäbe keinen Streit in Ihrer Koalition. Da sind Sie wohl schlecht unterrichtet, Herr Rasche.

Bei einer letzten Stillfrage, die ich ansprechen will, geht es um den von Ihnen erwähnten Umgang der Landesregierung mit der Öffentlichkeit und das, was wir dazu beim Nachtrag zum Thema Krankenhausfinanzierung erlebt haben. Stil dieser Regierung ist es, die kommunalen Spitzenverbände über 100 Millionen € zusätzlicher Ausgaben über die Presse zu informieren. Wenn das der Stil der neuen Regierung ist, dann kann ich nur sagen „Gute Nacht!“ und vor allen Dingen „Die armen Kommunen!“

(Beifall von der SPD)

Das Stichwort „Kommunen“ will ich aufgreifen, weil Herr Löttgen einen Exkurs zur Solidarität gemacht hat, der ziemlich schiefgegangen ist. Was ist denn die Belastung der Kommunen? Über die 100 Millionen € für Krankenhausfinanzierungen und wie die auf den Weg gebracht worden sind, haben wir schon gesprochen.

Aber auch beim Stärkungspakt lassen Sie sich feiern für die 91 Millionen € weniger, die Sie dann von finanziell besser gestellten Kommunen haben. Aber was tun Sie denn in diesem Paket? Kommunen, von denen Solidaritätsbeitrag gezahlt wird, die finanziell besser gestellt werden, entlasten Sie in diesem Gesamtpaket um 40 € pro Einwohner und um weniger als 4 € alle anderen Kommunen. Sprich: Ihre Solidarität heißt: Wir geben es denen, denen es finanziell gut geht und geben es nicht denen, denen es finanziell schlecht geht. – Wir haben einen anderen Begriff von Solidarität.

Auch was die Frage der Finanzierung von Flüchtlingen angeht, haben wir eine andere Auffassung von Solidarität. Es ist schon angesprochen worden, aber ich wiederhole es: Sie sparen 1 Milliarde € an Ausgaben ein, die nicht zustande kommen, weil die Flüchtlingszahlen zurückgegangen sind. Das ist 1 Milliarde € mehr, die Ihrem Haushalt zur Verfügung steht.

Trotz aller Versprechungen bekommen die Kommunen davon keinen Cent zur besseren Unterstützung ihrer Lage. Das verstehen wir nicht unter Solidarität. Wenn Sie das unter Solidarität verstehen, ist das Ihr Problem. Wir wissen: Die Kommunen brauchen in dem Bereich eine stärkere Unterstützung. – Wir werden Ihnen sicherlich Gelegenheit geben, Ihre Versprechung in dieser Hinsicht noch einzuhalten.

Der Haushalt ist unsozial und unsolide, er ist konzept- und ideenlos, er ist kommunalfeindlich, und er schafft die schwarze Null nur wegen Rekordsteuereinnahmen und Haushaltstricks. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich kein Wunder, dass dieser Haushalt nur von Herrn Lienenkämper und Herrn Rasche gelobt wird und sonst eigentlich von niemandem. – Schönen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Ich darf nun für die AfD Herrn Seifen das Wort erteilen.

Helmut Seifen (AfD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt zu dem, was der Fraktionsvorsitzende der AfD vorgetragen hat, nur noch wenig zu ergänzen.

Was die Schulpolitik angeht, möchte ich noch ein Beispiel herausgreifen, das verdeutlicht, wie groß die Misere ist, die die Politik nicht nur der letzten zehn, sondern im Grunde genommen der letzten zwölf Jahre zurückgelassen hat; denn das Ganze fing eigentlich schon unter der Rüttgers-Regierung an.

Es sind sehr viele Rektorenstellen unbesetzt – sowohl in den Grundschulen als auch in den Hauptschulen. Das verdeutlicht und ist ein Symptom dafür, dass hier etwas nicht stimmen kann; denn normalerweise – ich will nicht sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen sich darum reißen, eine Leitungsstelle zu

bekommen – gab es bisher immer wieder genügend Lehrkräfte, die es spannend fanden, zu gestalten.

Wenn die Misere nun so groß ist, dass wir in aller Not die Besoldungsstufe anheben mussten, damit wir überhaupt Lehrkräfte dafür bekommen, dann verdeutlicht das, dass es um unser Schulsystem nicht so gut bestellt sein kann.

Das ist vor allen Dingen bei den Grund- und Hauptschulen so. Gehen Sie einmal in einige Ballungsgebiete und beobachten da Hauptschulen! Dann werden Sie feststellen, dass das Unterrichten dort eine wirklich sehr große Last ist. Da herrscht manchmal blanke Gewalt, und die Lehrkräfte haben tatsächlich Angst vor den Schülern.

Zu all dem ist hier nichts gesagt worden – auch nicht bei den Ausführungen zur Schulpolitik.

Nun mussten Sie natürlich reagieren. Die Anhebung der Besoldungsstufe für Direktoren war die Konsequenz. Im Augenblick bleibt Ihnen auch nichts anderes übrig, als diese Anreize zu bieten. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Besoldungsstufe für Konrektoren jetzt ebenfalls angehoben wird.

Trotzdem scheint mir das alles wenig durchdacht und wieder nur auf kurze Wirkung angelegt zu sein. Denn wie lange wird der Anreiz anhalten? Wenn Sie die Pläne verwirklichen, auch die Besoldungsstufen für die Lehrkräfte von Grund- und Hauptschulen anzuheben, werden Sie wieder vor dem gleichen Problem stehen wie jetzt, Direktoren und Konrektoren zu finden. Denn wer wird sich den Herausforderungen der Leitungsämter stellen, wenn man das Geld auch leichter verdienen kann?

Wollen Sie dann die Gehälter der Konrektoren und Direktoren auf A15 und A16 anheben? Glauben Sie, damit dann Gerechtigkeit in der Besoldungsstruktur zu schaffen? – Ich glaube das nicht.

Der Weg, den Sie jetzt beschreiten, führt Sie immer weiter in unwegsames Gelände, aus dem Sie keinen Ausweg mehr finden. Sie werden es sehen. Die Geldanreize, die Sie nun setzen, werden bald ihre Verführungskraft verlieren.

Wenn Sie nicht in der Bildungspolitik radikal umsteuern und sich endlich auf die Grundstrukturen besinnen, die unser Bildungssystem für über ein Jahrhundert ausgezeichnet haben, werden Sie an der augenblicklichen Situation nichts verbessern. Das wäre schade für die Lehrkräfte, noch schlimmer für die einzelnen Kinder und vor allem auch besorgniserregend für die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Im Augenblick bezweifle ich aber sehr stark, dass Sie die Einsicht, die Kraft und vor allem den Willen haben, um die notwendigen Schritte einzuleiten. So werden noch weitere fünf Jahre ungenutzt ins Land

gehen, bis endlich Politiker der AfD beginnen können, die von Ihnen verursachten Schäden wieder zu reparieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke schön. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zum Haushaltsgesetz 2018 und zum Haushaltsbegleitgesetz 2018 angelangt. Einzelne Fraktionen hätten zwar noch Redezeit; mir liegen aber keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu vor.

Somit kommen wir zu einem weiteren Teil des Tagesordnungspunktes 1, nämlich der Einbringung des Entwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. – Ich erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte sehr.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich Ihnen zu Beginn der Einbringung der Gemeindefinanzierung für das Jahr 2018 drei Zahlen aus dem Finanzmittelsaldo und den Verbindlichkeiten für das Jahr 2016 dazu vorstellen, wie sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eigentlich entwickelt haben. Sie stammen aus der Kasernenstatistik, die Ihnen zeitnah zugehen wird.

Insgesamt haben die nordrhein-westfälischen Kommunen das Jahr 2016 per Saldo mit einem Finanzmittelfehlbetrag von rund 312 Millionen € abgeschlossen. Wie gesagt, ist das ein Saldo.

Zum einen konnten die Kommunen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen Überschuss in Höhe von knapp 1,7 Milliarden € erzielen; das ist ein deutliches Plus gegenüber dem Jahr 2015.

Zum anderen – das ist das Negative, in diesem Fall aber durchaus Positive – haben die Kommunen wieder mehr investiert, und zwar im Jahr 2016 fast 2 Milliarden €, die letztendlich zu einem negativen Investitionssaldo führen.

Diese drei Zahlen verdeutlichen, dass unverändert Handlungsbedarf bei der Frage besteht, wie wir unsere Kommunen mit Finanzmitteln ausstatten und die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern. Denn die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist umso wichtiger, um in der Zukunft auch Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, sich bei der Gestaltung ihrer eigenen Stadt oder eigenen Gemeinde einzubringen und deutlich zu sagen, wohin sie sich denn entwickeln soll. Das können sie umso mehr, je mehr wir die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in der Zukunft absichern.

Das ist der Gegenstand, den wir Ihnen hier vorgelegt haben. Vor diesem Hintergrund gelingt es, die Befrachtung, die Sie vorgenommen haben, wieder herauszudrehen, Herr Kollege Mostofizadeh. Insofern freue ich mich sehr auf den inhaltlichen Austausch im Kommunalausschuss, weil uns dieses Thema dort inhaltlich noch einmal begegnen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, sodass ich an dieser Stelle die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 1 schließen kann.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die Überweisung des **Haushaltsgesetzes 2018**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/800 sowie der Finanzplanung Drucksache 17/801 an den Haushalts- und Finanzausschuss in der Federführung sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen soll.

Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann ist einstimmig so **überwiesen** worden.

Wir stimmen ab über die Überweisung des **Haushaltsbegleitgesetzes 2018**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1111 sowie der Mittelfristigen Finanzplanung Drucksache 17/801 an den Haushalts- und Finanzausschuss in der Federführung sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung des Unterausschusses Personal erfolgen soll.

Möchte jemand gegen die Überweisung des Haushaltsbegleitgesetzes in der beschriebenen Weise stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir auch hier einstimmig so **überwiesen**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2018** und des Gesetzes zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/802 an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Nein. Möchte sich jemand enthalten? – Ebenfalls nicht. Dann haben wir auch hier einstimmig

so **überwiesen** und sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

2 Strukturbruch in der Windindustrie vorbeugen – für eine Bürgerenergie, die diesen Namen verdient

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1125

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1209 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und rufe als ersten Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Sundermann auf.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch in Abwesenheit des zuständigen Ministers werde ich jetzt mit meiner Rede beginnen. Frau Scharrenbach, Windkraft betrifft ja auch ein bisschen den Bau. Vielleicht können Sie Herrn Pinkwart vertreten. – Es sind ja noch ein paar andere von der Landesregierung da. Ansonsten kann man das heutzutage aber auch nachlesen und nachhören. Schauen wir mal!

Wieder einmal ist die Windenergie Thema in einer Plenarsitzung. Ich glaube, wir hatten noch keine Plenarsitzung ohne dieses Thema. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns damit beschäftigen. Wichtig ist es, weil die Windkraft für das Gelingen der Energiewende entscheidend ist, weil sie Wertschöpfung im Land hält, weil sie Investitionen auslöst und weil sie Arbeitsplätze und vor allem Industriearbeitsplätze schafft. Richtig ist, dass wir uns damit beschäftigen und dass wir sie fördern.

Falsch ist es allerdings, wenn die Landesregierung diese positive Entwicklung in unserem Land durch den Windkrafteerlass abwürgen will. Zu diesem investitionsschädlichen Klima in unserem Land kommt eine Entwicklung hinzu, die auf den Ausschreibungsmodellen als Instrument für die Vergabe des Neubaus von Windenergieanlagen beruht.

Grundsätzlich können wir für die SPD feststellen, dass wir Ausschreibungen für richtig halten; denn Ausschreibungen sorgen für bezahlbare Energie und so natürlich auch für Akzeptanz in der Bevölkerung. Grundsätzlich richtig ist aber auch, dass wir im Bereich der Ausschreibungen Bürgerwindanlagen zusätzlich privilegiert haben; denn auch diese Privilegierung fördert die Akzeptanz. Bürgerenergieanlagen, Bürgerwindparks, die vor Ort in Bürgerhand sind, führen eben dazu, dass diese Neubauten akzeptiert werden.

